


[www.laender-analysen.de/ukraine](http://www.laender-analysen.de/ukraine)

### MILITÄRKONFLIKT IN DER OST-UKRAINE STREIT UM GASPREISE WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG UND GESCHÄFTSKLIMA

■ ANALYSE		■ ANALYSE	
Die russische Militärintervention in der Ostukraine	2	Der gerechte Gaspreis für die Ukraine: Preisformeln, Verhandlungen und Schiedsgerichtsverfahren ersetzen den Markt	16
Von Marek Menkiszak, Rafał Sadowski, Piotr Żochowski, Warschau		Von Roland Götz, Wiltingen	
Der Waffenstillstand in der Ostukraine	5	■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Von Rafał Sadowski, Agata Wierzbowska-Miazga, Warschau		Gaspreise und Gasmarkt	20
■ DOKUMENTATION		■ KOMMENTAR	
Minsker Protokoll vom 5. September 2014	7	Bleibt es bei den Ukrainern und ihren Nachbarn diesen Winter warm?	22
Die OSZE-Beobachtermission über die Einhaltung des Waffenstillstands (15.09.2014)	8	Von Ildar Gazizullin, Kiew	
Gesetz über den Sonderstatus einzelner Bezirke der Regionen Donezk und Luhansk (16.09.2014)	9	Das Wirtschaftsklima in der Ukraine: Einschätzungen und Erwartungen der ukrainischen Wirtschaft in Kriegs- und Krisenzeiten	23
Amnestiegesetz für Teilnehmer der Ereignisse in den Regionen Donezk und Luhansk (16.09.2014)	10	Von Oksana Kuziakiv, Kiew	
Zwischenbericht zum Absturz des malaysischen Passagierflugzeugs MH17 über die Ostukraine (9.09.2014)	11	■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Die OSZE-Beobachtermission über den russischen Konvoi vom 12. September 2014	12	Ergebnisse der Unternehmensbefragung zum Thema »Wirtschaftsklima«	25
Die Moskauer Helsinki Gruppe zu wahrscheinlich in der Ukraine verletzten und getöteten russischen Soldaten (27.08.2014)	13	■ STATISTIK	
Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Konflikts im Osten der Ukraine (nach Angaben des IWF)	14	Aktuelle Wirtschaftsdaten	27
		■ CHRONIK	
		23. Juni – 15. September 2014	30



Forschungsstelle Osteuropa  
an der Universität Bremen

DGO

► Deutsche Gesellschaft  
für Osteuropakunde e.V.

## Die russische Militärintervention in der Ostukraine<sup>1</sup>

Von Marek Menkiszak, Rafał Sadowski, Piotr Żochowski, Warschau

Am 24. August überquerten reguläre Einheiten der russischen Armee die Grenze zur Ostukraine. Die russische Offensive führte zur Eroberung von Teilen der Regionen Donezk und Luhansk, die bis dahin von ukrainischen Kräften kontrolliert worden waren. Diese hatten ziemlich viele Tote zu beklagen. Die politische Entscheidung des Kremls für eine direkte militärische Intervention war offenbar eine Reaktion auf den drohenden kompletten Zusammenbruch der sogenannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk. Das Hauptziel der russischen Offensive war es, der Regierung in Kiew zu demonstrieren, dass diese den Konflikt mit militärischen Mitteln nicht lösen kann und Verhandlungen mit den Separatisten (und de facto mit Russland) über die politische und geopolitische Stellung der Ukraine aufnehmen muss. Das wiederum würde zu einer politischen Vereinbarung führen, die Mechanismen schafft, über die die Ukraine in eine Abhängigkeit von Russland gerät. Die gegenwärtige militärische Situation hat die Ukraine und ihre Regierung in eine schwierige politische Position gebracht, denn schließlich versuchen die Behörden in Kiew, politische und finanzielle Unterstützung vom Westen zu bekommen. Die von den Russen in Form eines Ultimatums gestellten Bedingungen sind für die ukrainische Regierung wie für die ukrainische Gesellschaft insgesamt nicht annehmbar. Angesichts der Parlamentswahlen am 26. Oktober, die für die Ukraine von entscheidender Wichtigkeit sind, wird Kiew versuchen, jegliche ungünstige politische Vereinbarung mit Russland zur Lösung des Konflikts zu verzögern.

### Die verstärkte Beteiligung der russischen Armee

Auf die wachsenden Fortschritte der ukrainischen Streitkräfte seit Juni, die zu einem schrittweisen Kontrollverlust der prorussischen Truppen über strategisch wichtige Punkte entlang der Kommunikationslinien zwischen den von ihnen gehaltenen Städten geführt haben, und auf das wahrscheinlicher werdende Szenario, dass Donezk und Luhansk von ukrainischen Streitkräften umstellt werden könnten, wurde mit einem verstärkten Einsatz von regulären Einheiten der russischen Armee reagiert. Diese haben Munitionsnachschub und modernes militärisches Gerät aus Russland geliefert, die separatistischen Kräfte personell unterstützt (unter

anderem durch Entsendung in Russland stationierter Einheiten, die offiziell »auf dem Rückzug« waren) und durch Artilleriebeschuss auch direkt an den Kämpfen teilgenommen. In der Nähe der Ostgrenze der Ukraine wurde ein etwa 45.000 Truppen starkes Kontingent aus Einheiten aus dem westlichen, dem südlichen und dem zentralen militärischen Distrikt zusammengezogen. Zudem gab es eine taktische Änderung bei den Separatisten; sie gruppierten ihre Kräfte um, die sich nun um die größeren Städte konzentrieren und sich auf eine langfristige Verteidigung von Donezk und Luhansk vorbereiten. Infolge der zunehmenden russischen Beteiligung hat der Fortschritt der ukrainischen Kräfte seine Schlagkraft verloren, diese treffen nun auf gut organisierten Widerstand. Die Situation der ukrainischen Einheiten hat sich durch die Verlängerung ihrer Versorgungsrouten, die außerdem ununterbrochen feindlichen Angriffen ausgesetzt sind, verschlechtert, sowie durch zunehmende Erschöpfung aufgrund mangelnden Truppenaustauschs. Ein weiterer ungünstiger Faktor, der dem Erzielen militärischer Erfolge im Weg stand, waren – wie ukrainische Behördenvertreter bestätigen – mangelnde Geheimdienstinformationen, um die feindlichen Bewegungen vorherzusehen.

### Die russische Intervention

Die russischen Behörden haben in Ausnutzung der sich verschlechternden Situation der ukrainischen Streitkräfte und ohne sich vor heftigen Reaktionen der internationalen Gemeinschaft zu fürchten, beschlossen, reguläre Einheiten ihrer Streitkräfte in die Kämpfe im Donbass zu entsenden. Am Morgen des 24. August überschritten dann reguläre russische Armeeeinheiten die Grenze zur Ukraine. Sie agierten unabhängig, griffen Wolnowacha, Luhansk und die Küste des Asowschen Meers an und besetzten am 27. August Nowoasowsk. Der Angriff der russischen Truppen wurde von heftiger werdenden Angriffen der separatistischen Truppen in anderen Regionen begleitet und zunehmend auch durch russische Luftlandetruppen unterstützt. Als Folge davon wurden mindestens vier ukrainische Gruppierungen nahe Ilowaisk und Amwrosiewka (am 27. August fiel schließlich die ukrainische Verteidigung des strategisch wichtigen Saur-Mogila-Hügels) sowie südlich und westlich von Luhansk umstellt, deren Stärke auf insgesamt 7.000 Soldaten geschätzt wird. Anders als von den ukrainischen Behörden angekündigt, haben die Streitkräfte dort keine Unterstützung zum Verlassen der Region bekommen. Am 1. September wurden

<sup>1</sup> Dieser Artikel ist erstmalig auf der Webseite des Zentrums für Osteuropastudien (OSW) am 3.9.2014 erschienen. Die Redaktion der Ukraine-Analysen dankt für die Erlaubnis zum Nachdruck.

ukrainische Streitkräfte vom Flughafen Luhansk abgezogen und die Hauptlast der Kämpfe verlagerte sich in die Umgebung von Donezk.

Das wichtigste Ziel der von Russland geführten Offensive ist es, die ukrainischen Streitkräfte aus den meisten Gebieten der Regionen Donezk und Luhansk zu verdrängen, um die Grenze zu Russland (einschließlich der Küste des Asowschen Meers) unter ihre Kontrolle zu bringen und möglichst auch Mariupol einzunehmen. Das würde der russischen Seite potentiell die Möglichkeit verschaffen, die auf die Regionen Charkiw und Saporischschja ausgerichteten Kampfhandlungen fortzusetzen. Es wird erwartet, dass der Einsatz regulärer Teile der Streitkräfte der Russischen Föderation wachsen wird.

### **Die politischen Motive und Ziele der russischen Offensive**

Die politische Entscheidung des Kreml für eine begrenzte direkte Militärintervention in der Ostukraine war offenbar eine Reaktion auf die Bedrohung durch den bevorstehenden Kollaps der sogenannten Volksrepubliken von Donezk und Luhansk, der in der Wahrnehmung des Kreml die Chance auf eine Umsetzung der russischen Pläne zur Unterordnung der Ukraine verringert bzw. nach hinten verschoben hätte. Darüber hinaus hätte sich Moskau andernfalls womöglich Vorwürfe nationalistischer Kreise in Russland zugezogen, die Behörden der Russischen Föderation würden die Bevölkerung im Donbass ihrem Schicksal überlassen und russische Nationalinteressen verraten.

Die Intervention soll mehreren Zielen gleichzeitig dienen. Erstens demonstriert sie, dass es keine Alternative zu politischen Verhandlungen mit den Separatisten und Russland und zur Berücksichtigung ihrer Hauptforderungen gibt. Der Kreml hat den Ukrainern gezeigt, dass es ihm ein Leichtes ist, mit seinen Entscheidungen und Aktionen den militärischen Erfolg der ukrainischen Armee zunichte zu machen; und angesichts seiner erheblichen militärischen Reserven kann er seine Militärpräsenz in der Ostukraine erhöhen und seine militärische Überlegenheit unabhängig von der Anzahl der ukrainischen Truppen, die an die »Ostfront« geschickt werden, aufrechterhalten. Das bedeutet, dass Russland Präsident Petro Poroschenko unter Druck setzen wird, indem es beispielsweise droht, dessen Position vor den bereits für den 26. Oktober angesetzten Parlamentswahlen in der Ukraine, die für seine politischen Pläne von entscheidender Bedeutung sind, zu schwächen.

Zweitens hat Russland den Führungsfiguren der westlichen Länder (besonders Deutschlands) demonstriert, dass es bereit ist, deren Ineffektivität angesichts seiner militärischen Aggressionen bloßzustellen. Russ-

land hat die westlichen Länder präventiv vor jeglichen Bestrebungen gewarnt, das Militär in der Ukraine zu unterstützen (Präsident Putin tat dies am 29. August unter Verweis darauf, dass Russland eine Nuklearmacht ist). Auf diese Weise behauptet Russland, der einzige Weg für die führenden westlichen Länder, Gesicht und Glaubwürdigkeit zu wahren, sei es, den Druck auf Kiew zu erhöhen und es zur Einwilligung in einen Waffenstillstand zu bewegen. Dies käme de facto einem Einfrieren des Konflikts gleich, was den Separatisten Raum zur Konsolidierung ihrer Kräfte und Kiew Raum zur Suche nach einem Modus Vivendi mit Russland verschaffen würde.

Drittens will Russland durch die Eskalierung der Militäraktion zeigen, dass Präsident Putins Thesen und Vorschläge zum politischen und geopolitischen Status der Ukraine ernst und als Gesprächsgegenstand mit Moskau angenommen werden sollten. Es ist kein Zufall, dass die russische Militäroffensive zeitgleich mit dem Gipfeltreffen der Eurasischen Union (Russland, Belarus und Kasachstan) und der Ukraine am 26. August in Minsk stattfand. In seiner Rede dort bestätigte Präsident Putin noch einmal mit Nachdruck die Grundlage seines Konzepts: dass die Ukraine Teil der historisch gewachsenen natürlichen Einflussphäre Russlands sei; dass sie Teil der Region sei, in der die (von Russland kontrollierte) Wirtschaftsintegration vorangetrieben wird; dass die in dieser Region gelegenen Staaten nur über eine eingeschränkte Souveränität verfügen und keine innenpolitischen, außenpolitischen, ökonomischen und sicherheitspolitischen Entscheidungen treffen können, die den (von Moskau definierten) Interessen der Russischen Föderation zuwiderlaufen.

### **Das Projekt »Neurussland«**

Im Verlauf der russischen Militäroffensive in der Ostukraine setzte der Kreml verstärkt jene Rhetorik ein, die sich auf das sogenannte »Neurussland«-Konzept bezieht und die zuvor in der politischen Sprache einiger Separatisten und russischer Nationalisten aufgetaucht war. Es ist festzuhalten, dass die russischen Truppen, die am 27. August in die ukrainische Stadt Nowosowk einmarschierten, dies unter der »Flagge« Neurusslands taten.

Historisch betrachtet ist Neurussland der gemeinsame Name der am Schwarzen Meer und an der Krim gelegenen Länder, die im späten 18. Jahrhundert als Ergebnis von Kriegen mit der osmanischen Türkei Teil des Russischen Kaiserreichs wurden und nur für kurze Zeit den Status einer eigenen Provinz hatten. Im frühen 20. Jahrhundert wurden sie Teil der im Aufstieg begriffenen Sowjetunion, was Putin in seiner Ansprache vor der Föderalversammlung am 18. März kritisierte, indem er die Region »den historischen Süden Russlands« nannte.

Alternativ dazu verwendete Präsident Putin während einer Videokonferenz den Begriff »Neurussland« und zählte als dessen Bestandteile die ukrainischen Bezirke Charkiw, Luhansk, Donezk, Cherson, Mykolajiw und Odessa auf. Seitdem ist die Verwendung des Begriffs in den staatlich kontrollierten russischen Medien weit verbreitet. Die Kampagne zur »Vereinigung« der sogenannten Republiken Donezk und Luhansk zu einer Föderation »Neurussland« betreibt auch der ukrainische Politiker Oleh Zarjow, der von Russland politisch und propagandistisch unterstützt wird. Die Gründung einer Föderation fand formal im Mai und Juni statt. Ebenfalls im Juni stellte Zarjow seine Initiative für ein von russischen Historikern geschriebenes Lehrbuch mit dem Titel *Die Geschichte Neurusslands* vor, Ende August erhielt er dafür die offizielle Unterstützung von Sergej Naryschkin, dem Vorsitzenden der Staatsduma, und von der Russischen Akademie der Wissenschaften. Außerdem veröffentlichte der Kreml in der Nacht vom 28. auf den 29. August einen Aufruf des Präsidenten Putin zu »einem Volksaufstand in Neurussland«, in dem Putin die erheblichen militärischen Erfolge der Separatisten betont und diese dazu drängt, der Schaffung eines Korridors zur sicheren Evakuierung der eingeschlossenen ukrainischen Streitkräfte zuzustimmen. Am 31. August sagte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow schließlich, Präsident Poroschenko könne nicht mit Russland (das nicht Partei des Ukraine-Konflikts sei) verhandeln, sondern nur mit Neurussland.

Diese Äußerungen und Handlungen zeigen deutlich, dass die Angelegenheit des sogenannten »Neurussland« ein politisches Projekt des Kremels ist. Neurussland ist ein wichtiger Bestandteil eines größer angelegten russischen Plans, der für die Ukraine einen blockfreien Status vorsieht, ihren Verzicht auf die Pläne zur europäischen Integration, die weitgehende Autonomie ihrer Regionen und dass sie in einem permanenten wirtschaftlichen und politischen Krisenstatus gehalten wird, der für Moskau ein Instrument zur Einflussnahme auf Kiew ist. Der Kreml macht deutlich, dass er, sollte es sich als nötig erweisen, bereit ist, die militärische Aggression und Unterwanderung fortzusetzen, was langfristig zur Teilung des ukrainischen Staats und zur Etablierung des sogenannten Neurusslands als eigenständigem Akteur unter russischer Protektion führen würde. Willigt die ukrainische Regierung in die Aufnahme von Gesprächen mit den Separatisten und auf Verlangen Letzterer de facto auch mit Russland ein, dann bleibt das Territorium des sogenannten Neurusslands (das anfangs die Regionen Donezk und Luhansk umfassen, in Zukunft aber dank einer Vereinbarung über »Föderalisierung« auf andere Regionen der südöstlichen Ukraine ausgedehnt würde) immerhin formal Teil der Ukraine. De

facto wird es jedoch zur Grundlage und zum Instrument eines russischen Protektorats über die Ukraine.

### Kiew in der Klemme

Die momentane militärische Lage bringt die ukrainische Regierung in eine schwierige politische Position. Durch die Erfolge der russischen und separatistischen Truppen hat Kiew in den Kämpfen im Osten des Landes die Initiative verloren, die es im Juli gewonnen hatte, nachdem die Separatisten aus dem Territorium nördlich der Donezk–Luhansk-Linie und von der russischen Grenze im südlichen Teil der beiden Regionen verdrängt worden waren. Große Verluste bei den Truppen durch Gefallene und Gefangennahmen sowie zerstörtes Material haben das militärische Potential der ukrainischen Streitkräfte geschwächt und die Wahrscheinlichkeit verringert, dass diese die verlorenen Bereiche zurückerobern und die Antiterroroperation erfolgreich beenden können. Die Situation hat sich durch die Wirtschaftskrise und die knappen finanziellen Ressourcen verschlechtert, die eine angemessene Ausstattung der ukrainischen Einheiten verhindern.

Gleichzeitig verschlechtert sich die Stimmung in der ukrainischen Gesellschaft und Kritik wird lauter, die sich gegenwärtig hauptsächlich auf die militärischen Offiziellen und Befehlshaber richtet, die sich aber auf die höchsten Zivilbehörden ausweiten könnte. Die Verluste in den Kämpfen (vor allem das Debakel nahe Ilowaisk, bei dem Freiwilligenbataillone keine Unterstützung erhalten haben) und die Begräbnisse der Soldaten haben das ganze Land erschüttert.

Als Reaktion auf die Invasion der russischen Truppen haben die Behörden in Kiew die Intensivierung ihrer diplomatischen Bemühungen zur obersten Priorität gemacht, um ihre internationale Unterstützung, vor allem aus der EU und den USA, zu stärken. Einerseits bemüht sich Kiew um politische sowie finanzielle und militärisch-technische Unterstützung (etwa Militärausrüstung), andererseits will es eine Erhöhung des Drucks auf Russland erreichen (etwa durch Ausweitung der Sanktionen). Dies war unter anderem das Ziel von Präsident Poroschenkos Besuch am 30. August in Brüssel: Er nahm dort an einem Treffen des Europäischen Rats teil und traf sich zu bilateralen Gesprächen mit Staatsoberhäuptern und führenden Vertretern von EU-Institutionen.

Präsident Poroschenko hat seine Gesprächsbereitschaft und seine Bereitschaft, eine diplomatische Beilegung des Konflikts zu erreichen, betont (auch über ein Treffen der Kontaktgruppe – der Vertreter der Ukraine, Russlands und der OSZE sowie der Separatisten angehören – am 1. September; ein nächstes Treffen ist für den 5. September angesetzt). Die von Russland gestell-

ten Bedingungen (die Föderalisierung der Ukraine, ein autonomes Neurusland, eine Annullierung des Assoziierungsabkommens) sind für Kiew jedoch momentan nicht annehmbar. Der Präsident und die Regierung geraten unter starken öffentlichen Druck. Es entstehen heftige radikale Gefühle (die sich in einer wachsenden Unterstützung jener Parteien niederschlagen, die den Krieg befürworten und mit antirussischer Rhetorik agieren) und jeder mögliche Kompromiss mit Russland könnte zur Explosion der Unzufriedenheit führen. Ein Kompromiss zu den Bedingungen Russlands ist auch für die politischen und wirtschaftlichen Eliten der Ukraine nicht hinnehmbar, da er deren Position im Land ernstlich schwächen und sie de facto zu Bittstellern Russlands degradieren würde (politisch wie wirtschaftlich).

In der gegenwärtigen Situation befindet sich Kiew in der Defensive und ohne Unterstützung des Westens

wird es nicht in der Lage sein, die schwierige Situation in den Kämpfen im Osten des Landes, die Schwächung seiner Streitkräfte und die wirtschaftliche Krise zu meistern. Die politische Priorität der ukrainischen Behörden ist es momentan, die für den 26. Oktober angesetzten Parlamentswahlen abzuhalten (da das derzeitige Parlament zu effektivem Handeln nicht in der Lage ist). Die Ukraine wird sich deshalb weiterhin um so viel externe Unterstützung wie möglich bemühen; um möglichst zu verhindern, dass Russland und die Separatisten weitere Gebiete unter ihre Kontrolle bringen; um mit allen Mitteln zu versuchen, die Parlamentswahlen durchzuführen, und um jede Vereinbarung mit Russland hinauszuzögern, die weitreichende Zugeständnisse erfordern würde (zumindest bis nach den Wahlen).

*Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt*

*Über die Autoren:*

Marek Menkiszak leitet die Abteilung für die Russische Föderation am Zentrum für Osteuropastudien (OSW) in Warschau. Rafał Sadowski und Piotr Zochowski sind Senior Fellows am OSW. Alle drei Autoren haben eine umfangreiche Expertise in Fragen der inneren Situation, der Sicherheit und der Außenpolitik der osteuropäischen Staaten.

ANALYSE



## Der Waffenstillstand in der Ostukraine<sup>1</sup>

Von Rafał Sadowski, Agata Wierzbowska-Miazga, Warschau

### Das Minsker Protokoll

Am 5. September haben Mitglieder der sogenannten Trilateralen Kontaktgruppe (bestehend aus der Ukraine, Russland und der OSZE) und der Separatisten ein Protokoll über einen Waffenstillstand in der Ostukraine unterzeichnet (s. Minsker Protokoll auf S. 7). Die Vereinbarung ist allgemeiner Natur und besteht aus zwölf kurzen Punkten. Sie beziehen sich auf technische Fragen im Zusammenhang mit der Einstellung der Kampfhandlungen und auf eine politische Einigung im Ukraine Konflikt.

Durch die Vereinbarung ist die Intensität der Kämpfe in der Ostukraine deutlich zurückgegangen. Obwohl die ukrainische Seite die Separatisten und die russischen Truppen beschuldigt, vom Beginn des Waffenstillstands

bis zum Morgen des 9. September 89 Angriffe auf ukrainische Kräfte, bei denen vier Soldaten getötet wurden, geführt zu haben, erkennt sie die Einhaltung des Waffenstillstands offiziell an. Präsident Poroschenko gab am 10. September bekannt, laut ukrainischem Geheimdienst hätten 70 Prozent der russischen Militärkräfte das Territorium der Ukraine verlassen. Auch Moskau gibt an, dass der Waffenstillstand im Großen und Ganzen respektiert wird und dass sämtliche der Zwischenfälle von ukrainischen Streitkräften provoziert wurden, die Kiew nicht unter Kontrolle hatte.

### Die Kalkulationen der Ukraine

Die von regulären russischen Truppen unterstützten erfolgreichen Militäroffensiven der Separatisten im August und Anfang September haben die ukrainische Seite zur Unterzeichnung der Vereinbarung gezwungen. Die Kämpfe gingen mit schweren Verlusten bei den ukrainischen Truppen einher, die zudem in unterlegene

<sup>1</sup> Dieser Artikel ist die gekürzte Version eines Artikels, den das Zentrum für Osteuropastudien (OSW) in Warschau am 10.09.2014 auf seiner Webseite veröffentlicht hat. Die Redaktion der Ukraine-Analysen dankt für die Erlaubnis zum Nachdruck.

Stellungen gerieten (einige Einheiten wurden umstellt, beispielsweise in Ilowaisk, Debalzewe und Malomikolaiwka, südwestlich von Luhansk, und am Donezker Flughafen; einige ihrer Versorgungslinien wurden unterbrochen; zusätzlich mussten Einheiten abgelöst werden, die sich bereits seit mehreren Monaten im Kampf befunden hatten). Es ist offensichtlich geworden, dass die ukrainischen Streitkräfte derzeit nicht in der Lage sind, die militärische Kontrolle, die sie über Teile des Donbass verloren haben, zurückzuerlangen.

Durch die Unterzeichnung der Vereinbarung von Minsk versucht die ukrainische Regierung, eine Lösung des Konflikts mit politischen Mitteln zu erwirken, die sich zu ihren Gunsten auswirkt. Auch wenn es keine realistischen Aussichten gibt, die Kontrolle über die in dem Konflikt verlorenen Regionen wirklich wiederzuerlangen, liegt es in Kiews Interesse, die Situation in den Regionen, die an die von den Separatisten kontrollierten Gebiete angrenzen, zu stabilisieren. Aus militärischer Sicht verschafft ein Waffenstillstand der ukrainischen Seite Zeit, ihre Truppen umzugruppieren und neu zu bewaffnen und die im Osten kämpfenden Truppen durch neue Einheiten zu verstärken.

Für Präsident Poroschenko sind die bereits für den 26. Oktober angesetzten Parlamentswahlen von entscheidender Bedeutung. Sie werden die Konstituierung eines stabilen Parlaments und die Bildung einer stabilen Regierung ermöglichen, die das Land in der Situation der schweren Krise leiten können. Eine Fortführung des Krieges würde die militärische Schwäche der Ukraine immer deutlicher machen und wäre für den Präsidenten mit hohen Kosten verbunden. Er würde dadurch auch unter immer stärkerem Druck geraten, das Kriebsrecht auszurufen, wodurch die Abhaltung von Wahlen formal unmöglich würde.

### Die Kalkulationen Russlands

Für Russland ist eine Fortführung der Militäroperationen mitsamt der Notwendigkeit, den Donbass zu besetzen und in andere Regionen der Ukraine vorzustoßen, nicht das bevorzugte Szenario, obwohl es militärisch möglich wäre. Ein solcher Schritt brächte hohe militärische Verluste mit sich. Es wird immer schwieriger, die Verluste unter den russischen Soldaten zu verbergen; sie beginnen, die russische Öffentlichkeit in Sorge zu versetzen, und könnten sich so negativ auf Wladimir Putins Unterstützung auswirken. Die Eskalation des Konflikts und besonders jeder Versuch, ihn über den Donbass hinaus auszuweiten, würde auch stärkere Widerstände und stärkere Gegenwehr in der ukrainischen Öffentlichkeit hervorrufen.

Mit einer Fortführung des Krieges würde sich Russland außerdem negative internationale Konsequenzen

bescheren, vor allem in Form des Risikos weiterer Sanktionen. Einstweilen hofft es, den Westen darin zu bestärken, Druck auf Poroschenko auszuüben, damit dieser die russischen Bedingungen akzeptiert, um die Situation friedlich zu lösen.

### Eine Einschätzung der Vorteile beider Seiten

Angesichts des Ausmaßes ihrer militärischen Niederlage stellen sich die Inhalte des Minsker Protokolls insgesamt als ziemlich günstig für Kiew dar, sollten sie zur Gänze eingehalten werden. Die Ukraine hat einen Waffenstillstand erreicht, der ihr Zeit verschafft und – was von erheblicher öffentlicher Bedeutung ist – den Austausch von Kriegsgefangenen ermöglicht (nach ukrainischen Angaben wurden bis zum 9. September 648 der etwa 1.200 Kriegsgefangenen befreit). Kiew hat die Legitimität der selbsternannten separatistischen »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk nicht anerkannt (sie sind in dem Dokument nicht einmal erwähnt), obwohl das Protokoll das erste Dokument ist, das die Unterschriften von Vertretern der Ukraine und der Separatisten trägt.

Nicht eine einzige Hauptforderung der russischen Seite zählt zu den Maßnahmen der Minsker Vereinbarung; diese sieht zum Beispiel keinen Rückzug der ukrainischen Truppen aus dem Donbass vor und keine Garantie für eine Föderalisierung der Ukraine. Aus russischer Sicht ist es jedoch von entscheidender Bedeutung, dass die Vereinbarung einen Weg zu einem Dialog über eine politische Lösung des Konflikts und die Zukunft der Ukraine eröffnet. Die Anbahnung dieses Wegs ist für Russland ein Element seiner Politik der kleinen Schritte in Richtung der politischen Unterordnung der Ukraine unter Moskau oder zumindest der Stellung von Bedingungen, die eine komplette Wiederherstellung des Staates oder jegliche Entwicklung in Richtung einer europäischen Integration verhindern. Dass die Vereinbarung angenommen wurde, während in Newport der Nato-Gipfel empfangen wurde und sich die Europäische Union darauf vorbereitete, die Sanktionen gegen Russland auszuweiten, kam Moskau besonders zugute. Mit dem Waffenstillstand konnte der Kreml eine konstruktive Haltung in dem Konflikt demonstrieren und damit ein erfolgreiches Argument gegen seine westlichen Gegner anbieten, die für eine härtere politische Linie von EU und Nato gegenüber Russland eintreten.

### Perspektiven

Die Minsker Vereinbarung wird den Konflikt nicht beenden. Ihre vage und allgemein gehaltenen Aussichten lassen für beide Seiten je nach ihren politischen Bedürfnissen viel Interpretationsspielraum frei. Russland wird die Vereinbarung nutzen, um die von ihm vorgesehenen Lösungen stärker durchzusetzen, besonders die Anerkennung

der Legitimität der Separatisten und den zukünftigen internationalen Status sowie das zukünftige internationale föderale System der Ukraine. Das könnte sich an den lauter werdenden Forderungen der Separatisten nach vollständiger Unabhängigkeit von der Ukraine zeigen sowie an Russlands Bemühungen, die Idee eines neutralen Status der Ukraine, den Russland, die wichtigsten EU-Länder und die USA garantieren, international zu forcieren.

In einem Versuch, die politische Krise im Sinne der eigenen Interessen zu lösen, hat Russland eine Rückkehr zu Militärationen für den Fall angedeutet, dass keine politischen Erfolge eintreten. Momentan ist es jedoch wahrscheinlicher, dass (pro-)russische Kräfte den Waffenstillstand systematisch verletzen, wenn auch in geringem Maße. Das soll als Druckmittel gegen die Behörden in Kiew eingesetzt werden und Präsident Poroschenko im Vorfeld der zeitig angesetzten Parlamentswahlen im Oktober politisch diskreditieren und schwächen.

#### *Über die Autoren*

Rafał Sadowski und Agata Wierzbowska-Miazga sind Senior Fellows am Zentrum für Osteuropastudien (OSW) in Warschau. Beide Autoren haben eine umfangreiche Expertise in Fragen der inneren Situation, der Sicherheit und der Außenpolitik der osteuropäischen Staaten.

Kiews Aktionen werden von der Politik abhängen, für die sich Russland entscheidet. Für die Ukraine sind die Parlamentswahlen am wichtigsten; dementsprechend wird sie eine Eskalation der Militärationen zu verhindern suchen. Gleichzeitig ist es unwahrscheinlich, dass sich die ukrainische Regierung im Vorfeld der Wahlen für weitere Konzessionen gegenüber Russland und den Separatisten entscheiden wird. Die Ukraine wird ihre Streitkräfte im Osten des Landes stärken, um den momentanen Stand der Besetzung aufrechterhalten zu können. Unterdessen wird Kiew versuchen, Russland in langwierige politische Verhandlungen zu verwickeln, in denen es jegliche Lösung verweigert, die nicht in seinem Interesse liegt. Parallel dazu wird es versuchen, den negativen Einfluss der prorussischen Separatisten auf den Rest der Ukraine zu begrenzen.

*Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt*

## DOKUMENTATION

### Minsker Protokoll vom 5. September 2014

#### **Protokoll der Ergebnisse der Konsultationen der Dreiseitigen Kontaktgruppe bezüglich gemeinsamer Schritte gerichtet auf die Umsetzung des Friedensplans des Präsidenten der Ukraine P. Poroschenko und der Initiativen des Präsidenten Russlands W. Putin**

*[Text nur im russischen Original verfügbar, inoffizielle Übersetzung für die Ukraine-Analysen]*

Ausgehend von den Ergebnissen der Begutachtung und Diskussion der Vorschläge, die von den Teilnehmern der Konsultationen in Minsk am 1. September 2014 eingebracht wurden, hat die Dreiseitige Kontaktgruppe bestehend aus Vertretern der Ukraine, der Russischen Föderation und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ein Einverständnis erreicht bezüglich der Notwendigkeit der Umsetzung folgender Schritte:

1. Gewährleistung eines sofortigen beidseitigen Waffenstillstandes.
2. Gewährleistung der Überwachung und Überprüfung des Waffenstillstands durch die OSZE.
3. Durchführung einer Dezentralisierung der Macht, u. a. durch die Verabschiedung des ukrainischen Gesetzes »Über die befristete Ordnung der lokalen Selbstverwaltung in bestimmten Bezirken der Regionen Donezk und Luhansk« (Gesetz über den besonderen Status).
4. Gewährleistung einer permanent aktiven Überwachung der ukrainisch-russischen Staatsgrenze und ihre Überprüfung von Seiten der OSZE durch die Schaffung einer Sicherheitszone in den grenznahen Gebieten der Ukraine und der RF [Russischen Föderation].
5. Unverzügliche Freilassung aller Geiseln und gesetzwidrig festgehaltenen Personen.

6. Verabschiedung eines Gesetzes über die Nichtzulassung von Verfolgung und Bestrafung von Personen im Zusammenhang mit den Ereignissen, die in einzelnen Bezirken der Regionen Donezk und Luhansk in der Ukraine stattgefunden haben.
7. Fortführung des inklusiven gesamtnationalen Dialogs.
8. Verabschiedung von Maßnahmen zur Verbesserung der humanitären Lage im Donbass.
9. Gewährleistung der Durchführung vorgezogener Lokalwahlen im Übereinstimmung mit dem ukrainischen Gesetz »Über die befristete Ordnung der lokalen Selbstverwaltung in bestimmten Bezirken der Regionen Donezk und Luhansk« (Gesetz über den besonderen Status).
10. Abzug der ungesetzlichen bewaffneten Einheiten, Militärgeräte sowie der Kämpfer und Söldner aus dem Gebiet der Ukraine.
11. Verabschiedung eines Programms zum wirtschaftlichen Wiederaufbau des Donbass und Wiederherstellung der Lebensfähigkeit der Region.
12. Sicherstellung der Garantie der persönlichen Sicherheit der Teilnehmer der Konsultationen.

Die Teilnehmer der Dreiseitigen Kontaktgruppe:

Botschafterin Heidi Tagliavini [Unterschrift]

Zweiter Präsident der Ukraine L. D. Kutschma [Unterschrift]

Botschafter der RF [Russischen Föderation] in der Ukraine M. Ju. Surabow [Unterschrift]

A. V. Sachartschenko [Unterschrift]

I. V. Plotnizki [Unterschrift]

[ohne Datumsangabe, unterzeichnet am 5. September 2014]

*Übersetzung aus dem Russischen: Lina Pleines*

Quelle: Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), <<http://www.osce.org/home/123257>>

## Presseerklärung der OSZE-Beobachtermission über die Einhaltung des Waffenstillstands (15.09.2014)

OSCE Chief Monitor in Ukraine urges all sides to allow monitors to carry out duties safely

KYIV, 15 September, 2014 – Chief Monitor of the Special Monitoring Mission to Ukraine (SMM) Ambassador Ertuğrul Apakan today urged all sides to allow monitors to carry out their duties and verification of the ceasefire regime safely after a series of incidents which put their lives at serious risk.

Apakan said that on the evening of 14 September, vehicles of an SMM patrol monitoring the east of Donetsk, consistent with its duties under the Protocol, were struck by artillery fragments. Fortunately no one was injured in the incident.

“We profoundly regret the fact that our teams were substantially endangered during the course of their agreed monitoring mission. This is entirely unacceptable,” said Apakan.

He reminded all sides that the SMM is tasked in the provisions of the Minsk Protocol of 5 September with ensuring monitoring and verification of the ceasefire regime. He said that teams operating in Donetsk and Luhansk have reported a series of breaches of these provisions, and that they have increased in the last 48 hours.

“We call on all sides to abide by the ceasefire commitment as agreed in Minsk, and to allow for full monitoring of the implementation of this regime. The SMM is determined to continue its mission, as mandated by the OSCE’s 57 participating States. In this regard, activities of the SMM in the eastern region of Ukraine will continue.”

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/123591>>



## Gesetz über den Sonderstatus einzelner Bezirke der Regionen Donezk und Luhansk (16.09.2014)

*(Am 16. September 2014 hat die Werchowna Rada der Ukraine in geheimer Abstimmung das Gesetz »Über die besondere Regelung der kommunalen Selbstverwaltung in bestimmten Bezirken der Regionen Donezk und Luhansk« verabschiedet. Den entsprechenden Gesetzentwurf hatte Präsident Poroschenko am Vortag ins Parlament eingebracht. Die Verabschiedung des Gesetzes ist im Minsker Protokoll vorgesehen. Für das Gesetz haben 277 von insgesamt 450 Abgeordneten gestimmt. Die Fraktionen Batkiwschtschyna (Vaterland), Swoboda (Freiheit) und ein Teil der fraktionslosen Abgeordneten hatten das Gesetz scharf kritisiert. Im Folgenden wird die Pressemitteilung des Parlaments zum Gesetz in inoffizieller eigener Übersetzung widergegeben. – Die Redaktion der Ukraine-Analysen)*

Das Gesetz bestimmt für drei Jahre ab dem Tag des Inkrafttretens des Gesetzes eine vorübergehende Regelung der kommunalen Selbstverwaltung in bestimmten Bezirken der Regionen Donezk und Luhansk wie etwa Rajone, Städte, Siedlungen und Dörfer, die durch die Entscheidung der Werchowna Rada der Ukraine bestimmt werden. Es wurde auch festgelegt, dass die Gesetzgebung der Ukraine in den bestimmten Bezirken für die Dauer der besonderen Regelung unter Berücksichtigung der im [jetzt verabschiedeten] Gesetz festgelegten Besonderheiten gilt.

Insbesondere sieht das Gesetz in den bestimmten Bezirken der Regionen Donezk und Luhansk vor:

kommunale Selbstverwaltung der bestimmten territorialen Einheiten direkt und durch die Organe der kommunalen Selbstverwaltung unter Einhaltung der Verfassung und der Gesetze der Ukraine;

Ansetzung von vorgezogenen Wahlen der Abgeordneten zu den Parlamenten in den Rajonen, Städten, Stadtteilen, Siedlungen und Dörfern, sowie der Bürgermeister in den Dörfern, Siedlungen und Städten der bestimmten Bezirke für den 7. Dezember 2014; die Absetzung der in diesen vorgezogenen Wahlen gewählten Parlamente und Bürgermeister ist nicht möglich;

Verabschiedung von Gesetzen der Ukraine über ein spezielles Verfahren zur Ernennung der Vorsitzenden der Staatsanwaltschaft und der Gerichte, die die Beteiligung der Organe der kommunalen Selbstverwaltung vorsehen;

die Möglichkeit der Bildung von freiwilligen Volksmilizeinheiten aus Bürgern der Ukraine, die dauerhaft in ihren jeweiligen Ortschaften wohnen, auf Grundlage der Entscheidung der Parlamente der Städte, Siedlungen und Dörfer zum Schutz der öffentlichen Ordnung in den bestimmten Bezirken, entsprechend der Kompetenzen, die in den entsprechenden Gesetzen der Ukraine definiert sind; die Aktivitäten dieser Einheiten zum Schutz der öffentlichen Ordnung in den bestimmten Bezirken werden von den zuständigen Bürgermeistern der Dörfer, Siedlungen und Städte koordiniert;

Maßnahmen, die durch die Organe der kommunalen Selbstverwaltung und die lokalen Behörden der Zentralmacht umgesetzt werden in der Art und Weise und innerhalb der vorgesehenen Befugnisse, wie sie im Gesetz der Ukraine »Über die Grundlagen der staatlichen Sprachenpolitik«, in anderen Gesetzen der Ukraine, sowie in den internationalen Verträgen der Ukraine vorgesehen sind, die von der Werchowna Rada der Ukraine ratifiziert wurden, zur Förderung der russischen und anderer Sprachen in den bestimmten Bezirken in den Bereichen der Bildung, Massenmedien, sowie die Schaffung der Voraussetzungen für ihre Verwendung in staatlichen Behörden und den Organen der kommunalen Selbstverwaltung, in Gerichtsverfahren, bei wirtschaftlichen und sozialen Aktivitäten, kulturellen Veranstaltungen und in anderen Bereichen des öffentlichen Lebens;

Möglichkeit der Erzielung einer Vereinbarung durch die entsprechenden Organe der kommunalen Selbstverwaltung und das Ministerkabinett der Ukraine, Ministerien, andere Organe des Zentralstaates zur Koordination der Aktivitäten der Organe der kommunalen Selbstverwaltung und der nationalen und lokalen Behörden der Zentralmacht zur Gewährleistung der Entwicklung der bestimmten Bezirke für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung der bestimmten Bezirke; Durchführung von Konsultationen mit Vertretern der Organe der kommunalen Selbstverwaltung über die Schließung einer solchen Vereinbarung;

Bereitstellung staatlicher Unterstützung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der bestimmten Bezirke durch die gesetzliche Festlegung eines von den allgemeinen Regelungen abweichenden Wirtschafts- und Investitionsordnung, die der Wiederherstellung der Industrie, der Verkehrs- und sozialen Infrastruktur, der Wohnungen, der Neuausrichtung des Potenzials der Industrie, der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen, der Einwerbung von Investitionen und Krediten für die bestimmten Bezirke dienen soll;

Genehmigung des staatlichen Zielprogrammes durch das Ministerkabinett der Ukraine in Übereinstimmung mit dem Gesetz der Ukraine »Über die staatlichen Zielprogramme«;

Bereitstellung einer Finanzierung aus dem Staatshaushalt für die staatliche Unterstützung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der bestimmten Bezirke und Sicherstellung, dass diese Mittel aus dem allgemeinen Teil des Staatshaushalts als geschützte Ausgaben definiert werden;

Förderung der Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den bestimmten Bezirken, Verabschiedung der Vereinbarungen über grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den Organen der kommunalen Selbstverwaltung, den lokalen Behörden der Zentralmacht der Ukraine im Rahmen ihrer gesetzlich vorgesehenen Zuständigkeiten sowie den administrativ-territorialen Einheiten der Russischen Föderation.

Quelle: Informationsabteilung der Werchowna Rada der Ukraine, <<http://rada.gov.ua/news/Novyny/Povidomlennya/97810.html>>

## **Amnestiegesetz für Teilnehmer der Ereignisse in den Regionen Donezk und Luhansk (16.09.2014)**

### **The Law “On preventing persecution and punishment of participants of events on the territories of Donetsk and Luhansk Oblasts”**

The legislative act exempts from criminal responsibility those persons who committed crimes, stipulated by the Criminal Code of Ukraine, in the period since February 22, 2014 until the day of this Law coming into force, on the territories of Donetsk and Luhansk Oblasts where the anti-terrorist operation was conducted as well, who:

- were members of armed groups or involved in activity of such groups and/or
- participated in activity of the self-proclaimed bodies in Donetsk and Luhansk Oblasts or counteracted the anti-terrorist operation.

The Law is not applied to persons who:

- are suspects, accused (defendants) and did not fulfill actions stipulated by chapter two of article 1 of the Law, and/or
- are suspected or accused of having committed crimes stipulated by several articles of the Criminal Code of Ukraine, or are sentenced for committing crimes stipulated in these articles, and/or
- committed actions which led to the MH17 “Malaysia Airlines” plane crash on July 17, 2014 in Donetsk Oblast, and/or impeded the investigation of the plane crash.

The Law exempts from administrative responsibility those persons who committed administrative crimes, stipulated by the Code of Ukraine on Administrative Infringements, in the period since February 22, 2014 until the day of this Law coming into force, on the territories of Donetsk and Luhansk Oblasts where the anti-terrorist operation was conducted as well.

Quelle: Information Department of the Verkhovna Rada of Ukraine Secretariat, <<http://rada.gov.ua/en/news/News/News/97825.html>>

## Zwischenbericht zum Absturz des malaysischen Passagierflugzeugs MH17 über die Ostukraine (9.09.2014)

### Preliminary report points towards external cause of MH17 crash

#### *No evidence of technical faults*

Flight MH17 with a Boeing 777-200 operated by Malaysia Airlines broke up in the air probably as the result of structural damage caused by a large number of high-energy objects that penetrated the aircraft from outside. This is mentioned in the preliminary report on the investigation into the crash of MH17 that has been published today by the Dutch Safety Board. There are no indications that the MH17 crash was caused by a technical fault or by actions of the crew. The cockpit voice recorder, the flight data recorder and data from air traffic control all suggest that flight MH17 proceeded as normal until 13:20:03 (UTC), after which it ended abruptly. A full listening of the communications among the crew members in the cockpit recorded on the cockpit voice recorder revealed no signs of any technical faults or an emergency situation. Neither were any warning tones heard in the cockpit that might have pointed to technical problems. The flight data recorder registered no aircraft system warnings, and aircraft engine parameters were consistent with normal operation during the flight. The radio communications with Ukrainian air traffic control confirm that no emergency call was made by the cockpit crew. The final calls by Ukrainian air traffic control made between 13.20:00 and 13.22:02 (UTC) remained unanswered.

The pattern of wreckage on the ground suggests that the aircraft split into pieces during flight (an in-flight break up). Based on the available maintenance history the airplane was airworthy when it took off from Amsterdam and there were no known technical problems. The aircraft was manned by a qualified and experienced crew.

#### **Pattern of damage**

As yet it has not been possible to conduct a detailed study of the wreckage. However, the available images show that the pieces of wreckage were pierced in numerous places. The pattern of damage to the aircraft fuselage and the cockpit is consistent with that which may be expected from a large number of high-energy objects that penetrated the aircraft from outside. It's likely that this damage resulted in a loss of structural integrity of the aircraft, leading to an in-flight break up. This also explains the abrupt end to the data registration on the recorders, the simultaneous loss of contact with air traffic control and the aircraft's disappearance from radar.

#### **Further investigation**

In its preliminary report, the Safety Board presents the initial findings of an investigation that is still fully underway. More research will be necessary to determine more precisely what caused the crash and how the airplane disintegrated. The Board believes that additional evidence will become available in the period ahead. From this point on, the research team will start working towards producing the definitive investigation report. The Board aims to publish the report within one year of the date of the crash.

#### **Procedure**

The draft preliminary report has been sent to the Accredited Representative of the states that participate in the investigation (Malaysia, Ukraine, the Russian Federation, the United Kingdom, the United States of America and Australia) for review. All Accredited Representatives have sent a reaction. The Dutch Safety Board assessed the provided suggestions and amended the report where appropriate.

#### **Tjibbe Joustra, Chairman of the Dutch Safety Board**

“The MH17 crash has shocked the world and raised many questions. The Dutch Safety Board wishes to determine the cause of the crash, for the sake of the loved ones of the victims and for society at large.”

“The initial results of the investigation point towards an external cause of the MH17 crash. More research will be necessary to determine the cause with greater precision. The Safety Board believes that additional evidence will become available for investigation in the period ahead.”

“The preliminary report issues the first findings in a ongoing investigation. From this point on, the investigation team will be working towards producing its final report. The Board aims to publish this report within one year of the date of the crash.”

*Quelle:* <[http://www.onderzoeksraad.nl/uploads/fm/untitled%20folder/untitled%20folder/PB\\_MH17\\_ENG\\_DEF\\_met\\_opmaak.pdf](http://www.onderzoeksraad.nl/uploads/fm/untitled%20folder/untitled%20folder/PB_MH17_ENG_DEF_met_opmaak.pdf)>

## Bericht der OSZE-Beobachtermission über den russischen Konvoi vom 12. September 2014

### Russian convoy of 216 vehicles entered Ukraine through the Donetsk Border Crossing Point

#### SUMMARY

On 12 September 2014 starting at 22:20 (Moscow time) and throughout the night, a Russian convoy of 216 vehicles, including 189 cargo trucks, entered the Donetsk Border Crossing Point (BCP) and crossed into Ukraine in six groups. By 13 September at 07:45, all the vehicles had crossed into Ukraine. According to the Russian Ministry for Emergency Situations (MES), the convoy is carrying only food products and heading to Luhansk.

The first group of 36 trucks were quickly checked by the Russian border guard and customs services. The 180 other vehicles were not inspected. All vehicles crossed into Ukraine without being inspected by Ukrainian border guard and customs officers or the International Committee of the Red Cross (ICRC).

#### DETAIL

On 12 September 2014 at 22:10 (Moscow time), the Observer Mission (OM) observed the arrival of vehicles belonging to a second Russian humanitarian aid convoy.

At 22:10, two cars arrived at the BCP. One of the passengers introduced himself to the Observer Team (OT) as an official of the MES of the Russian Federation (RF). He explained that soon a humanitarian aid convoy consisting of 200 vehicles loaded with food products but without medicines, would arrive at the BCP. The MES official added that the vehicles would undergo a control by the RF customs and the border guard services. According to him, the process would not involve Ukrainian customs and border guard officers who are still present in the vicinity of Donetsk BCP. He also stated that the convoy was due to cross the border on 13 September at around 06:00 hrs.

The convoy entered the BCP compound in groups as detailed below:

At 22:20, a first group of 36 white coloured trailer trucks accompanied by one workshop truck, one tow truck and one spare truck tractor entered the BCP. By 23:30, Russian border guard and custom checks were completed and all vehicles were parked in the buffer zone between the Russian and Ukrainian BCPs (outside of OSCE sight).

At 03:50, a second group of 34 cargo trucks accompanied by one workshop truck, one tow truck and one spare truck tractor entered the BCP. The second group of vehicles joined the first group parked in the buffer zone between Russian and Ukrainian BCPs (outside of OSCE OM's sight).

At 04:50, a third group of 25 cargo trucks accompanied by five fuel trucks, one ambulance, two workshop trucks, one tow truck, and one spare truck tractor entered the BCP and joined the other two groups.

At 06:00, the fourth group of 30 cargo trucks accompanied by one spare tractor, one ambulance and one tow truck entered the BCP and joined the rest of the convoy.

At 06:45, the fifth group of 33 cargo trucks accompanied by one spare truck tractor and one workshop truck entered the BCP and joined the rest of the convoy.

At 07:00, the sixth and final group of 31 cargo trucks accompanied by one ambulance, two spare trucks tractor, two workshop trucks and one tow truck entered the BCP.

By 07:45, all vehicles of the convoy had crossed the checkpoint and exited into Ukraine.

The movement of the first groups into Ukraine must have started earlier because of the lack of space in the aforementioned buffer zone. Since this area was out of sight, the OM cannot confirm the exact time of departure of the convoy. Most of the trucks were marked with a Russian flag.

Total number of vehicles which crossed into Ukraine: 216 (189 cargo trucks and 27 support vehicles).

*Quelle: Revised Spot Report by the OSCE Observer Mission at the Russian Checkpoints Gukovo and Donetsk (OM), 13 September 2014 (Donetsk Checkpoint, Russian Federation), <<http://www.osce.org/om/123529>>*

## Pressemitteilung der Moskauer Helsinki Gruppe zu wahrscheinlich in der Ukraine verletzten und getöteten russischen Soldaten (27.08.2014)

**Das Komitee der Soldatenmütter (KSM) dokumentiert wahrscheinlich bei Kriegshandlungen in der Ukraine verletzte und getötete russische Soldaten**

Das KSM hat eine Liste von 400 verwundeten und getöteten russischen Soldaten zusammengestellt

Das Komitee der Soldatenmütter der Region Stawropol hat eine Liste von vierhundert verwundeten und getöteten russischen Soldaten zusammengestellt. Dies wurde von der Vorsitzenden des Komitees, Ludmila Bogatenkowa, mitgeteilt, berichtete der TV-Sender »Doschd«. »Ich habe eine Liste von etwa vierhundert Mann. Darunter sind sowohl die Verwundeten als auch die Toten«, sagte Bogatenkowa. Nach ihrer Aussage wurde die Liste aus verschiedenen Quellen in den Streitkräften zusammengestellt, welche sie nicht offenlegen kann.

Nach den Worten Bogatenkows befinden sich in der Liste vor allem Soldaten aus drei Brigaden: aus der 19. motorisierten Infanterie-Brigade Woronesch-Shumlenskaja (stationiert in Wladikawkas, Nordossetien), der 17. motorisierten Infanterie-Brigade (stationiert in Schali, Tschetschenien) und der 8. motorisierten Garde-Gebirgsinfanterie-Brigade (stationiert im Dorf Barsoi im Bezirk Schatoiskij, Tschetschenien). Darüber hinaus stehen auf der Liste die Namen von Soldaten aus anderen Einheiten der russischen Armee. Ob es sich nur um Einheiten des südlichen Militärbezirks (früher Nord-Kaukasischer Militärbezirk) oder aus ganz Russland handelt, gab Bogatenkova nicht an. Sie erklärte, dass die Liste noch nicht vollständig sei und ständig aktualisiert werde.

Am Vorabend hatten die Mitglieder des Rates für die Entwicklung der Zivilgesellschaft und der Menschenrechte beim Präsidenten [der Russischen Föderation], das Mitglied der Moskauer Helsinki Gruppe Sergei Krivenko und die Leiterin der Soldatenmütter von St. Petersburg, Ella Poljakova, an den Untersuchungsausschuss appelliert mit der Bitte, die Informationen über den Tod von neun Berufssoldaten der 18. motorisierten Infanterie-Brigade (Militäreinheit 27777), von denen die meisten aus Dagestan stammen, auf einem Truppenübungsplatz in der Nähe von Rostow zu überprüfen.

»Ich weiß, dass das Krankenhaus in Rostow-am-Don überbelegt ist, die Krankenhäuser im Süden sind überfüllt«, erklärte Poljakova im Interview mit »Doschd«. Die Verwundeten wandten sich an die Menschenrechtsverteidiger wegen der Verletzung ihrer sozialen und dienstbezogenen Rechte. »Wenn sie verwundet zurückkommen, werden Sie rückwirkend aus dem Wehrdienst entlassen, damit es keine sozialen Verpflichtungen gegenüber ihnen und ihren Familien gibt. Denn keiner von ihnen kann beweisen, dass er irgendwo an Kämpfen teilgenommen hat«, sagte Ella Poljakova. »Russland führt keinen Krieg. Es gibt keine Kämpfe. Es wird gesagt, dass sie auf einem Truppenübungsplatz verletzt wurden. Wo? Mal angenommen in der Region Belgorod«.

Ella Poljakova, Leiterin der »Soldatenmütter von St. Petersburg«, berichtet auch über die Einlieferung einer großen Anzahl von verwundeten Soldaten in St. Petersburg. Derzeit ist nicht bekannt, wo und unter welchen Umständen sie alle verletzt wurden. Nach Ansicht von Poljakova müssen diese Informationen jetzt überprüft werden.

Früher berichteten Medien, dass auf einem Friedhof der Stadt Pskow im Stadtteil Kresty das Grab von Alexei Karpenko, wahrscheinlich einem Fallschirmjäger, gefunden worden war. Vermutlich wurde er am 25. August begraben. Auf dem Grabkreuz steht als Todesdatum Karpenkos der 18. August.

Ein Kommandeur der 76. Luftlande-Division bei Pskow, Anton Korolenko, wurde in der Region Woronesch begraben. Wie »RIA Woronesch« unter Berufung auf den Leiter des Woronescher Militärkommissariats für die Stadt Pawlowsk sowie die Kreise Pawlowsk und Verchnemamonsk, Michail Charkowskij, berichtet, wurde der Kommandeur im Dienst am 19. August getötet. Wo genau und wie Korolenko gestorben ist, wurde von der Militärbehörde nicht erläutert.

Am Morgen des 25. August fand im Dorf Wybuty in der Nähe von Pskow die Bestattung der Soldaten der 76. Luftlande-Division, des 29-jährigen Leonid Kitschatkin und des 20-jährigen Alexander Osipow statt. Zeitpunkt und Umstände des Todes der Fallschirmjäger wurden nicht angegeben. Dabei wurde als Todestag auf der Grabtafel von Kitschatkina der 19. August und bei Osipow der 20. August aufgeführt.

Am Dienstag den 26. August wurden auf dem Friedhof in Wybuty die Journalisten der Fernsehsender »Doschd« Wladimir Romenskij und »Russkij Planet« Ilja Wasjunin von Unbekannten angegriffen. Zwei Männer in Trainingsanzügen begannen, das Auto der Journalisten mit Steinen zu bewerfen, versuchten, die Fenster einzuschlagen und die Tür aufzubrechen und zerstachen zwei Autoreifen. Am Mittwoch, den 27. August, berichtete »Doschd«, dass von den Gräbern Kitschatkins und Osipovs die Tafeln mit ihren Namen und Geburts- und Todesdatum entfernt worden waren. Auch die Kränze und Bänder waren beseitigt worden.

*Übersetzung aus dem Russischen: Lina Pleines*

Quelle: Website der Moskauer Helsinki Gruppe, <<http://www.mhg.ru/news/16E6F1F4>>

## Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Konflikts im Osten der Ukraine (nach Angaben des IWF)

Die östlichen Regionen, die von dem Konflikt betroffen sind, stellen einen nicht vernachlässigbaren Teil der Wirtschaft dar. Im Jahr 2012 entfielen auf die Regionen Donezk und Luhansk 15,75 Prozent des BIPs der Ukraine. Im ersten Quartal 2014 belief sich ihr Anteil an der Gesamtindustrieproduktion auf 23 Prozent und der am Einzelhandel auf 14,5 Prozent. Darüber hinaus stammten 23 Prozent der gesamten Warenexporte und 6,75 Prozent der gesamten Warenimporte aus den beiden Regionen.

Entsprechend betrifft die starke Verringerung der wirtschaftlichen Aktivitäten in den östlichen Regionen die Wirtschaftsleistung der Ukraine direkt (siehe Tabelle 1 auf S. 14/15). Außerdem wirkt sich die durch den Konflikt erzeugte Unsicherheit negativ sowohl auf das Vertrauen bei Unternehmen und Verbrauchern im ganzen Land als auch auf die Risikoeinschätzung des Landes durch Investoren aus.

Die Einlagenabflüsse privater Haushalte lagen in den beiden Regionen im Zeitraum Januar bis Juli 2014 (rund 33 Prozent seit Ende 2013) über dem Landesdurchschnitt der Ukraine (19,5 Prozent), was den Liquiditätsbedarf der Banken erhöhte. Das war noch handhabbar, da die beiden Regionen vor der Krise einen Anteil von nur etwa elf Prozent an den Gesamteinlagen der privaten Haushalte hatten. Es wurden zwar lokale Niederlassungen der Nationalen Bank der Ukraine in Donezk und Luhansk geschlossen, ihre Bilanzen werden jedoch in Kiew ausgeglichen und das Zahlungssystem scheint mehr oder weniger normal zu funktionieren, auch die Bezahlung der Lieferungen von Gütern nach und aus Russland, obwohl diese Lieferungen stark zurückgegangen sind.

Die Steuereinnahmen – vor allem der Steuern, die in den Staatshaushalt fließen – sind in den östlichen Regionen im Vergleich zum Rest der Ukraine gesunken (siehe Tabelle 2 auf S. 15). Zeitweise gab es Störungen im Arbeitsablauf der Steuerverwaltungen in Donezk und Luhansk.

Quelle: IMF, *First Review under the Stand-By Arrangement*, September 02, 2014, p. 6, <<http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2014/cr14263.pdf>>

**Tabelle 1: Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Konflikts im Osten der Ukraine  
(Kumulierte Wachstumsraten im Vorjahresvergleich)**

	Januar–März 2014	Januar–Mai 2014	Januar–Juni 2014
<b>Industrieproduktion</b>			
Donezk	-13	-12,1	-12,3
Luhansk	-1,6	-2	-5
Rest der Ukraine	-3,5	-3,1	-2,9
Ukraine, gesamt	-5	-4,6	-4,7
<b>Landwirtschaft</b>			
Donezk	0,4	2,7	-11,4
Luhansk	1,2	3,2	-11,3
Rest der Ukraine	6,3	4,8	-3,3
Ukraine, Gesamt	5,9	4,7	-3,9
<b>Bau</b>			
Donezk	-7,3	-11,1	-19,1
Luhansk	5,9	-7,3	-16,9
Rest der Ukraine	-6,8	-5,8	-7,3
Ukraine, Gesamt	-6,4	-6,5	-8,9
<b>Einzelhandel</b>			
Donezk	6,8	0,4	-2,5

*Fortsetzung auf der nächsten Seite*

**Tabelle 1: Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Konflikts im Osten der Ukraine  
(Kumulierte Wachstumsraten im Vorjahresvergleich) (Fortsetzung)**

	Januar–März 2014	Januar–Mai 2014	Januar–Juni 2014
Luhansk	7	-1,9	-7,7
Rest der Ukraine	7,8	3,5	1,6
Ukraine, Gesamt	7,7	2,9	0,8
<b>Warenexporte</b>			
Donezk	-19,2	-17	...
Luhansk	-14,9	-18,2	...
Rest der Ukraine	-3,5	-1,4	...
Ukraine, Gesamt	-6,9	-5,1	...
<b>Warenimporte</b>			
Donezk	-28,8	-33,7	...
Luhansk	-28	-28,5	...
Rest der Ukraine	-19,9	-17	...
Ukraine, Gesamt	-20,5	-18	...
<b>Arbeitslosigkeit</b>			
Donezk	9,1		
Luhansk	8,4		
Rest der Ukraine	8,8		
Ukraine, Gesamt	8,8		

Anmerkung: Januar–März: mit Krim und Sewastopol; Januar–Mai und Januar–Juni: ohne Krim und Sewastopol.

Quelle: IMF, *First Review under the Stand-By Arrangement*, September 02, 2014, p. 6, <<http://www.imf.org/external/pubs/ft/sr/2014/cr14263.pdf>>

**Tabelle 2: Die Wachstumsraten der Steuereinnahmen im Osten der Ukraine (in %, Juni 2014 im Vergleich zu Juni 2013)**

	Staatshaushalt*	Sozialversicherungskasse	Lokale Haushalte	Gesamt*
Donezk	-30,3	-9,5	-10,4	-17,6
<i>Anteil an den Gesamtsteuereinnahmen im Jahr 2014</i>	4,6	10,7	10,9	7,6
Luhansk	-8,5	-10	-13,5	-10,3
<i>Anteil an den Gesamtsteuereinnahmen im Jahr 2014</i>	1,7	4,7	4	3,1
Rest der Ukraine	8,4	4,2	4,5	6,5
Ukraine, Gesamt	5,3	1,8	1,8	3,6

\* vor Mwst.-Rückerstattung

Quelle: IMF, *First Review under the Stand-By Arrangement*, September 02, 2014, p. 6, <<http://www.imf.org/external/pubs/ft/sr/2014/cr14263.pdf>>

## Der gerechte Gaspreis für die Ukraine: Preisformeln, Verhandlungen und Schiedsgerichtsverfahren ersetzen den Markt

Von Roland Götz, Wiltingen

### Zusammenfassung

In Russlands europäischen Nachbarstaaten, darunter in der Ukraine, ist Gas aus Russland trotz niedrigerer Transportkosten teurer als in Westeuropa. Das liegt daran, dass in Europa kein einheitlicher Gasmarkt existiert und Gazprom daher nach nationaler Marktlage differenzierte Exportpreise durchsetzen kann. Gasimporteure können allerdings in Revisionsverhandlungen der Gaslieferverträge Preissenkungen erreichen. Die laufenden Verfahren vor Schiedsgerichten und das Antitrustverfahren der Wettbewerbsbehörde der EU werden ebenfalls Preisminderungen bewirken. Dagegen ist in naher Zukunft weder ein gemeinsamer Gaseinkauf der EU-Staaten noch ein vereinheitlichter Exportpreis Gazproms zu erwarten. Um eine Gas-krise im Winter 2014/15 zu vermeiden, müssten Naftogaz Ukrainy und Gazprom sich auf einen vorläufigen Gaspreis und eine vorläufige Regelung der Gasschulden einigen und die EU sollte der Ukraine finanzielle Unterstützung gewähren.

### Einleitung

Gazprom verkauft zwei Drittel seiner Gasproduktion auf dem russischen Binnenmarkt zu Preisen, die vom Staatlichen Dienst für Tarife Russlands festgelegt werden. Sie decken nur gerade die laufenden Kosten der Gasförderung und des Gastransports und tragen daher nicht zur Finanzierung der hohen Investitionen des Unternehmens in Förderanlagen und Pipelines bei. Beim Export ins Ausland kann Gazprom seine Preise dagegen selbst bestimmen. Mit Ausnahme von GUS-Staaten, die wie Belarus ihre Gasinfrastruktur ganz oder wie Armenien teilweise an Gazprom übereignet haben und deswegen zu Vorzugspreisen beliefert werden, verlangt Gazprom außerhalb Russlands Preise, die deutlich über den russischen Inlandspreisen liegen. Sie werden auf intransparente Weise gebildet und gelten vielen Beobachtern als politisch motiviert. Seit Jahren liegen die Ukraine und Russland im Streit um den Gaspreis, der im Juni 2014 zur Einstellung der Gaslieferungen Gazproms an die Ukraine führte. Werden diese nicht rechtzeitig wieder aufgenommen, drohen im Winter nicht nur in der Ukraine Engpässe bei der Gasversorgung, sondern auch beim über die Ukraine laufenden Gastransit aus Russland, der von der rechtzeitigen Befüllung der ukrainischen Gasspeicher abhängt.

### Der Streit um den Gaspreis für die Ukraine

Gazprom fordert von der Ukraine ab dem zweiten Vierteljahr 2014 einen Gaspreis von 485 US-Dollar pro 1000 m<sup>3</sup>, der gemäß dem im Januar 2009 abgeschlossenen Gasliefervertrag berechnet wird. EU-Energiekommissar Günther Oettinger hingegen nannte im Deutschlandfunk am 30.05.2014 diesen Preis »nicht marktgerecht, sondern eindeutig von der Politik bestimmt« und hielt eine Preisspanne zwischen 350 und 390 US-Dollar

für angemessen. Die Regierung der Ukraine sowie die ukrainische Gasgesellschaft Naftogaz Ukrainy vertreten die Auffassung, dass der Gaspreis aus Spotmarktpreisen auf europäischen Gas-Hubs (virtuellen Gashandelsplätzen) und unter Verminderung um die Transportkosten von der Ukraine nach Westeuropa abgeleitet werden soll. Alternativ dazu könne der Gaspreis aber auch in den Sommermonaten auf 320 US-Dollar und im Winter auf 380 US-Dollar festgelegt werden, was auf einen Durchschnittspreis von 340 US-Dollar hinausliefe. Russlands Regierung will der Ukraine durch den Verzicht des Staatshaushalts auf die Gasexportsteuer entgegenkommen, wodurch der Gaspreis von 485 auf 385 US-Dollar vermindert würde (s. Tabelle 1 auf S. 20). Diesen Vorschlag weist die Ukraine zurück, weil sie nicht einen Preisnachlass, sondern eine grundsätzlich neue Preiskalkulation vereinbaren will.

Die unterschiedlichen Auffassungen werden dadurch verursacht, dass Gazprom von dem noch bis Ende 2019 laufenden Gasliefervertrag ausgeht, während die Ukraine diesen als überholt betrachtet und auch Energiekommissar Oettinger die durch den Vertrag gegebene Rechtslage ignoriert. Die Diskussion wird dadurch erschwert, dass in der Ukraine – wie auch in vielen ost- und südosteuropäischen Ländern – kein ausgebildeter Markt für Importgas existiert, auf dem sich durch Angebot und Nachfrage einer Vielzahl von Marktteilnehmern ein allseits anerkannter »marktgerichteter« Preis bilden kann. Deswegen werden dort Surrogate zur Preisbestimmung benutzt. Gazprom leitete in dem 2009 mit Naftogaz Ukrainy abgeschlossenen Gasliefervertrag den Gaspreis von Preisen für Ölprodukte in Italien ab. Nach (heutiger) Meinung der Regierung der Ukraine solle man sich dagegen an westeuropäischen Spotmarktpreisen orientieren oder einen Durchschnitt



aus nicht näher bezeichneten Sommer- und Winterpreisen bilden. Energiekommissar Oettinger wiederum gewinnt seine Preisvorstellung für die Ukraine aus in der EU ermittelten Gasimportpreisen, die aus Gaslieferverträgen folgen, in denen sowohl Ölpreise als auch Gas-Spotmarktpreise berücksichtigt werden.

### Die Preisformel in Gazproms Lieferverträgen

Gazprom benutzt in seinen Gaslieferverträgen eine Preisformel, die den Gaspreis nicht aus dem Angebot und der Nachfrage auf dem Gasmarkt, sondern aus den Preisen für Ölprodukte und damit vom Ölmarkt ableitet. Das Unternehmen beliefert seine europäischen Kunden – und die Ukraine seit 2009 – nach dem Vorbild der Lieferverträge, die von BP und Shell unter Beteiligung der niederländischen Regierung in den 1960er Jahren für die Vermarktung des Erdgases aus dem niederländischen Gasfeld Groningen formuliert wurden (Groningen-Modell) und die auch von den Gasgesellschaften Norwegens und Algeriens verwendet wurden. Ihre typischen Merkmale sind Laufzeiten bis zu 30 Jahren, die Verpflichtung zur Abnahme einer Mindestmenge (take or pay clause) sowie die »Anlegung« des Gaspreises an die Preise für konkurrierende, äquivalente Energieträger (anlegbarer Preis, Äquivalenzpreis). Da sich die Verfügbarkeit und die Preise der mit Erdgas konkurrierenden Energieträger (Schweröl, Heizöl, Kohle) je nach Absatzgebiet unterscheiden, kann Gazprom räumliche Preisdifferenzierung betreiben, indem es jeweils den seinen Gewinn maximierenden Preis fordert. Das in den Gaslieferverträgen ursprünglich ebenfalls enthaltene Verbot des Weiterverkaufs des Erdgases an andere Kunden als den Vertragspartner (destination clause) musste Gazprom aufgeben, seit die Binnenmarktrichtlinien der EU es nicht mehr erlauben. Somit wird zwar der interregionale Handel mit Gasmengen unter Ausnutzung der Preisdifferenzen (Preisarbitrage) rechtlich ermöglicht, jedoch ist er durch die weitgehende technische Separierung der nationalen und subnationalen Gasmärkte beschränkt und es kann sich dennoch kein einheitlicher europäischer Gaspreis bilden.

Ausschlaggebend für den in Gazproms Gaslieferverträgen festgelegten Gasexportpreis, der quartalsweise berechnet wird, ist der bei Vertragsabschluss fixierte Basispreis ( $p_0$ ). Er wird mit einem Eskalationsfaktor multipliziert, der die nach Vertragsabschluss eintretende Entwicklung von Schweröl und leichtem Heizöl in den vorausgehenden neun Monaten wiedergibt. Dieser Preistyp der Ölpreis-Eskalation gilt nicht nur für das aus Russland gelieferte Gas, sondern auch (freilich mit abnehmender Tendenz) für rund 40 Prozent des in Europa verbrauchten Erdgases, während für die Hälfte

der Gasimporte die Preise im Wege des Gas-zu-Gas-Wettbewerbs gebildet werden. Bei der Festlegung des Basispreises  $p_0$  spielen die Transportentfernungen keine Rolle, was die kontraintuitive Folge hat, dass die Preise für Gas aus Russland in Deutschland und Frankreich deutlich niedriger sind als in den Ländern, die an Russland direkt angrenzen, denn ausschlaggebend für die im Basispreis zum Ausdruck kommende regionale Preisdifferenzierung sind nicht die Kosten, sondern die Konkurrenzsituation auf dem jeweiligen Absatzmarkt für Erdgas.

### Gazproms Preise auf den europäischen Märkten

Ob Gazproms Preise tatsächlich der jeweiligen Konkurrenzsituation entsprechen, kann mit Hilfe von Daten für 2012 untersucht werden. Generell werden von den Gasexporteuren und ihren Kunden weder die Gaslieferverträge noch die aktuellen Gasexportpreise veröffentlicht. Nur ausnahmsweise wurden die im ersten Halbjahr 2012 für eine Reihe europäischer Länder geltenden Gasexportpreise Gazproms durch die Publikation in Iswestija vom 1. Februar 2013 bekannt. Als Indikator für die Wettbewerbslage auf dem Gasmarkt, die Einfluss auf den Umfang der räumlichen Preisdifferenzierung hat, kann der 2012 bestehende Anteil von Gas aus Russland am gesamten Energieverbrauch des jeweiligen Landes dienen. Wie Tabelle 2 auf S. 21 und ebenfalls Grafik 1 auf S. 20 erkennen lassen, ist der Zusammenhang zwischen dem Gasimportpreis und der Wettbewerbsituation jedoch nur schwach ausgeprägt. Die Empirie begründet somit Zweifel daran, dass Gazprom in seiner Preispolitik tatsächlich die Konkurrenzsituation auf dem jeweiligen Absatzmarkt berücksichtigt.

Einfluss auf den Importpreis kann allerdings auch die Verhandlungstaktik der Kunden Gazproms ausüben. Anders ist kaum erklärbar, dass im ersten Halbjahr 2012 Gazproms Erdgas in Polen am teuersten war, obwohl es dort nur den vergleichsweise geringen Anteil von acht Prozent am Primärenergieverbrauch des Landes hatte. Die politische Nähe der Staaten zu Russland dürfte dagegen keine ausschlaggebende Rolle gespielt haben, da hohe Gaspreise für Gas aus Russland im ersten Halbjahr 2012 ebenso sowohl in den Ländern bestanden, deren politische Beziehungen zu Russland als angespannt gelten (Polen, Litauen), als auch in Ländern, die historisch bedingt besonders gute Beziehungen zu Russland pflegen (Bulgarien und Griechenland). In Deutschland und Frankreich, deren Gasgesellschaften zusammen mit Gazprom an den Pipeline-Konsortien Nord Stream und South Stream beteiligt sind, können die niedrigen Gaspreise sowohl mit ihren guten Geschäftsbeziehungen zu Gazprom als auch mit den dort vorliegenden niedrigen Marktan-

teilen des aus Russland kommenden Gases am Energiemix erklärt werden.

Für die Ukraine fordert Gazprom, nachdem es die bis dahin geltenden Rabatte gekündigt hatte, ab April 2014 erstmals den vollen Gaspreis, der sich aus dem Gasliefervertrag ergibt, der im Januar 2009 nach Verhandlungen zwischen der damaligen Ministerpräsidentin Julia Timoschenko und dem damaligen Ministerpräsidenten Wladimir Putin zwischen Gazprom und Naftogaz Ukrainy abgeschlossenen worden war und der bis Ende 2019 läuft. Timoschenko hatte damals eigenmächtig den hohen Basispreis von 450 US-Dollar pro 1000 m<sup>3</sup> vereinbart. Was sie dazu bewog, ist umstritten – angeblich erreichte sie damit, dass der undurchsichtige Gaszwischenhändler RosUkrEnergio aus dem Gasgeschäft in der Ukraine entfernt wurde.

### Ein Einheitspreis für Gazproms Gas?

Um Gazproms Marktmacht auf den europäischen Gasmärkten zu brechen, haben Polens Ministerpräsident Donald Tusk und die EU-Kommission die Idee einer gesamteuropäischen Erdgas-Einkaufsorganisation (»Energieunion«) ins Spiel gebracht, die in Analogie zur seit 1960 bestehenden Euratom Supply Agency funktionieren soll. Sie soll anstelle der einzelnen Firmen und Regierungen als Gaskunde auftreten und dadurch einen einheitlichen Gaspreis durchsetzen. Die ähnliche Idee der Caspian Development Corporation war von der EU-Kommission bereits 2010 mit dem Ziel der Gewinnung Turkmenistans für die Belieferung des »südlichen Gaskorridors« entwickelt worden. Das ungelöste Grundproblem solcher Ansätze ist allerdings die fehlende Vereinbarkeit mit dem europäischen Wettbewerbsrecht. Das dürfte der Grund sein, warum die Idee der Energieunion in der EU mit Zurückhaltung aufgenommen und in der Ende Mai 2014 vorgelegten Energiesicherheitsstrategie der EU nur beiläufig erwähnt wurde.

Ein gangbarer Weg bestünde darin, dass Gazprom selbst auf seine Politik der regionalen Preisdifferenzierung verzichtet. An der Westgrenze Russlands könnte dann ein einheitlicher Preis gelten und auf dessen Grundlage könnten unter Berücksichtigung der Transportentfernung landesspezifische Basispreise ermittelt werden. Die Preisgestaltung Gazproms würde dadurch zwar transparenter und das Image des Unternehmens damit verbessert werden, aber ein derartiger Einheitspreis wäre für Gazprom mit Gewinneinbußen in Höhe von mehreren Milliarden Dollar pro Jahr verbunden. Denn die bislang durch relativ niedrige Gaspreise bevorzugten großen Kunden Gazproms in Deutschland, Italien, Frankreich und der Türkei würden auf einem Preis bestehen, der sie nicht schlechter als bisher stellt, und für Russlands Nachbarstaaten würden wegen der geringe-

ren Transportkosten noch niedrigere Preise gelten müssen. Bis Gazprom sich zu einer derartigen weitgehenden Änderung seiner Preispolitik bereithalten könnte, die nur mit Zustimmung von Gazproms westeuropäischen Kunden möglich wäre, ist nur mit einzelnen Revisionen der Gaslieferverträge zu rechnen, wobei Basispreise gesenkt und neben den Preisen für Ölprodukte auch Spotmarktpreise für Erdgas in die Preisformeln einbezogen werden.

### Korrekturen der Gaspreise durch Verhandlungen und Klagen

Gegen das »Anlegen« des Gaspreises an die Preise für Ölerzeugnisse wurde aus Sicht der Wettbewerbstheorie vorgebracht, dass damit den Gasanbietern auf Marktmacht basierende Übergewinne ermöglicht werden. Unter dem Eindruck dieser Argumente ist in der EU diese Praxis inzwischen für den Erdgashandel innerhalb des Binnenmarktes untersagt, sie war bezüglich des Gasimports aber noch nie Gegenstand eines Verfahrens vor nationalen Kartellämtern oder der EU-Wettbewerbsbehörde. Erstmals hat der Wettbewerbskommissar der EU Joaquín Almunia im September 2012 die Überprüfung der Preispolitik Gazproms in den ostmitteleuropäischen EU-Ländern angestrengt. Voraussichtlich wird dieses sich nur auf die EU beschränkende Antitrustverfahren keine grundsätzliche Versagung des Preismodells Gazproms zur Folge haben, sondern fordern, dass in den Preisformeln neben Heizölpreisen auch Spotmarktpreise für Erdgas einbezogen werden.

Für den Fall grundlegender Änderungen der Marktverhältnisse sehen die Gasimportverträge Verhandlungen zwischen den Vertragsparteien und, wenn diese ergebnislos bleiben, die Klagemöglichkeit vor internationalen Schiedsgerichten vor. Derartige Verhandlungen und Klagen haben seit 2009 in Dutzenden Fällen die Revision von Gazproms Lieferverträgen zur Folge gehabt. Preisreduktionen zwischen 15 und 20 Prozent erreichten in Deutschland unter anderen die Unternehmen E.ON, RWE und Wingas, in Polen die PGNiG, in Frankreich die GdF Suez, in der Slowakei die SPP, in Italien die Sinergie Italiana, in Österreich die Handelstochter von OMV Ecomgas und in Griechenland die Depa.

### Ein vorläufiger Gaspreis für die Ukraine

Auch Naftogaz Ukrainy kann mit Verweis auf zunehmende, preisgünstige Gaslieferungen aus Polen, Ungarn und der Slowakei und die dadurch bewirkte Veränderung der Wettbewerbslage von Gazprom eine Abänderung des Gasliefervertrags von 2009 verlangen. Die diesbezügliche im Juni 2014 von Naftogaz Ukrainy vor dem Stockholmer Schiedsgericht angestrebte Klage gegen Gazproms Preisforderung dürfte eine Preisre-

duktion im Rahmen der bereits von anderen europäischen Gasimporteuren erzielten Ergebnisse erbringen, nämlich die Reduktion des von Gazprom geforderten Preises um 20 Prozent auf rund 390 US-Dollar und damit auf einen Betrag, der von Russlands Regierung bereits angeboten worden war. Damit ist allerdings erst nach einer Verhandlungsdauer von mindestens einem Jahr zu rechnen und damit zu spät für die Wiederaufnahme der Belieferung der Ukraine durch Gazprom vor dem Winter 2014/15. Doch können die Kontrahenten nach gängiger Praxis das im Schiedsgerichtsverfahren zu erwartende Resultat durch eine vorläufige Einigung vorwegnehmen. Weil das Stockholmer Schiedsgericht das Preisverfahren mit der von Gazprom eingereichten Klage auf Bezahlung der Gasschulden zusammengezogen hat, müsste sich die Ukraine ebenfalls zu einer vorläufigen Regelung ihrer Schulden für geliefertes, aber nicht bezahltes Gas aus den Jahren 2013 und 2014 (nach Gazproms Rechnung 5,3 Milliarden US-Dollar – Stand 16.09.2014) bereitfinden, die der zu erwartenden Preisentscheidung des Schiedsgerichts entspricht. Um der ukrainischen Regierung eine derartige Verhandlungs-

lösung zu erleichtern, sollten die EU-Länder im eigenen Interesse der Ukraine finanzielle Hilfen gewähren sowie Garantien für die Schuldenrückzahlung übernehmen. Wenn die Ukraine in den anstehenden Gesprächen der Energieminister Russlands, der Ukraine und der EU-Vertreter jedoch auf einem Gaspreis beharrt, der weit unter der zu erwartenden Vorgabe des Schiedsgerichts liegt, wird es keine Einigung geben. Dann wird im Februar 2015 in der Ukraine das Gas knapp werden, weil die zu erwartenden Gasimporte aus Ungarn, Polen und der Slowakei sowie die Entnahme aus den ukrainischen Gasspeichern den Ausfall der Lieferungen aus Russland nicht ausgleichen können (s. Tabelle 3 auf S. 21). Aber auch in den westlichen Nachbarstaaten der Ukraine, für die im Winter zusätzlich zu den Transitlieferungen das in der Ukraine gespeicherte Gas benötigt wird, wird es dann zu Engpässen bei der Gasversorgung kommen. Und ohne Gas aus Russland werden im Sommer 2015 die Gasspeicher in der Ukraine kaum ausreichend gefüllt werden können und die nächste Gas-krise vorprogrammiert sein. Die Preisfrage bleibt daher auf der Tagesordnung.

#### *Über den Autor*

Dr. Roland Götz hat sich am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst) in Köln und bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin mit der Sowjetwirtschaft und der Wirtschaft Russlands beschäftigt.

#### *Lesetipps*

- Heiko Pleines: Der ukrainische Erdgaskonflikt 2014. Streitpunkte, Verhandlungen und Perspektiven für die Ukraine, Ukraineanalysen Nr. 134, S. 2–6, <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen134.pdf>>.
- Roland Götz: Zwischen Angst und Größenwahn. Gas und Öl als politisches Druckmittel, in: Osteuropa, 5–6/2014, S. 277–292.
- Georg Zachmann: Can Ukraine secure enough gas for the winter? A scenario analysis. Berlin, Kyiv 2014, <[http://www.beratergruppe-ukraine.de/download/TN/TN\\_05\\_2014\\_en.pdf](http://www.beratergruppe-ukraine.de/download/TN/TN_05_2014_en.pdf)>.
- Anthony Melling: Natural Gas Pricing and its Future. Europe as the Battleground. Washington et al. 2010, <[http://carnegieendowment.org/files/gas\\_pricing\\_europe.pdf](http://carnegieendowment.org/files/gas_pricing_europe.pdf)>.
- Karel Svoboda: Business as Usual? Gazprom's Pricing Policy Toward the Commonwealth of Independent States, in: Problems of Post-Communism, 6/2011, S. 21–35, <[http://www.academia.edu/4431315/Gazproms\\_Pricing\\_Policy\\_towards\\_the\\_CIS](http://www.academia.edu/4431315/Gazproms_Pricing_Policy_towards_the_CIS)>.
- Skadden, Arps, Slate, Meagher & Flom LLP: The Tymoshenko Case. Kiev 2012, <<http://www.minjust.gov.ua/file/24353>>.
- Nikolò Sartori: The European Commission vs. Gazprom. An Issue of Fair Competition or a Foreign Policy Quarrel? Rom 2013 (= IAI Working Papers 13), <<http://www.iai.it/>>.

## TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

## Gaspreise und Gasmarkt

Tabelle 1: Preise und Preisvorschläge für Gazproms Gaslieferungen in die Ukraine

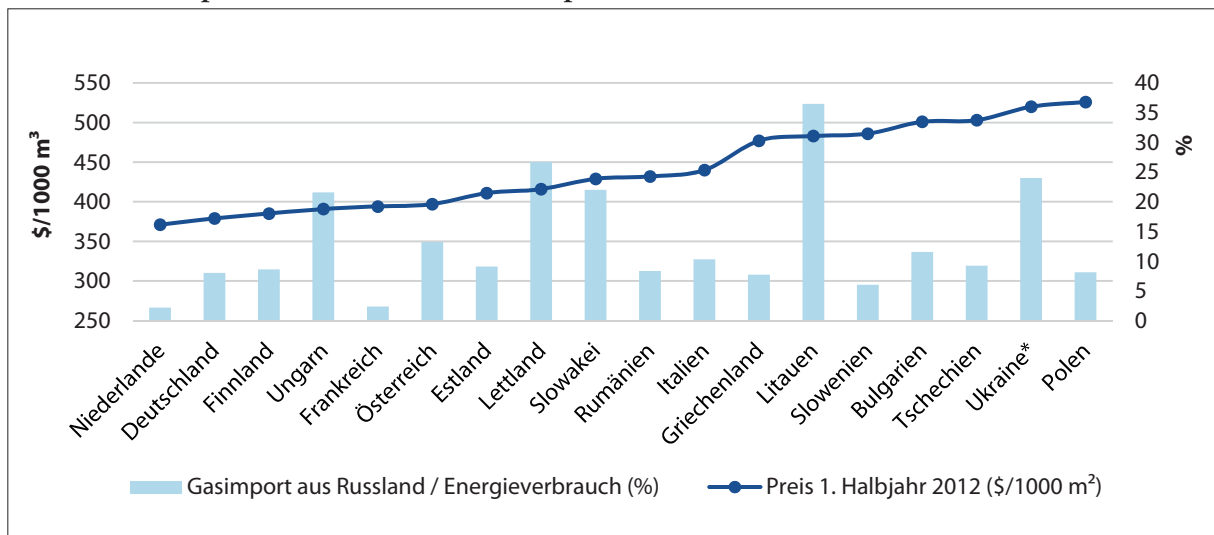
	\$ pro 1000 m <sup>3</sup>	
Dezember 2013	394	Reduziert um 100 \$ durch Verzicht Russlands auf den Gasexportzoll
Januar bis März 2014	268	Reduziert wegen Nichtunterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU
April bis Mai 2014	485*	Gemäß Vertrag von 2009** und nach Aufkündigung beider Preisreduktionen
Vorschlag Russlands	385	Von 485 \$ reduziert um 100 \$ durch Verzicht Russlands auf den Gasexportzoll
Vorschlag der Ukraine	340	Durchschnittswert aus Sommerpreis (320) und Winterpreis (380) oder: Orientierung an westeuropäischen Spotmärkten abzüglich Transportkosten
Vorschlag des EU-Energiekommissars Oettinger	350–390	Orientierung an EU-Importpreisen in Langfristverträgen

\*Wurde von Ukraine nicht bezahlt

\*\*Ukrainskaja Prawda, 22.1.2009, <<http://www.pravda.com.ua/rus/articles/2009/01/22/4462671/>>

Quellen: Dr. Roland Götz nach Angaben von Interfax-Ukraina, <<http://interfax.com.ua/news/tag/102.html/>>; KyivPost, <<http://www.kyivpost.com/hot/gas-disputes/>>.

Grafik 1: Gazproms Marktmacht und Gaspreise 2012



\*Ohne Preisrabatt (100 US-Dollar).

Quellen: Dr. Roland Götz nach Angaben von Iswestija, 1.02.2013, <<http://izvestia.ru/news/544100/>>; Eurogas Statistical Report 2013, <<http://www.eurogas.org/statistics/>>; zur Ukraine: BP Statistical Review of World Energy 2014, <<http://www.bp.com/>>; <<http://www.gasua.com/ru/news/2932.html>>.

Tabelle 2: Gaspreise und Marktverhältnisse 2012

	Preis im 1. Halbjahr 2012 (US-Dollar pro 1000 m <sup>3</sup> )	Anteil von Gas aus Russland am Energieverbrauch (%)	Anteil des Gas- verbrauchs am Energieverbrauch (%)	Anteil von Gas aus Russland am Gasverbrauch (%)
Niederlande	371	2	42	5
Deutschland	379	8	21	37
Finnland	385	9	9	100
Ungarn	391	22	30	72
Frankreich	394	2	15	16
Österreich	397	13	22	60
Estland	411	9	9	100
Lettland	416	27	27	100
Slowakei	429	22	26	84
Rumänien	432	8	34	24
Italien	440	10	36	29
Griechenland	477	8	14	56
Litauen	483	36	36	100
Slowenien	486	6	10	60
Bulgarien	501	12	13	89
Tschechien	503	9	16	57
Polen	526	8	14	59
Ukraine*	520	24	36	66

\*Ohne Preisrabatt (100 \$).

Quellen: Dr. Roland Götz nach Angaben von Iswestija, 1.02.2013, <<http://izvestia.ru/news/544100>>; Eurogas Statistical Report 2013, <<http://www.eurogas.org/statistics/>>; Zur Ukraine: BP Statistical Review of World Energy 2014, <<http://www.bp.com/>>; <<http://www.gasua.com/ru/news/2932.html>>.

Tabelle 3: Gasbilanz der Ukraine für Oktober 2014 bis März 2015 (optimistisches Szenario)

	Durchschnittlich Mio. m <sup>3</sup> pro Tag	Durchschnittlich Mrd. m <sup>3</sup> pro Monat	Mrd. m <sup>3</sup> im Gesamtzeitraum
Verbrauch	200,0	6,1	36,6
Förderung	60,0	1,8	11,0
Import aus Polen*	4,4	0,13	0,8
Import aus Ungarn*	7,9	0,24	1,4
Import aus der Slowakei*	27,0	0,81	4,9
Speicherentnahme**			12,0
Aufkommen			30,2
Defizit (Verbrauch - Aufkommen)			6,4
Reichweite des Aufkommens (Monate)			(4,9)

\*Entsprechend Maximalkapazität, unter Vorbehalt der Lieferfähigkeit.

\*\*Speicherentnahme = Speichermenge Anfang Oktober (17 Mrd. m<sup>3</sup>) abzüglich Mindestmenge (5 Mrd. m<sup>3</sup>).

Quellen: Dr. Roland Götz nach Angaben von Georg Zachmann: Can Ukraine secure enough gas for the winter? A scenario analysis. Berlin, Kyiv 2014, <[http://www.beratergruppe-ukraine.de/download/TN/TN\\_05\\_2014\\_en.pdf](http://www.beratergruppe-ukraine.de/download/TN/TN_05_2014_en.pdf)>. Roman Opimach: Kak pereshit simu bes rossiiskogo gasa, in: Ekonomitscheskaja prawda, 8.07.2014, <<http://www.epravda.com.ua/rus/columns/2014/07/8/474430/>>; Ukrtransgaz: Underground Gas Storage. Operative Information, <<http://www.utg.ua/en/activities/underground-gas-storage/>>; Neft Rossii, 29.08.2014, <<http://www.oilru.com/news/423949/>>; Ekonomitscheskaja prawda, 8.09.2014, <<http://www.epravda.com.ua/rus/news/2014/09/8/489276/>>.

## Bleibt es bei den Ukrainern und ihren Nachbarn diesen Winter warm?<sup>1</sup>

Von Ildar Gazizullin, Kiew

An der Versorgungslage durch lokale und kommunale Dienstleister, besonders mit Fernwärme, zeigen sich deutlich die größten Herausforderungen der Ukraine. Im Einzelnen sind das die mangelnde finanzielle Tragfähigkeit der örtlichen Versorger, eine hohe Konzentration von behördlicher und finanzieller Verantwortung in Kiew, niedrige Energieeffizienz, ineffiziente Führungsstrukturen und ein ungenügendes Sozialsystem sowie schließlich die Korruption.

Alle örtlichen Fernwärmeversorger sind hoch verschuldet. Selbst in reichen Regionen oder in Städten, etwa in Kiew, sind die Versorger in finanziellen Schwierigkeiten. Den Einwohnern von Kiew wurde beispielsweise im Sommer das Warmwasser abgedreht und auch im September gibt es noch kein Warmwasser, weil die Stadtwerke Schulden aus ihrem Gasverbrauch haben. Lokale und nationale Behörden versuchen, die Unterbrechungen in der Wärmeversorgung mit der Notwendigkeit von Gaseinsparungen zu rechtfertigen. Die Ukraine importiert bekanntlich seit Juni kein russisches Gas mehr und die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass gegen Ende des Winters nicht genug Gas vorhanden sein wird. Die EU ist besorgt, dass die Gaskrise in der Ukraine die Gasversorgung ihrer Mitgliedstaaten beeinträchtigen könnte.

Die Preissignale funktionieren auf dem nationalen Markt momentan nicht vollständig. Der Wärme- und Gasverbrauch wird stark subventioniert und es klafft eine große Lücke zwischen den realen Kosten der Energie und ihren Preisen. Laut Schätzungen des IWF werden bis zu zehn Prozent des ukrainischen BIP auf Energiesubventionen verwendet, beziehungsweise besser: verschwendet. Das Problem ist, dass das ukrainische Sozialsystem noch aus der Sowjetzeit stammt (selbst Russland hat vor einigen Jahren die Sozialleistungen monetarisiert), so dass es zu Energiearmut kommen würde, sollten die Energiepreise weiter steigen, ohne dass die monetären Sozialleistungen an die Bevölkerung drastisch erhöht werden. Zum Schutz bedürftiger Haushalte sollte die Regierung endlich mit einer Reform der Sozialpolitik beginnen, was auch eine der Empfehlungen des IWF ist.

Wie die gesamte ukrainische Wirtschaft ist auch die Fernwärme zu stark vom Gas abhängig. Ein Wechsel zu alternativen Brennstoffen oder zur Elektrizität

findet statt, ist aber nicht so einfach. Erstens würde ein Wechsel zu elektrisch betriebenen Boilern den Druck auf die lokalen Elektrizitätswerke und das Blackout-Risiko dramatisch erhöhen (die hauseigenen Netzwerke wurden während der Sowjetzeit gebaut, als die Bevölkerung noch nicht so viele elektronische Geräte hatte). Zweitens ist es in großen Städten aufgrund von Umweltfolgen und diesbezüglichen logistischen Einschränkungen kaum möglich, Gas durch im Inland produzierte Kohle oder durch Bioenergie zu ersetzen. Bioenergie wird jedoch in ländlichen Regionen beliebter. Das Problem ist, dass sie noch immer nicht mit dem subventionierten Gas konkurrieren kann. Außerdem werden große Mengen von Bioenergie in die EU exportiert (vor allem Holzpellets).

In den letzten Jahren wurden Preis- und Regulierungsfunktionen zunehmend zentralisiert. Ein Grund dafür ist, dass die Lokalbehörden selbst zögerten, Verantwortung zu übernehmen, da sie dann unter anderem die unpopuläre Entscheidung hätten treffen müssen, die Verbraucherpreise zu erhöhen. Ironischerweise zögerte jedoch auch die in Kiew errichtete Aufsichtsbehörde, ihren Job gründlich zu machen, bis es in diesem Jahr durch eine IWF-Bedingung zur Erhöhung der Preise kam (die Preise für Gas und Fernwärme stiegen um 40 bis 50 Prozent, s. Tabelle 1 auf S. 28). Nun gibt es Pläne (im Rahmen der Dezentralisierungsreform), Regulierungsfunktionen zunehmend auf die lokale Ebene zu übertragen, so dass letzten Endes die Kommunen entscheiden, welches Leistungsniveau sie zu welchem Preis benötigen. Das könnte ein Schritt in die richtige Richtung sein, da die Zentralbehörden nicht genug Kapazitäten haben, um Hunderte von örtlichen Versorgern zu regulieren.

Unterdessen sinken Qualität und Verfügbarkeit der lokalen Dienstleistungen. Die Energieverluste beim Verbrauch sind hoch – bis zu 50 Prozent, sowohl im System als auch in den Häusern. Die Regierung hat Pläne bekanntgegeben, die Normtemperatur in öffentlichen Gebäuden und Wohnhäusern abzusenken, um Energie zu sparen. Leider haben die Endverbraucher kaum eine Möglichkeit, ihren Energieverbrauch beim Heizen effizient zu regulieren, ganz einfach deswegen, weil es in Privatwohnungen keine Temperaturregler gibt. Mit mehr als 80 Prozent der Haushalte wird über die Anzahl ihrer beheizten Quadratmeter abgerechnet. Wegen der schlechten Be- und Abrechnung von Gas und Heizen ist Korruption weit verbreitet. So sollen beispielsweise Teile des subventionierten Gases (einige Milliarden Kubikmeter) zu marktüblichen Preisen illegal an kommerzielle

1 Dieser Artikel wurde im Rahmen der zehnten Jahreskonferenz der »Kiewer Gespräche« zum Thema »Die Ukraine in Zeiten der existenziellen Krise: Wege zur politischen und ökonomischen Erneuerung« vorbereitet, die am 22.–23. September 2014 in Berlin stattfindet.

Verbraucher kanalisiert worden sein. Aus offensichtlichen Gründen gibt es in dem Sektor nur sehr wenige Investoren. Öffentlich-private Partnerschaften sind selten, obwohl es eine Reihe von Erfolgsgeschichten gibt (die eher die Ausnahme sind).

Zusammengefasst kann man sagen: Es ist vielleicht ein guter Indikator für den Erfolg der Reformen in der Ukraine, wenn ihre Bürger das ganze Jahr in den Genuss warmen Wassers kommen.

#### *Über den Autor:*

Ildar Gazizullin ist Experte in Wirtschafts- und Energiefragen beim Ukrainian Institute for Public Policy in Kiew. Er hat für Regierung, Privatwirtschaft und verschiedene NGOs Analysen zu Wirtschafts- und Energiefragen erstellt und ist Koautor einer Reihe von Artikeln über die Ukraine in der Europäischen Energiegemeinschaft und das Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union (DCFTA).

## KOMMENTAR

# Das Wirtschaftsklima in der Ukraine: Einschätzungen und Erwartungen der ukrainischen Wirtschaft in Kriegs- und Krisenzeiten<sup>1</sup>

Von Oksana Kuziakiv, Kiew

## Zusammenfassung

Der vorliegende Beitrag fasst aktuelle Ergebnisse der vierteljährlichen Umfragen des Institutes für Wirtschaftsforschung und Politikberatung zum ukrainischen Wirtschaftsklima zusammen. Dargestellt werden die Antworten der Manager aus der verarbeitenden Industrie zu zentralen Problemen für Unternehmen, Reformbedarf in der staatlichen Wirtschaftspolitik und zu den Folgen des Konfliktes in der Ostukraine.

## Einleitung

Die Ukraine befindet sich derzeit in einer für das Land einmaligen Lage. Einerseits durchleidet das Land eine tiefe Wirtschaftskrise, die umfassende staatliche Reformen verlangt. Andererseits sieht sich das Land mit dem bewaffneten Konflikt in der Ostukraine konfrontiert, der viele Ressourcen verbraucht und zerstört und die Aufmerksamkeit und Kräfte der ganzen Gesellschaft fordert.

Korruption, Verletzungen der Eigentumsrechte und eine übertriebene Regulierung der unternehmerischen Tätigkeit gehören traditionell zu den wichtigsten Problemen der ukrainischen Unternehmen. Welche Veränderungen sind in diesem Bereich innerhalb des letzten Halbjahres, seit der Absetzung von Präsident Janukowitsch eingetreten? Welche Erwartungen hat die ukrainische Wirtschaft bezüglich der Wirtschaftspolitik? Wie schätzt sie die Folgen des Konfliktes in der Ostukraine ein?

Um diese Fragen zu beantworten werden im Folgenden aktuelle Ergebnisse der vierteljährlichen Umfragen des Institutes für Wirtschaftsforschung und Politikberatung zum ukrainischen Wirtschaftsklima vorgestellt. Die Umfragen unter Managern in den Regionen der Zentral-, West-, Süd- und Ostukraine finden seit 1996 mit einer gleichbleibenden Respondentengruppe statt, die 450 Unternehmen aller Bereiche der verarbeitenden Industrie umfasst. Die letzte Umfrage wurde vom 25. Juli bis 15. August 2014 durchgeführt und erhob die Erwartungen bezüglich staatlicher Reformen sowie die Einschätzung der Folgen der aktuellen Situation in Donezk und Luhansk. Die ebenfalls im Text vorgestellte Umfrage zur Korruption fand im April/Mai 2014 statt.

## Korruption und Rechtssystem

Die Umfrage vom April/Mai 2014 zeigt einen Rückgang bei der Wahrnehmung von Korruption. Der Anteil der befragten Manager, die Korruption in ihrer Wirtschaftsbranche für sehr verbreitet halten, ist von 62 % im Vorjahr auf jetzt 52 % gesunken. Der Anteil derer, die glauben, dass informelle Beziehungen zu staatlichen Behörden für den Geschäftserfolg wichtig sind, hat sich

<sup>1</sup> Dieser Artikel wurde im Rahmen der zehnten Jahreskonferenz der »Kiewer Gespräche« zum Thema »Die Ukraine in Zeiten der existenziellen Krise: Wege zur politischen und ökonomischen Erneuerung« vorbereitet, die am 22.–23. September 2014 in Berlin stattfindet.

von 48 % auf 32 % reduziert. Dieser Rückgang zeigt sich bei Unternehmen aller Größen.

Am wichtigsten sind die informellen Beziehungen für mittelständische Unternehmen (aktuell 41 %), am wenigsten wichtig sind sie für Großunternehmen (21 %). Kleine Unternehmen liegen mit 32 % fast genau im Durchschnitt. Die Wichtigkeit informeller Beziehungen variiert dabei in Abhängigkeit von der jeweiligen staatlichen Behörde, wie Tabelle 1 im auf den Text folgenden Datenteil zeigt.

Andere Indikatoren, die die Bedeutung der Korruption für die Unternehmen messen, belegen, dass Korruption weniger attraktiv für Unternehmen geworden ist. So ist die mit Bestechungszahlungen verbundene Unsicherheit gestiegen. Im Jahr 2014 ist die Zahl der Manager, die davon ausgehen, die möglichen Folgen von Bestechungszahlungen nicht vorhersagen zu können, um 5 % gestiegen und belief sich insgesamt auf 63 %. Die größte Unsicherheit herrschte bei Großunternehmen (75 %). Bei kleinen und mittelständischen Unternehmen betrug der entsprechende Anteil 59 % bzw. 58 %. Auch eine fehlende Vorstellung von der Höhe erforderlicher Bestechungszahlungen belegt Unsicherheit von Unternehmensvertretern bezüglich Korruption. Der Anteil der Unternehmensvertreter, die erklärten die Höhe der erforderlichen informellen Zahlungen nicht zuverlässig abschätzen zu können, stieg von 2013 bis 2014 von 60 % auf 75 %. Die größte Unsicherheit bezüglich der Höhe der Bestechungszahlungen gab es bei mittelständischen Unternehmen (82 %), bei den Klein- und Großunternehmen sind die Zahlen sehr ähnlich und betragen 72 % bzw. 71 %.

Der Anteil derjenigen Unternehmensvertreter, die glauben, dass das existierende Justizsystem in der Lage ist, die Durchsetzung ihrer vertraglichen Rechte zu gewährleisten, erhöhte sich von 29 % im Jahr 2013 auf 37 % im Jahr 2014. Im gleichen Zeitraum hat sich die Zahl derjenigen, die glauben, dass der Staat sie effektiv vor Kriminalität schützen kann, um 8 % auf 27 % erhöht.

## Reformbedarf

Die dominante Rolle, die der bewaffnete Konflikt in der Ostukraine für die ukrainische Wirtschaft besitzt, zeigt sich eindeutig in der Umfrage unter Unternehmensvertretern vom Juli/August 2014. 77 % nennen den erfolgreichen Abschluss der militärischen Operationen in der Ostukraine als zentrale staatliche Maßnahme zur Verbesserung des Wirtschaftsklimas im Lande. Dieser Punkt wird fast doppelt so häufig genannt wie der zweitplatzierte.

Bezeichnenderweise folgt aber auch an zweiter Stelle eine politische Maßnahme und keine wirtschaftliche oder rechtliche. 41 % der befragten Unternehmensvertreter nennen die Durchführung von Neuwahlen zum

Parlament als zentrale staatliche Maßnahme zur Verbesserung des Wirtschaftsklimas.

Direkt dahinter folgt mit 40 % die Bekämpfung der Korruption. Mit einer Häufigkeit von ungefähr 25 % folgen dann weitere klassische Forderungen zur Verbesserung des Wirtschaftsklimas, wie erhöhte Transparenz, Steuersenkungen, faire Vergabe von Staatsaufträgen und verbesserte staatliche Regulierung.

Einen Überblick über die Ergebnisse gibt Grafik 1 im auf den Text folgenden Datenteil.

## Folgen des Konflikts in der Ostukraine

Beim Vergleich der finanziellen Lage ihres Unternehmens mit dem Vorjahr berichten 42 % der befragten Manager über keine Veränderung, 8 % sprechen von einer Verbesserung und 41 % gaben an, dass sich die finanzielle Situation verschlechtert hat. (9 % gaben keine Antwort.)

Die Mehrheit der Befragten, fast genau 50 %, verbindet die Verschlechterung der Wirtschaftslage nicht ausschließlich mit der Situation im Osten des Landes, sondern auch mit weiteren Faktoren wie Produktionsrückgang, verringerte Nachfrage, erschwerter Zugang zu Krediten, die in der Industrie bereits in den vergangenen zwei Jahren beobachtet wurden.

34 % der befragten Manager berichten dementsprechend, dass die Destabilisierung der Lage im Osten der Ukraine keine Auswirkungen auf die finanzielle und wirtschaftliche Situation ihres Unternehmens hat. Ebenfalls 34 % der Befragten sprechen hingegen von einer Verschlechterung, und 2 % von einer deutlichen Verschlechterung. 1 % der Unternehmen hatte aufgrund neuer Aufträge eine Verbesserung der Unternehmenslage zu verzeichnen. Ganze 30 % der Befragten gaben aber überhaupt keine Antwort auf die Frage nach den Folgen des Konflikts in der Ostukraine für ihr eigenes Unternehmen.

Unternehmen, die über Probleme im Zusammenhang mit dem Konflikt berichten, nennen an erster Stelle Schwierigkeiten Kunden zu finden (44 %). Zu den direkten Folgen von Kampfhandlungen gehören Probleme mit der Logistik (38 %) und Einberufung von Mitarbeitern zum Militärdienst (14 %). Knapp 2 % berichten von Beschlagnahmungen, Enteignungen und Zerstörung von Produktionsstätten. Umgekehrt profitieren 5 % der befragten Industrieunternehmen von vermehrten Aufträgen für das Militär.

Einen Überblick über die Ergebnisse gibt Grafik 2 im auf den Text folgenden Datenteil.

## Ausblick

Ob die einleitend vorgestellten Anzeichen für einen Rückgang der Korruption eine nachhaltige Verbesse-



rung der Situation bedeuten, kann erst in einiger Zeit beurteilt werden. Im Moment kann nur festgehalten werden, dass die Wirtschaft entsprechende Erwartungen hat.

Gleichzeitig zeigen die aktuellen Umfrageergebnisse, dass der größte negative Einfluss auf das Wirtschaftsklima aus Sicht der Unternehmen derzeit nicht von

wirtschaftlichen Faktoren kommt, sondern vom militärischen Konflikt in der Ostukraine. Der erfolgreiche Abschluss der militärischen Operation und die Konsolidierung des politischen Systems – das sind die zentralen Erwartungen der ukrainischen Wirtschaft an die Regierung.

*Übersetzung aus dem Ukrainischen: Lina Pleines*

#### *Über die Autorin:*

Oksana Kuziakiv ist die Geschäftsführerin des Instituts für Wirtschaftsforschung und Politikberatung (IER) <<http://www.ier.com.ua/en/>> und Projektleiterin des Projektes zum ukrainischen Wirtschaftsklima. Sie ist auf die Forschung zu Geschäftstätigkeit, Konjunktur, Unternehmensentwicklung und Wirtschaftsklima in der Ukraine spezialisiert. Sie ist Mitglied der internationalen Forschungsgemeinschaft CIRET.

## TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

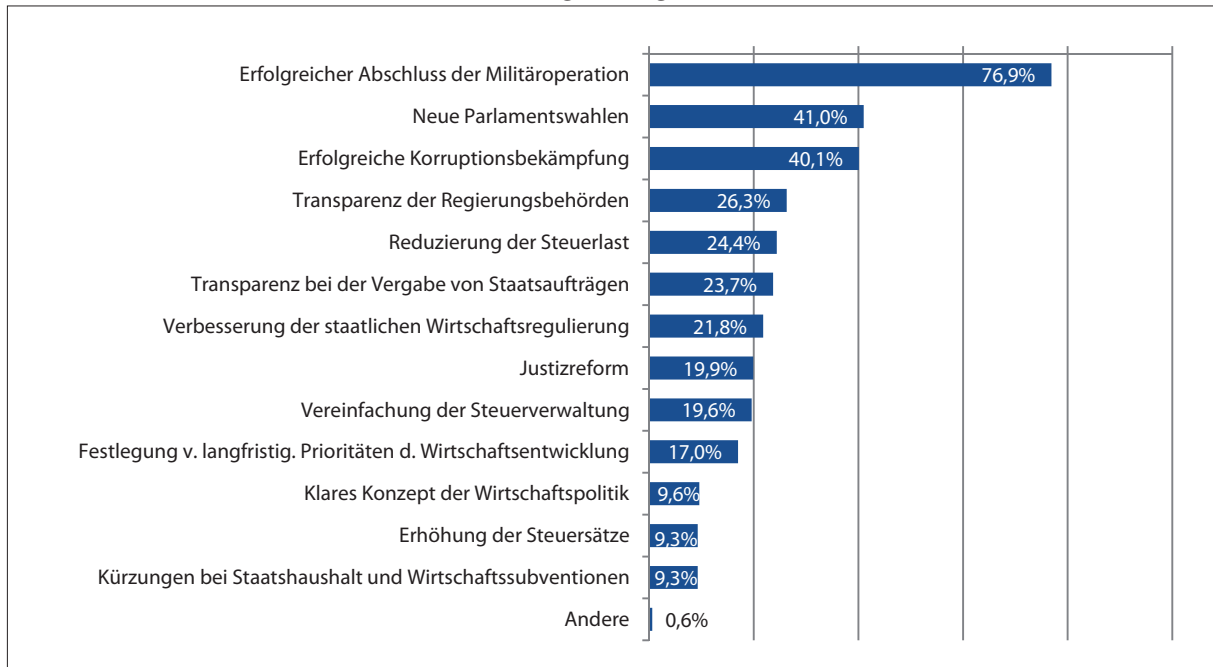
### Ergebnisse der Unternehmensbefragung zum Thema »Wirtschaftsklima«

**Tabelle 1: Bedeutung informeller Beziehungen für den Geschäftserfolg nach Behörden 2010–2014 (Anteil der Manager, die informelle Beziehungen für wichtig oder sehr wichtig halten)**

	2010	2011	2012	2013	2014	Veränderung 2013–2014 (Prozent- punkte)
Steuerbehörde	51,7 %	35,4 %	62,4 %	44,7 %	30,7 %	-14,0 %
Polizei	46,5 %	31,0 %	53,7 %	39,5 %	26,6 %	-12,9 %
Stadtverwaltung	50,0 %	34,5 %	51,1 %	36,9 %	26,1 %	-10,8 %
Regional- verwaltung	43,9 %	33,1 %	49,8 %	38,7 %	26,4 %	-12,3 %
Zentrale Staatsmacht	49,3 %	30,5 %	43,9 %	38,9 %	24,0 %	-14,9 %
Insgesamt	57,0 %	41,5 %	64,2 %	48,0 %	31,7 %	-16,3 %

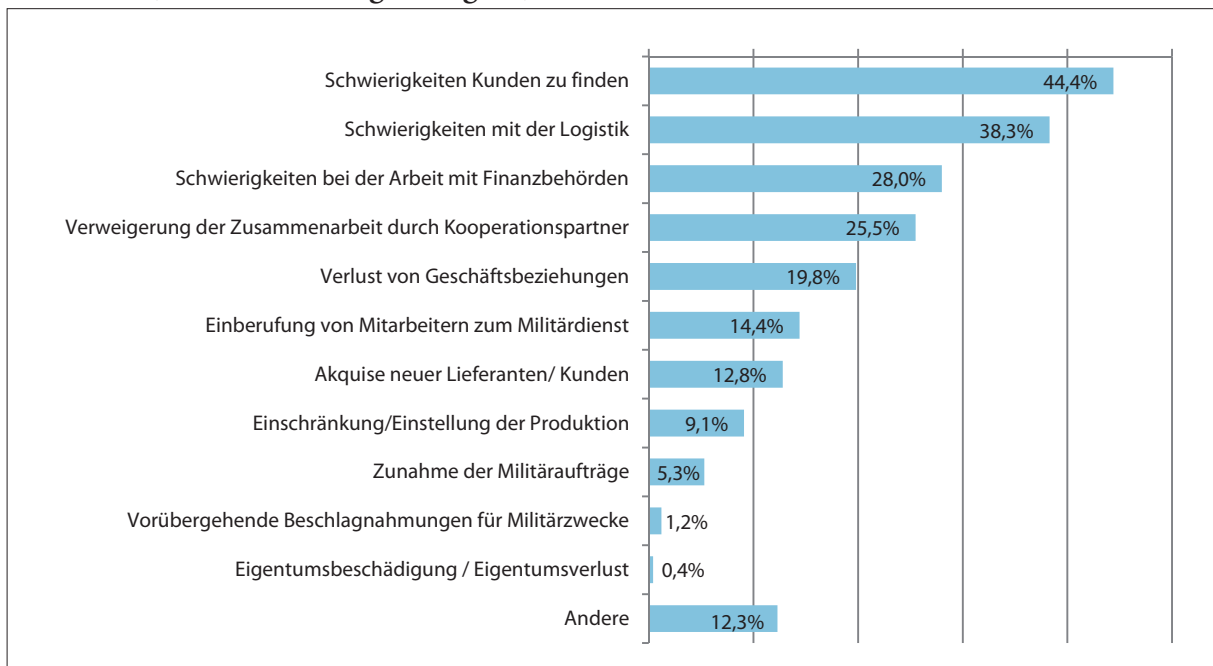
Quelle: Unternehmensbefragung »Wirtschaftsklima« des Instituts für Wirtschaftsforschung und Politikberatung (IER), April/Mai 2014

**Grafik 1: Welche zentralen Schritte erwarten Sie von der Regierung zur Verbesserung des Wirtschaftsklimas? (bis zu 5 Nennungen möglich)**



Quelle: Unternehmensbefragung »Wirtschaftsklima« des Instituts für Wirtschaftsforschung und Politikberatung (IER), Juli/August 2014

**Grafik 2: Welche Folgen hat der Konflikt in der Ostukraine für Ihr Unternehmen? (bis zu 5 Nennungen möglich)**

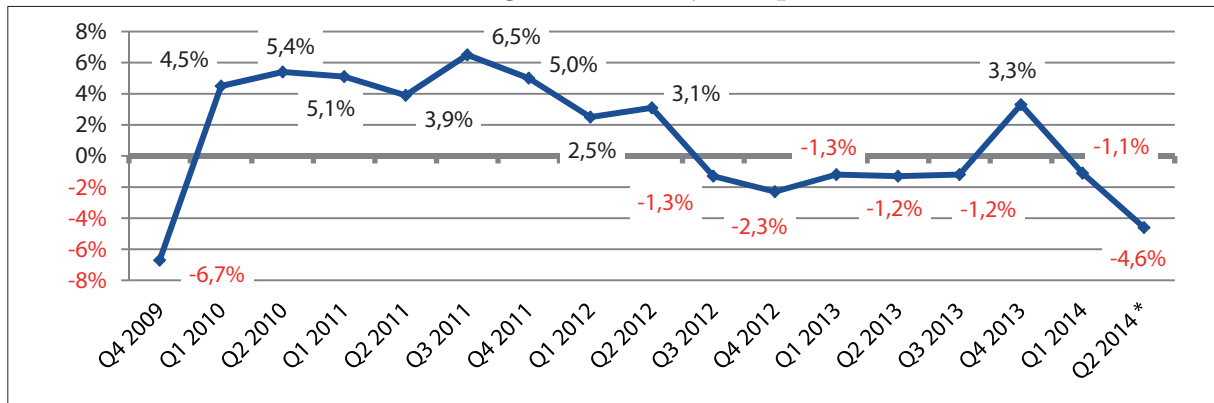


Quelle: Unternehmensbefragung »Wirtschaftsklima« des Instituts für Wirtschaftsforschung und Politikberatung (IER), Juli/August 2014

## STATISTIK

## Aktuelle Wirtschaftsdaten

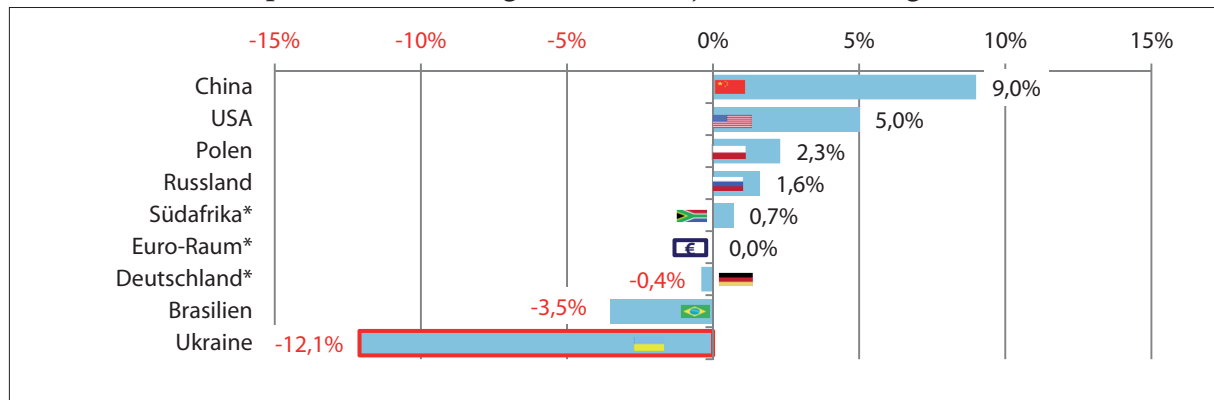
Grafik 1: Ukraine: Reales BIP im Vergleich zum Vorjahresquartal, 2009–2014



\* Angaben ohne Krim

Quelle: Institut für Wirtschaftsforschung und Politikberatung (IER), Monthly Monitor

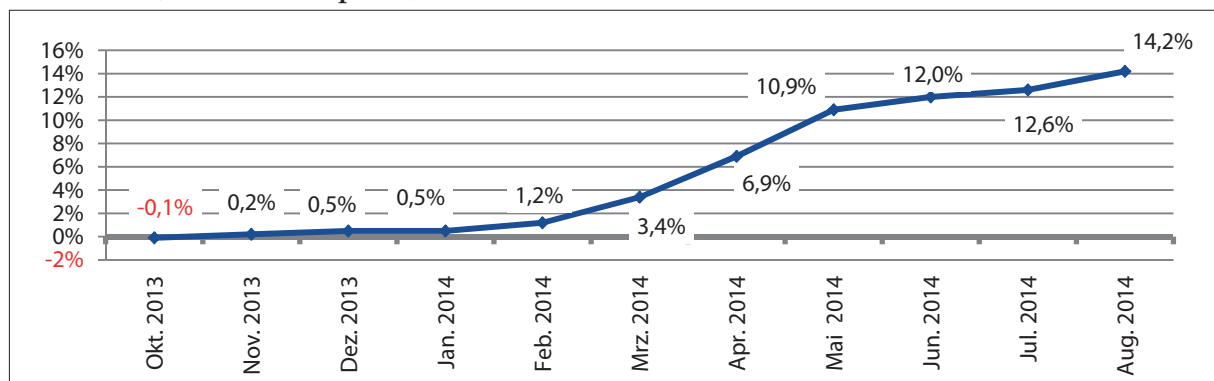
Grafik 2: Industrieproduktion im Vergleich zum Vorjahresmonat (Angaben für Juli 2014)



\* Angaben für Juni 2014.

Quelle: The Economist, <<http://www.economist.com>>, 06.09.2014.

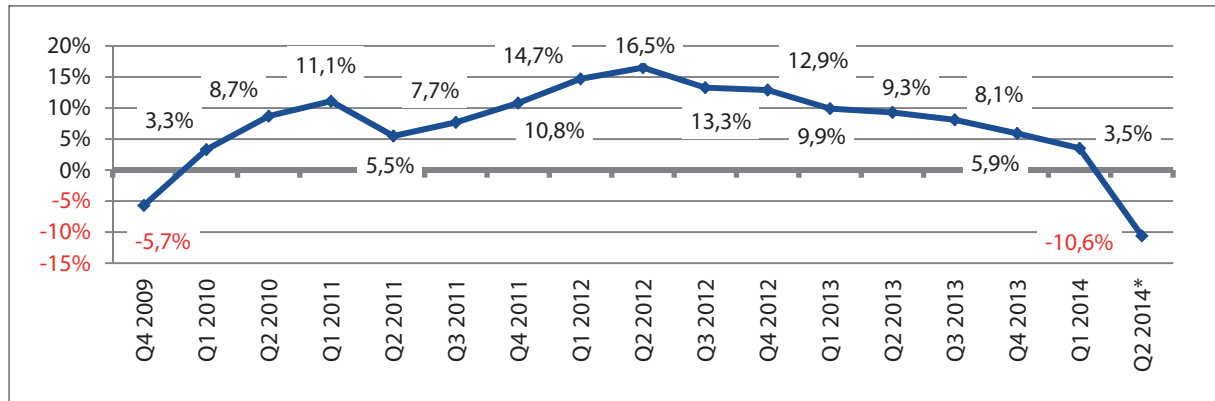
Grafik 3: Ukraine: Inflation im Vergleich zum Vorjahresende, Okt. 2013 – Aug. 2014 (Konsumentenpreise)



Anmerkung: Angaben seit April 2014 ohne Krim

Quelle: Institut für Wirtschaftsforschung und Politikberatung (IER), Monthly Monitor

Grafik 4: Ukraine: Realer Durchschnittslohn im Vergleich zum Vorjahresquartal, 2009–2014



\* Angaben ohne Krim

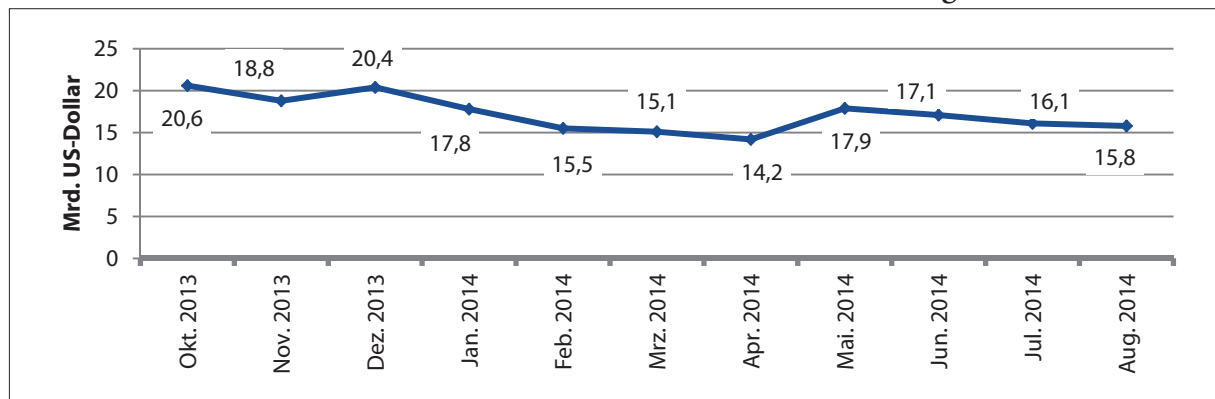
Quelle: Institut für Wirtschaftsforschung und Politikberatung (IER), Monthly Monitor

Tabelle 1: Ukraine: Verbraucherpreisindex für öffentliche Versorgungsleistungen, Jan. – Aug. 2014 (Dezember 2013 = 100)

	Jan. 14	Feb. 14	März 14	April 14	Mai 2014	Juni 2014	Juli 2014	Aug. 14	Tendenz
Wasser-versorgung	100	100	100	100	100	100	132,5	142,3	↑
Abwasser	100	100	100	100	100	100	149,7	160,3	↑
Strom	100	100	100	100	100	111,3	111,3	111,3	↑
Erdgas	100	100	100	100	162,8	162,8	162,8	162,8	↑
warmes Wasser, Heizung	101,4	101,8	101,1	99	98,8	98,7	105,5	106,7	↑

Quelle: Staatskomitee für Statistik der Ukraine, <[http://ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2014/ct/is\\_c/isc\\_u/isc2014gr\\_u\\_.html](http://ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2014/ct/is_c/isc_u/isc2014gr_u_.html)>

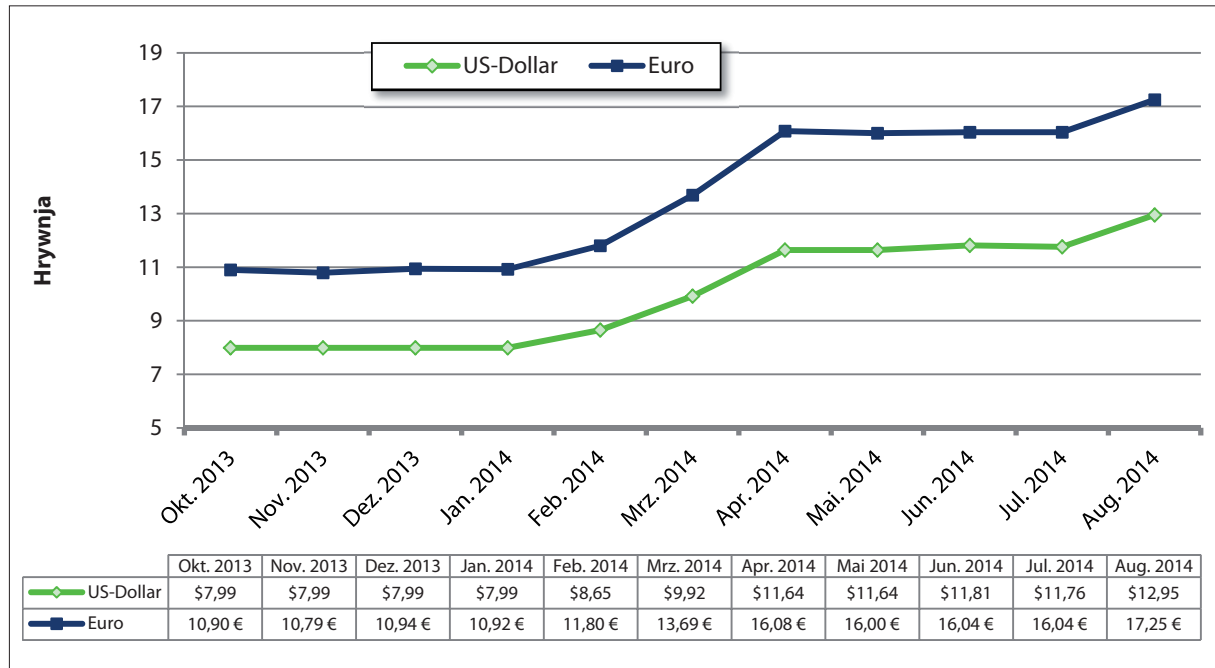
Grafik 5: Ukraine: Devisenreserven in Mrd. US-Dollar, Okt. 2013 – Aug. 2014



Anmerkung: Angaben seit April 2014 ohne Krim

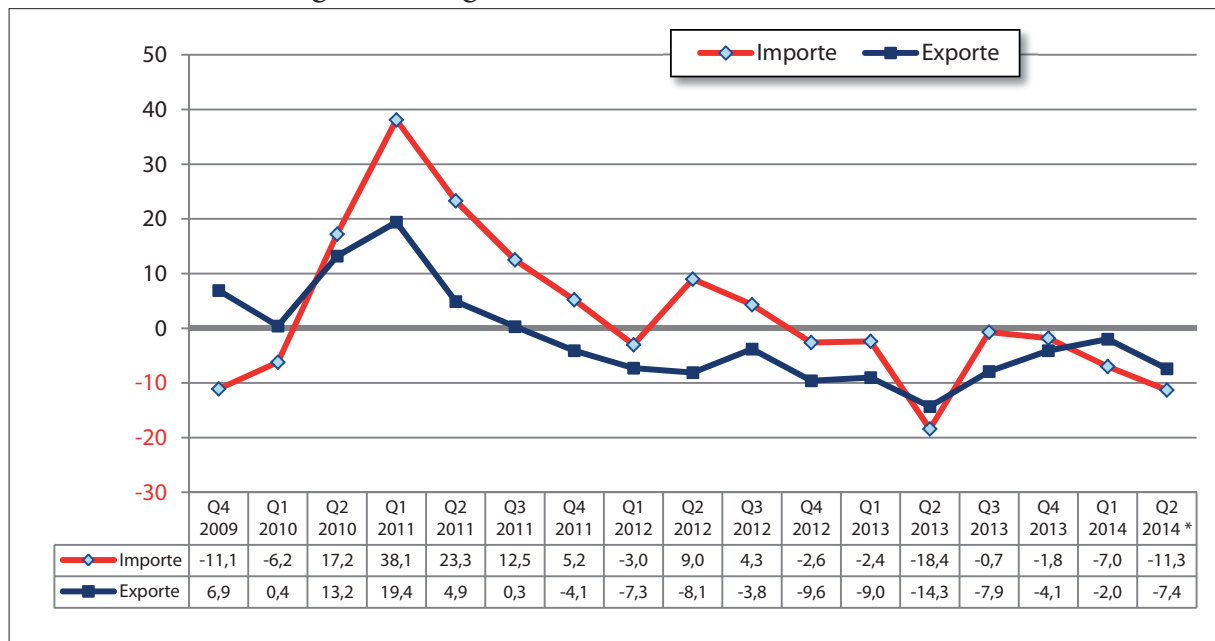
Quelle: Institut für Wirtschaftsforschung und Politikberatung (IER), Monthly Monitor.

**Grafik 6: Wechselkurs der Hrywnja, Okt. 2013 – Aug. 2014**  
(offizieller Kurs, Durchschnittswert für den jeweiligen Monat)



Quelle: Institut für Wirtschaftsforschung und Politikberatung (IER), Monthly Monitor.

**Grafik 7: Importe und Exporte im Vergleich zum Vorjahresquartal, 2009–2014**  
(Veränderung in % bezogen auf den Wert in US-Dollar)



\* Angaben ohne Krim

Quelle: Institut für Wirtschaftsforschung und Politikberatung (IER), Monthly Monitor.

## 23. Juni – 15. September 2014

23.06.2014	Während in der Nacht noch Schüsse der Separatisten auf Armeeposten in Luhansk gemeldet werden, bestätigt der ehemalige Präsident der Ukraine, Leonid Kutschma, dass die Separatisten im Donbass während der von Präsident Petro Poroschenko ausgerufenen einseitigen Waffenruhe bis zum 27. Juni keine Angriffe führen wollen.
23.06.2014	Großbritanniens Außenminister William Hague erklärt in Luxemburg, die Außenminister der EU hätten sich darauf geeinigt, Russland fünf Tage Zeit zu geben, um den Friedensplan Petro Poroschenkos aktiv zu unterstützen. Insbesondere verlangt er von Russland, die Versorgung der Separatisten im Donbass mit Waffen und Personal einzustellen. Andernfalls werde es weitere Sanktionen gegen Russland geben. Die Forderung nach Einstellung der Waffenlieferung wird in einem Kommuniqué des Rates der EU wiederholt.
23.06.2014	In Donezk tagt eine dreiseitige Kontaktgruppe zur friedlichen Beilegung des Konflikts. Es nehmen der ehemalige Präsident der Ukraine, Leonid Kutschma, die Abgeordneten Nestor Schufritsch und Wiktor Medwetschuk sowie Repräsentanten der OSZE und der russischen Botschaft teil. Schufritschs und Medwetschuks Teilnahme erfolgt ohne offizielles Mandat einer der drei Seiten.
24.06.2014	Der russische Präsident Wladimir Putin schreibt dem Vorsitzenden des zuständigen Oberhauses des russischen Parlaments, dass die Erlaubnis, russische Truppen auf dem Gebiet der Ukraine einzusetzen, zurückgezogen werden solle. Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko begrüßt diesen Schritt und wertet ihn als erstes Zeichen für Putins Willen, den Friedensplan zu unterstützen.
24.06.2014	Die Regierung gibt bekannt, dass der Tarif für Leitungswasser in Kiew zum 1. Juli 2014 um 130 % angehoben werde.
24.06.2014	Am zweiten Tag des Waffenstillstands wird bei Slawjansk ein Helikopter der ukrainischen Armee abgeschossen. Neun Menschen kommen zu Tode.
24.06.2014	Separatistische Kämpfer greifen einen Straßenposten der ukrainischen Armee an. Mehrere Kämpfer kommen dabei ums Leben.
24.06.2014	Ein zehn Monate alter Säugling stirbt in der Stadt Antrazit im Gebiet Luhansk durch den Querschläger eines Geschosses. Von welcher Seite es abgefeuert wurde, ist unklar.
25.06.2014	Laut Informationen des ukrainischen Inlandsgeheimdienstes SNBO verlegt Russland Kampfflugzeuge des Typs MiG-29 an die ukrainische Grenze.
25.06.2014	Bundeskanzlerin Angela Merkel schlägt vor, den Chef der Partei »Ukrainische Wahl«, Wiktor Medwetschuk, in die Gruppe aufzunehmen, die am 26. Juni 2014 weiter über eine friedliche Beilegung des Konflikts im Donbass beraten soll. Ex-Präsident Leonid Kutschma ist bereits Teil dieser Gruppe.
25.06.2014	Der Anführer der Separatisten in Donezk, Pawel Gubarjow, bittet den russischen Präsidenten Wladimir Putin darum, Friedenstruppen zu entsenden.
25.06.2014	Das Innenministerium erklärt, dass am Vortag sieben Anschläge auf ukrainische Eisenbahntrassen verübt worden seien.
25.06.2014	Das Oberhaus des russischen Parlaments stimmt für die von Präsident Putin angeforderte Rücknahme der Erlaubnis, russische Truppen auf dem Gebiet der Ukraine einzusetzen.
25.06.2014	Beim Angriff durch Separatisten auf ein Auto in Donezk kommt eine Frau ums Leben.
26.06.2014	Präsident Petro Poroschenko schlägt eine Verfassungsänderung vor, nach der das bisher geltende imperative Mandat der Abgeordneten aufgehoben werden soll. Dies hatte Abgeordnete bisher dazu gezwungen, sich den Fraktionen der Parteien anzuschließen, für die sie gewählt worden waren.
26.06.2014	In einer Rede vor dem Europarat fordert Präsident Petro Poroschenko die OSZE und Russland dazu auf, gemeinsam mit ukrainischen Kräften Grenzkontrollen durchzuführen.
26.06.2014	In Luhansk wird die »Union der Volksrepubliken« gegründet – ein Zusammenschluss der selbsternannten Republiken in den Gebieten Donezk und Luhansk. Einer der Vorsitzenden des neuen Organs wird der ehemalige Abgeordnete der Partei der Regionen, Oleh Zarjow, der inzwischen wegen Anstiftung zum Separatismus polizeilich gesucht wird.
26.06.2014	Separatisten entführen einen Assistenten des Donezker Gouverneurs Serhij Taruta.
27.06.2014	Bei Slawjansk kommt bei Gefechten mit Separatisten, die einen Posten angreifen, ein ukrainischer Soldat ums Leben. Bei Kramatorsk werden weitere vier Soldaten getötet.
27.06.2014	Nach 32 Tagen in Haft werden vier OSZE-Beobachter von den Separatisten entlassen.

27.06.2014	Die Staats- und Regierungschefs der EU und Präsident Petro Poroschenko unterzeichnen in Brüssel den wirtschaftlichen Teil des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Ukraine. Die überraschende Aufkündigung der Verhandlungen über dieses Abkommen durch die Vorgängerregierung hatte im vergangenen Dezember Proteste hervorgerufen und damit die andauernde Krise in der Ukraine ausgelöst.
27.06.2014	Der Europäische Rat (der Rat der Staats- und Regierungschefs der EU) verlängert das Ultimatum an Russland, den Friedensplan Petro Poroschenkos umzusetzen, um drei Tage und droht mit weiteren Sanktionen.
27.06.2014	In Donezk tagt die dreiseitige Kontaktgruppe zur friedlichen Beilegung des Konflikts zum zweiten Mal. Es nehmen der ehemalige Präsident der Ukraine, Leonid Kutschma, der Abgeordnete Nestor Schufritsch, Vertreter der so genannten »Volksrepubliken« aus Donezk und Luhansk sowie Repräsentanten der OSZE und der russischen Botschaft teil.
27.06.2014	Präsident Petro Poroschenko verlängert die einseitige Waffenruhe um drei Tage.
28.06.2014	Trotz andauernder Waffenruhe kommt es zu Kämpfen. Bei Slawjansk kommen zwei Soldaten ums Leben, acht werden verletzt.
28.06.2014	Die Vierergruppe der OSZE-Beobachter, die in Luhansk gefangen gehalten worden war, kommt frei.
29.06.2014	Mehrere tausend Menschen demonstrieren auf dem Maidan in Kiew für eine Aufhebung des einseitigen Waffenstillstands der ukrainischen Armee. Während der von Präsident Petro Poroschenko angeordneten Waffenruhe sind durch Angriffe der Separatisten bereits mehrere Dutzend ukrainische Soldaten ums Leben gekommen.
29.06.2014	Meldungen aus Slawjansk zufolge beschießen Einheiten der Separatisten Wohngebäude aus der Richtung der Stellungen der ukrainischen Armee, um diese zu diskreditieren.
29.06.2014	Der russische Präsident Wladimir Putin fordert die Verlängerung des Waffenstillstands. Dieser war am 27. Juni 2014 bereits um drei Tage verlängert worden.
29.06.2014	Im Gebiet Charkow wird ein weiterer Sprengstoffanschlag auf eine Eisenbahnbrücke verübt.
30.06.2014	In der Zollunion zwischen Russland, Kasachstan und Belarus stimmen die beiden letztgenannten Staaten gegen eine von Russland vorgeschlagene Erhöhung der Zölle für Waren aus der Ukraine.
30.06.2014	Anatolij Kljan, Journalist des russischen »Ersten Kanals«, kommt bei Aufnahmen im Donbass durch Schüsse ums Leben.
30.06.2014	Bei Angriffen separatistischer Kräfte auf Posten der ukrainischen Einheiten kommt ein Soldat ums Leben, acht werden verletzt. Offiziell gilt noch immer die einseitige Waffenruhe.
30.06.2014	Die Staats- und Regierungschefs Frankreichs, Deutschlands, der Ukraine und Russlands vereinbaren bei einem Telefongespräch vier Punkte zur Deeskalation des Konflikts. Erstens solle ein beidseitiger Waffenstillstand ausgehandelt werden, der zweitens von der OSZE kontrolliert werden solle. Drittens sei die Grenzkontrolle an drei umstrittenen Grenzübergängen wieder herzustellen, viertens müssten die Gefangenen beider Seiten freigelassen werden. Schließlich sollen effektive dreiseitige Gespräche stattfinden.
30.06.2014	Russland erklärt, dass unter den Bedingungen eines Waffenstillstands ukrainische Grenzkontrolleure ihre Arbeit auf der russischen Seite derjenigen Grenzübergänge verrichten könnten, deren ukrainische Seite von Separatisten besetzt gehalten wird.
30.06.2014	Um 22 Uhr läuft die einseitige Waffenruhe ab.
01.07.2014	Präsident Petro Poroschenko erklärt die einseitige Waffenruhe für beendet. Man werde wieder angreifen und die Region befreien. Während des Waffenstillstands waren durch Angriffe separatistischer Truppen insgesamt 27 ukrainische Soldaten getötet und 69 verletzt worden.
01.07.2014	Zwei Journalisten des Senders »Bürger-TV« werden in Luhansk entführt. Wladimir Semistjak, ein ebenfalls entführter Historiker, stirbt in seiner Gefangenschaft.
01.07.2014	Bei einem Überfall durch Unbekannte auf einen Kleinbus bei Kramatorsk kommen vier Menschen ums Leben.
01.07.2014	Das Parlament entscheidet, seine Sitzungsperiode nicht durch den üblichen Sommerurlaub zu unterbrechen. Es wird bis zum 2. September tagen und dann ohne Unterbrechung die neue Sitzungsperiode beginnen.
01.07.2014	Die ukrainischen Truppen nehmen zwei von Separatisten besetzte Dörfer und einen Grenzposten ein.
02.07.2014	Die parlamentarische Versammlung des Europarates verabschiedet eine von dem US-amerikanischen Abgeordneten Benjamin Cardin eingebrachte Erklärung, in der Russland als »kriegerischer Aggressor« bezeichnet wird.

02.07.2014	Das russische Außenministerium beschuldigt die ukrainische Armee, Granaten mit chemischen Substanzen gegen die Separatisten einzusetzen. In Slawjansk sei eine Person mit Symptomen einer Chlorvergiftung in ein Krankenhaus eingeliefert worden.
02.07.2014	In der Nacht wird bei einem Angriff separatistischer Truppen auf einen Grenzübergang ein Mensch getötet.
02.07.2014	Die in Luhansk entführten Journalisten des ukrainischen Senders »Bürger-TV« kommen wieder frei.
02.07.2014	Der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier erklärt auf einer Pressekonferenz, dass im Gespräch mit seinen Amtskollegen aus Frankreich, der Ukraine und Russland vereinbart worden sei, ukrainische Grenzkontrollen und Mitarbeiter der OSZE auf der russischen Seite derjenigen Grenzübergänge einzusetzen, die auf ukrainischer Seite von Separatisten kontrolliert werden.
02.07.2014	Im Gebiet Donezk beschließen Separatisten ein Kampfflugzeug der ukrainischen Armee. Das feuert zurück und zerstört die Stellung der Kämpfer.
02.07.2014	Bei einem Angriff Unbekannter auf eine Trinkwasserpumpstation im Gebiet Donezk kommt ein Arbeiter zu Tode.
02.07.2014	Laut einer Umfrage des Zentrums für Demokratische Initiative sind mittlerweile 34 % der Ukrainer für einen Beitritt ihres Landes zur NATO. Im August 2012 lag der Anteil bei etwa 12 %.
02.07.2014	Laut Auskunft des ukrainischen Verteidigungsministeriums sind seit der Fortsetzung der Anti-Terror-Operation im Osten des Landes am 1. Juli 2014 fünf Soldaten und »hunderte« Separatisten getötet worden.
03.07.2014	Laut Angaben des Militärreporters Dmytro Tymtschuk zerstört die Armee bei einem Angriff auf eine Kolonne separatistischer Truppen fünf Fahrzeuge. Wie viele Menschen bei dem Angriff ums Leben kommen, bleibt unklar.
03.07.2014	Bei einem Angriff separatistischer Kämpfer auf den Grenzübergang »Dowschanskij« im Gebiet Luhansk werden neun Grenzschilder verletzt. Am Übergang »Nowoasowsk« kommt bei Feuergefechten ein Mensch ums Leben.
03.07.2014	Auf dem Gebiet des Luhansker Flughafens kommt ein Mensch durch eine Mine ums Leben, ein weiterer wird schwer verletzt.
03.07.2014	Das Parlament ernannt Walerij Heletej zum Verteidigungsminister. Es hatte zuvor den kommissarisch agierenden Verteidigungsminister Michajlo Kowal nach Anregung des Präsidenten Petro Poroschenko von seinen Pflichten entbunden.
03.07.2014	Präsident Petro Poroschenko wechselt die Armeeführung aus. Nachdem mit Walerij Heletej ein neuer Verteidigungsminister ernannt wurde, setzt Poroschenko Wiktor Muschenko als Generalstabschef ein.
03.07.2014	Bewaffnete Unbekannte erschießen in Donezk auf offener Straße drei Verkehrspolizisten und flüchten.
03.07.2014	In Kramatorsk im Gebiet Donezk fährt ein Auto mit einer Familie über einen versteckten Sprengsatz. Bei der Detonation werden die Eltern getötet, die zehnjährige Tochter überlebt schwer verletzt.
03.07.2014	In einem Telefongespräch mit US-Vizepräsident Joe Biden erklärt Präsident Petro Poroschenko, dass er bereit sei, einen zweiseitigen Waffenstillstand zu vereinbaren. Als Bedingung nennt er die Freilassung von Gefangenen und die Kontrolle aller Grenzposten durch ukrainische Sicherheitskräfte.
03.07.2014	Die ukrainische Armee vermeldet, dass bei Luftangriffen und Blockadeaktionen gegen Stellungen der Separatisten mindestens 150 Kämpfer getötet worden seien.
04.07.2014	Die Weltbank gewährt der Ukraine einen Kredit in Höhe von 300 Millionen Dollar zur Modernisierung ihrer Unterstützungsprogramme für Familien mit niedrigem Einkommen.
04.07.2014	Bei Kampfhandlungen in Luhansk kommen zwei Menschen ums Leben, weitere acht werden verletzt.
04.07.2014	In einer Rede vor dem Parlament ruft Premierminister Arsenij Jazenjuk die Abgeordneten auf, richtungsweisende Gesetze nicht zu blockieren. Von 21 solchen Gesetzesvorschlägen sei bisher nur einer verabschiedet worden. Jazenjuk beschuldigt die Abgeordneten, stattdessen mit »populistischen« Gesetzen den Menschen Geld zu versprechen, das die Ukraine nicht habe. Er schlägt vor, die Regierungskoalition zur Stärkung der Regierung umzubilden.
04.07.2014	Laut einer Umfrage des Kiewer Instituts für internationale Soziologie liegt die »Radikale Partei« des rechten Oleh Ljaschko mit 12 % der Wählerstimmen an der Spitze der Wahlumfragen. Kritische Stimmen merken an, dass Petro Poroschenkos Partei »Solidarnost« bei der Umfrage nicht mit Poroschenkos Namen in Verbindung gebracht worden sei und möglicherweise aus diesem Grund nur 3,4 % erhielt.
04.07.2014	Im Donbass kommen an diesem Tag in Kampfhandlungen insgesamt neun Soldaten der ukrainischen Armee ums Leben.



04.07.2014	Einheiten der ukrainischen Armee erobern das von Separatisten besetzte Dorf Mykolajiwka im Gebiet Donezk. Laut Armeangaben werden dabei 150 Frauen und Kinder aus Geiselhaft befreit. 50 Kämpfer werden gefangen genommen.
05.07.2014	Die Truppen der Separatisten verlassen Slawjansk und Kramatorsk sowie die Dörfer Konstantyniwka und Druschkiwka im Gebiet Donezk und ziehen sich in die Millionenstadt Donezk zurück.
05.07.2014	Der Separatistenführer und Vorsitzende des »Hohen Rates« der »Volksrepublik Donezk«, Denis Puschilin, beschuldigt den russischen Präsidenten, seinen Worten von dem notwendigen Schutz des russischen Volkes in der Ukraine keine Taten folgen zu lassen.
05.07.2014	In Kiew stirbt der Metropolit der ukrainischen orthodoxen Kirche (Moskauer Patriarchat) Wolodymyr mit 79 Jahren.
06.07.2014	Andrej Lysenko, Sprecher des ukrainischen Inlandsgeheimdienstes SNBO, schließt Luftangriffe der ukrainischen Seite auf bewohnte, von Separatisten kontrollierte Gebiete aus.
06.07.2014	In Luhansk kommt es zu Kampfhandlungen, die Wasser- und Stromversorgung wird teilweise unterbrochen oder beschränkt.
06.07.2014	Nach Armeangaben werden in Kämpfen bei Donezk etwa 20 separatistische Kämpfer getötet.
06.07.2014	Die ukrainische Armee nimmt das von Separatisten kontrollierte Dorf Sakitne im Gebiet Donezk ein.
06.07.2014	In Donezk demonstrieren über tausend Menschen für die »Volksrepublik Donezk«.
07.07.2014	Die parlamentarische Untersuchungskommission, die zu den Todesfällen auf dem Maidan zwischen dem 18. und dem 20. Februar 2014 ermittelt, gibt bekannt, dass entscheidende Beweise im Innenministerium zerstört worden seien.
07.07.2014	Der ukrainische Regisseur Oleg Senzow, der in Russland wegen Vorbereitung terroristischer Anschläge auf der Krim vor Gericht steht, wird nach einer Gerichtsentscheidung zunächst bis Oktober 2014 weiter in Untersuchungshaft bleiben.
07.07.2014	Bei Novobachmutywk im Gebiet Donezk wird eine Eisenbahnbrücke durch einen Sprengstoffanschlag zerstört.
07.07.2014	Separatistische Gruppen setzen ihre Angriffe auf den Flughafen von Luhansk fort.
07.07.2014	Auf dem Maidan in Kiew kommt es nachts zu einer Schießerei. Vier Menschen werden verletzt.
08.07.2014	In Awdijiwka in Donezk eröffnen Unbekannte das Feuer auf einen Bus. Eine Frau kommt ums Leben.
09.07.2014	Bei mehreren Angriffen separatistischer Einheiten auf Posten der ukrainischen Armee sterben drei Soldaten.
09.07.2014	Das Energieunternehmen Ukrtransgas erklärt, dass die Ukraine zwischen Januar und Juni 2014 20 % mehr Gas aus Europa importiert habe als im Vorjahreszeitraum. Laut Angaben des Konzerns Naftohaz beträgt die Steigerung für das zweite Quartal beinahe 50 %.
09.07.2014	Präsident Petro Poroschenko ernennt Dmytro Schimkin, den Geschäftsführer von Microsoft Ukraine, zum stellvertretenden Vorsitzenden der Präsidialadministration für wirtschaftliche, soziale und Verwaltungsreformen.
09.07.2014	Generalstaatsanwalt Witalij Jarema fordert von den Maidan-Aktivistern, die noch immer einige Gebäude besetzt halten, diese umgehend zu räumen. Andernfalls würde die Polizei eingesetzt.
10.07.2014	Die EU weitet ihre Einreisesperren gegen Bürger der Ukraine und Russlands aus. Unter den elf zusätzlichen Ukrainern sind einige der Separatistenführer aus dem Donbass.
10.07.2014	Bei Kampfhandlungen bei Kurachowe im Gebiet Donezk kommt ein Mensch ums Leben.
10.07.2014	Laut Angaben der ukrainischen Seite werben die separatistischen Kämpfer im Donbass unter der Bevölkerung neue Rekruten an. Die Kämpfe dauern derweil an. Es sterben drei Soldaten der ukrainischen Armee, 27 werden verletzt.
11.07.2014	Ein Bus mit Bergarbeitern gerät im Gebiet Luhansk unter Granatbeschuss von ungeklärter Seite. Vier Arbeiter sterben, 16 werden verletzt.
11.07.2014	Wladislaw Selesnjow, Pressesprecher der »Anti-Terror-Operation« der ukrainischen Armee, erklärt, dass am vergangenen Tag insgesamt 50 separatistische Kämpfer getötet worden seien.
11.07.2014	Nutzer sozialer Medien berichten, dass russische Panzer in das Gebiet Luhansk vorgedrungen seien. Es wird außerdem immer wieder angeführt, dass separatistische Kämpfer Wohngebiete unter Beschuss nehmen, um damit die ukrainische Armee zu diskreditieren.
11.07.2014	Bei einem Angriff separatistischer Truppen auf das Dorf Oleksijiwske kommt ein Mensch ums Leben.

11.07.2014	Laut einem Bericht der Menschenrechtsorganisation Amnesty International werden im Osten der Ukraine zahlreiche Menschen entführt und gefoltert. Auch auf Seiten der ukrainischen Armee gebe es solche Fälle, doch in erheblich geringerem Umfang.
11.07.2014	19 Soldaten sterben bei einem Gefecht in der Nähe von Rowenki im Gebiet Luhansk. Präsident Petro Poroschenko erklärt, für jedes Leben ukrainischer Soldaten müssten die Separatisten mit »hundert« ihrer eigenen bezahlen.
11.07.2014	Bei einem auch aus der Luft geführten Angriff der ukrainischen Armee und der Kampfseinheit »Donbass« auf separatistische Stellungen werden zwei Soldaten verletzt, sieben Kämpfer kommen ums Leben.
11.07.2014	EU-Handelskommissar Karel de Gucht kündigt für den 12. September 2014 ein Treffen zwischen Vertretern Russlands, der EU und der Ukraine an, auf dem über die Umsetzung des wirtschaftlichen Assoziationsabkommens zwischen der EU und der Ukraine verhandelt werden soll.
12.07.2014	Beim Beschuss eines Wohnviertels in Donezk sterben neun Menschen.
13.07.2014	Bei Oleksandriwka im Gebiet Luhansk kommen bei Kämpfen mit Separatisten drei Soldaten ums Leben.
13.07.2014	Die ukrainische Armee nimmt den Flughafen von Luhansk wieder ein, der zuvor unter der Kontrolle der Rebellen gestanden hatte.
14.07.2014	Drei Zivilisten sterben bei Kampfhandlungen in Luhansk.
14.07.2014	Die ukrainische Armee dringt in vier von Rebellen besetzte Dörfer im Gebiet Luhansk vor. Die Kämpfer verlassen ihre Stellungen.
14.07.2014	Separatisten im Gebiet Luhansk schießen ein Flugzeug der ukrainischen Armee ab. Zwei Mitglieder der Besatzung können sich retten, der Verbleib der anderen ist bisher nicht bekannt.
14.07.2014	In Donezk kommen zehn Zivilisten infolge von Kampfhandlungen ums Leben.
15.07.2014	Der Pressesprecher der »Anti-Terror-Operation«, Wladislaw Selesnjow, berichtet, dass vier der sieben Insassen der kürzlich abgeschossenen ukrainischen Militärmaschine gerettet werden konnten.
15.07.2014	In Snischne im Gebiet Donezk explodiert eine Bombe in einem Wohnhaus. Elf Menschen sterben.
15.07.2014	In Amwrossijiwka im Gebiet Donezk kommen bei einem Schusswechsel vier Soldaten ums Leben. Insgesamt sterben an diesem Tag sechs Soldaten der ukrainischen Armee.
15.07.2014	In Luhansk wird eine dreitägige öffentliche Trauer verhängt. In den letzten drei Tagen sind dort 17 Zivilisten infolge von Kampfhandlungen umgekommen.
16.07.2014	Der ukrainische Konsul in Russland, Hennadij Breskalenko, besucht die in Russland inhaftierte ukrainische Pilotin Nadeschda Sawtschenko im Gefängnis bei der russischen Stadt Woronesch. Sie ist von Separatisten bei einem Einsatz in der Ostukraine gefangen genommen worden und, nach eigener Aussage, am 8. Juli 2014 nach Russland verbracht worden. Die russische Staatsanwaltschaft beschuldigt sie, die Grenze nach Russland selbstständig überquert und illegal eingereist zu sein. Ihr wird in Russland wegen der Beihilfe zum Mord an zwei russischen Journalisten, die in der Ostukraine ums Leben kamen, der Prozess gemacht.
16.07.2014	Im Internet taucht ein Video auf, das angeblich den Beschuss ukrainischen Territoriums durch »Grad«-Raketen aus dem russischen Dorf Gukowo zeigt.
16.07.2014	Rebellentruppen greifen einen Kontrollpunkt an der ukrainisch-russischen Grenze an. Nach Informationen von BBC Ukraina setzen sie zehn Panzer, fünf gepanzerte Fahrzeuge und 200 Kämpfer ein. Zwei ukrainische Soldaten kommen ums Leben.
16.07.2014	In Luhansk kommt bei Kampfhandlungen ein Mensch ums Leben, neun werden verletzt.
16.07.2014	Die Zentralbank erhöht den Diskontsatz, zu dem sich Banken bei ihr refinanzieren können, von 9,5 auf 12,5 Prozent.
16.07.2014	Elf Soldaten der ukrainischen Armee kommen an diesem Tag in Gefechten mit den Rebellen zu Tode. Über Verluste auf der Seite der Separatisten gibt es keine verifizierten Angaben.
17.07.2014	Der russische Staatsbürger Igor Besler ist nach Angaben des Außenministeriums für die Planung eines misslungenen Anschlags auf Innenminister Arsen Awakow verantwortlich. Besler kämpft im Osten der Ukraine auf Seiten der Rebellen.
17.07.2014	Ein ukrainischer Grenzschilder, der bei Kämpfen verletzt worden war und in einem russischen Krankenhaus behandelt wurde, erliegt seinen Verletzungen.

17.07.2014	Präsident Poroschenko legt sein Veto gegen ein vom Parlament beschlossenes Gesetz über den rechtlichen Status von Flüchtlingen von der Krim und aus dem Osten der Ukraine ein, da es in mehreren Bereichen unzureichend sei.
17.07.2014	Ein Sprecher des ukrainischen Geheimdienstes SNBU vermeldet, ein russisches Kampfflugzeug habe ein Flugzeug der ukrainischen Luftwaffe im Grenzgebiet zwischen beiden Staaten abgeschossen.
17.07.2014	An diesem Tag werden bei Kämpfen, u. a. in Dmitriwka, insgesamt fünf Soldaten getötet und weitere elf verletzt. Auch aus den russischen Dörfern Kujbyschowa und Gukowo soll geschossen worden sein.
17.07.2014	In einer Resolution verurteilt das Europäische Parlament die Inhaftierung der ukrainischen Pilotin Nadeschda Sawtschenko in Russland und fordert ihre Freilassung.
17.07.2014	Bei Hrabowe im Gebiet Donezk stürzt eine Passagiermaschine der Malaysia Airlines, die von den Niederlanden auf dem Weg nach Kuala Lumpur war, ab. Alle 298 Insassen sterben. Die ukrainische Seite verdächtigt die Rebellen, die Maschine mit russischen Boden-Luft-Raketen des Typs Buk abgeschossen zu haben und erklärt, selbst keine Waffen einzusetzen, die zu einem solchen Abschuss fähig wären. Der ukrainische Geheimdienst SBU veröffentlicht einen abgefangenen Funkspruch der Rebellen, in dem sich zwei Männer über eine Nachricht über ein abgeschossenes Transportflugzeug AN-26 austauschen, für das sie möglicherweise die Passagiermaschine halten.
18.07.2014	In Luhansk sterben 20 Zivilisten bei Kampfhandlungen. Seit Beginn der Auseinandersetzungen sind in der Stadt bereits 44 Zivilisten umgekommen, 215 wurden verletzt, darunter vier Kinder.
18.07.2014	Ein Pressesprecher des Nationalen Sicherheitsrates SNBO beschuldigt die Separatisten, Beweise an der Absturzstelle der malaysischen Boeing zu vernichten. Es werden außerdem Vorwürfe laut, nach denen die Kämpfer den angereisten internationalen Experten den Zutritt zum Unfallort verweigern oder ihren Aufenthalt behindern würden.
18.07.2014	In Luhansk kommen abermals 20 Menschen bei einem Angriff auf öffentliche Busse um. Der ukrainische Geheimdienst wirft den separatistischen Kämpfern vor, den Angriff durchgeführt zu haben und die Bergungsarbeiten zu behindern, um vor russischen Journalisten die Toten als Opfer der ukrainischen Armee darzustellen. Die Separatisten beschuldigen die Armee.
18.07.2014	Der Rat der EU leitet die zweite Stufe der Sanktionen gegen Russland ein. 72 Personen und Unternehmen, die direkt oder indirekt an der Destabilisierung der Situation in der Ostukraine beteiligt sind, werden mit Einreisebeschränkungen und Kontensperrungen belegt.
18.07.2014	Auf Initiative des Vereinigten Königreichs tritt der UN-Sicherheitsrat zur einer Sondersitzung zusammen. Anlass ist der vermutete Abschuss einer Passagiermaschine über den umkämpften Territorien der Ostukraine.
19.07.2014	In Luhansk kommen erneut 16 Zivilisten ums Leben.
19.07.2014	Die Flughäfen von Luhansk und Donezk befinden sich nach andauernden Kämpfen wieder teilweise unter der Kontrolle der ukrainischen Kräfte. Die Kämpfe dauern an.
19.07.2014	In Mykolajiw wird ein 28-jähriger Mann wegen Anstiftung zum Separatismus zu vier Jahren Haft verurteilt. Im Prozess hatte er gestanden, Flugblätter unter anderem mit Aufrufen zur Teilnahme an Unabhängigkeitsreferenden verteilt zu haben.
19.07.2014	Der ukrainische Nationale Sicherheitsrat meldet, dass sich die Flugschreiber der malaysischen Unglücksmaschine in der Hand der Separatisten befinden.
19.07.2014	Der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier kritisiert Russland scharf dafür, dass es Moskau bisher nicht gelungen sei, mäßigend auf die Separatisten einzuwirken. Zudem habe Russland die Waffenlieferungen noch immer nicht beendet. Russland habe nun die letzte Möglichkeit zu zeigen, dass es an einer Deeskalation des Konflikts interessiert sei.
20.07.2014	Die Kämpfe im Donbass dauern an. Am heutigen Tag kommen acht Soldaten ums Leben. Bei Dmitriwka wird eine Gruppe Separatisten getötet. Genaue Zahlen werden nicht genannt.
20.07.2014	Das ukrainische Militär verlautbart, die Rebellen würden das Luhansker Stadtzentrum mit »Grad«-Raketen beschießen.
21.07.2014	In Donezk sterben vier Menschen bei Kämpfen um den Bahnhof.
21.07.2014	Präsident Petro Poroschenko ordnet einen Waffenstillstand im Umkreis von 40 Kilometern um die Absturzstelle der Boeing an, um die Untersuchungen der internationalen Experten zu erleichtern.

21.07.2014	Die Kiewer Staatsanwaltschaft eröffnet Verfahren gegen die Kiewer Polizei und die Stadtverwaltung, da sie ihren Pflichten zur Herstellung der öffentlichen Ordnung nicht nachkomme. Anlass ist der Maidan, den Aktivisten noch immer besetzt halten.
21.07.2014	In Donezk fallen fünf Zivilisten den Kampfhandlungen zum Opfer. Der Bürgermeister der Stadt, Oleksandr Lukjantschenko, flieht nach Kiew.
21.07.2014	Auf einer Sondersitzung des UN-Sicherheitsrates wird einstimmig eine Resolution angenommen, in der die Separatisten aufgefordert werden, den internationalen Untersuchungskräften vollen Zugang zur Unfallstelle der abgestürzten malaysischen Passagiermaschine zu gewähren. Die Parteien werden aufgefordert, sofort alle Kampfhandlungen in der Nähe des Unglücksortes einzustellen.
22.07.2014	Die Separatisten übergeben offenbar die Flugschreiber des vermutlich abgeschossenen Flugzeugs an die zuständige malaysische Untersuchungskommission.
22.07.2014	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz zur Teilmobilmachung, um die im Osten gegen die Aufständischen eingesetzte Armee, die Nationalgarde, die Grenzschrützer und andere bewaffnete Einheiten durch Rotation zu entlasten.
22.07.2014	Mykolaj Lewtschenko, Abgeordneter der Partei der Regionen, erklärt im Parlament, die Armee schieße im Osten des Landes »auf Ukrainer«. Parlamentssprecher Oleksandr Turtschinow schaltet daraufhin das Mikrofon ab und verbittet sich weitere »Provokationen«. Nach einem Tumult im Sitzungssaal wird Lewtschenko für drei Sitzungen ausgeschlossen.
22.07.2014	Das Parlament verabschiedet eine Änderung seiner Ordnung, nach der eine Fraktion mit weniger als der Minimalanzahl an Abgeordneten nach Inkrafttreten der Änderung aufgelöst wird. Dies trifft für die Fraktion der Kommunistischen Partei der Ukraine zu. Petro Poroschenko unterzeichnet das Gesetz noch am selben Tag.
22.07.2014	Während nach Auskünften des Nationalen Sicherheitsrates SNBO unter der Führung von Andrij Parubij die ukrainischen Truppen unablässig Stellungen der Separatisten angreifen, kommen an diesem Tag 13 ukrainische Soldaten ums Leben.
22.07.2014	Russlands Präsident Wladimir Putin erklärt, dass Russland zwar »angemessen auf die Annäherung der NATO« an die russischen Grenzen reagiere, dass es aber zurzeit keine direkte militärische Bedrohung der russischen Souveränität gebe.
23.07.2014	Die ukrainischen Truppen bringen in den Gebieten Donezk und Luhansk weitere Dörfer unter ihre Kontrolle. Separatistische Einheiten ziehen sich von dort in die großen Städte zurück. Die Armee umstellt unterdessen Donezk.
23.07.2014	In Luhansk sterben bei Gefechten drei Zivilisten, zehn werden verletzt.
23.07.2014	Es wird erneut von Fällen berichtet, in denen Russland von Posten der ukrainischen Armee nahe der Grenze zu Russland beschossen wurde.
23.07.2014	Zwei Flugzeuge der ukrainischen Luftwaffe, die Kontrollflüge an der Grenze zu Russland ausführten, werden abgeschossen.
23.07.2014	Der »Verteidigungsminister« der »Volksrepublik Donezk«, Oleksandr Chodakowskij, erklärt, dass die Rebellen im Besitz eines Buk-Systems von Boden–Luft-Raketen sein könnten. Die malaysische Passagiermaschine war am 17. Juli 2014 mutmaßlich mit Buk-Raketen abgeschossen worden. Die Rebellen hatten bisher geleugnet, im Besitz eines solchen Systems zu sein. Wenig später widerruft er seine Aussage.
24.07.2014	Die Fraktion der Kommunistischen Partei wird im Einklang mit einer zuvor beschlossenen Änderung der Parlamentsordnung aufgelöst.
24.07.2014	Das russische Verteidigungsministerium erklärt, dass russisches Territorium in den vergangenen zwei Monaten insgesamt neunmal von ukrainischer Seite aus beschossen worden sei. Der ukrainische Nationale Sicherheitsrat präsentiert dagegen Belege dafür, dass die Ukraine aus Russland erneut mit »Grad«-Raketen beschossen worden sei.
24.07.2014	Die Parteien UDAR und Freiheit und einige Abgeordnete der Partei Vaterland sowie 20 fraktionslose Abgeordnete treten aus der Regierungskoalition um Premierminister Arsenij Jazenjuk aus.
24.07.2014	Vier Soldaten kommen bei Kämpfen im Donbass ums Leben.
24.07.2014	Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk erklärt seinen Rücktritt und begründet dies mit dem Zerfall der Koalition und der unkooperativen Haltung des Parlaments gegenüber den Gesetzesinitiativen der Regierung. Vizepremierminister Wolodymyr Grojsman soll übergangsweise zum Premierminister ernannt werden.
24.07.2014	Die Stadt Lysychansk im Gebiet Luhansk wird von ukrainischen Truppen zurückerobert.

25.07.2014	In Donezk kommt ein Zivilist bei Kampfhandlungen ums Leben, zwei Menschen sterben in Luhansk.
25.07.2014	Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk, der am Vortag seinen Rücktritt eingereicht hatte, tritt den Vorsitz des Ministerkabinetts an den designierten Übergangsprämier Wolodymyr Grojsman ab.
25.07.2014	13 Soldaten der ukrainischen Armee verlieren ihr Leben. Nach Angaben des Chefs des Nationalen Sicherheitsrates, Andrij Parubij, sind in den Kämpfen bisher 325 Soldaten umgekommen.
25.07.2014	Ein Gericht im russischen Rostow-am-Don weist im Fall der inhaftierten ukrainischen Kampfpilotin Nadeschda Sawtschenko die Revision zurück. Sie wird nun mindestens bis zum 30. August 2014 in Untersuchungshaft bleiben.
25.07.2014	Der Nationale Rat für Fragen von Rundfunk und Fernsehen verbietet die Übertragung der russischen Fernsehsender »Rossija 24«, »TV Zentral-International«, »RTR-Planeta« und »NTV-Mir«. Ihr Inhalt verstoße gegen die Europäische Konvention für grenzüberschreitende Fernsehübertragung und gegen ukrainisches Recht.
26.07.2014	Auf das Haus des Lwiwer Bürgermeisters Andrij Sadowij wird ein Anschlag mit einer Panzerabwehrrakete verübt. Sadowij und seine Familie bleiben unverletzt.
26.07.2014	Laut Informationen des US-Außenministeriums zieht die russische Armee weitere Truppen an der ukrainischen Grenze zusammen.
26.07.2014	In der Region Poltawa wird der Bürgermeister der Stadt Kremenschuk, Oleh Babajew, erschossen. Babajew kandidierte für den Posten des Gouverneurs von Poltawa.
26.07.2014	Bei Gefechten sterben vier Soldaten der ukrainischen Armee, 20 werden verletzt.
26.07.2014	Aufgrund anhaltender Gefechte in Luhansk und Umgebung fällt die Stromversorgung weiträumig aus.
27.07.2014	Die 60 Waisenkinder aus einem Heim in Luhansk, mit denen Separatisten laut dem ukrainischen Außenministerium auf dem Weg nach Russland waren, werden wieder zurückgebracht.
27.07.2014	In Awdjiwka in der Region Donezk wird ein Wohngebäude mit »Grad«-Raketen beschossen. Fünf Menschen kommen ums Leben, 50 werden verletzt.
27.07.2014	Verteidigungsminister Walerij Heletej bestätigt, dass 41 ukrainische Soldaten das Land in Richtung Russland verlassen hätten.
27.07.2014	Bei einem Raketeneinschlag in Horliwka im Gebiet Donezk sterben 14 Zivilisten, darunter zwei Kinder.
28.07.2014	Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk bringt erneut die Gesetzesprojekte ins Parlament ein, deren Scheitern den Zerfall der Regierungskoalition ausgelöst hatte. Es geht unter anderem um Steuergesetze, die verabschiedet werden müssen, um Kredite von IWF und Weltbank zu erhalten.
28.07.2014	Nach Informationen des Nationalen Sicherheitsrates kommen bei einem Beschuss der Grenze von russischer Seite aus vier Grenzschrützer ums Leben.
28.07.2014	23 Soldaten und Kämpfer der Nationalgarde sterben bei Gefechten.
28.07.2014	Der vierte Bericht der UN-Menschenrechtskommission wird veröffentlicht. Seit Beginn der »Anti-Terror-Operation« der ukrainischen Armee sind laut dem Bericht im Osten des Landes infolge von Gefechten 1.129 Zivilisten umgekommen.
28.07.2014	Die ukrainische Armee erobert weitere vier Städte im Gebiet Luhansk: Debalzewe, Schachtarsk, Tores und Lutuhine.
29.07.2014	In Luhansk sterben bei Kampfhandlungen fünf Zivilisten, in Donezk kommen drei Menschen um.
29.07.2014	Die EU verabschiedet wegen der Ukraine Krise neue Sanktionen gegen Russland, darunter auch Wirtschaftssanktionen. Diese richten sich gegen hohe Beamte und Unternehmer, ganze Unternehmen und Banken im Staatsbesitz und sie verbieten den Export von Waffen und Hochtechnologie für die Ölförderung. Die Aufrechterhaltung der Sanktionen soll nach drei Monaten geprüft werden. Auch die USA verabschieden Wirtschaftssanktionen gegen Russland.
29.07.2014	In Luhansk kommen fünf Zivilisten ums Leben. Zehn Soldaten sterben in Kämpfen.
29.07.2014	Nach einer Attacke der Separatisten auf einen mit Zivilisten besetzten Bus bei Donezk kommt ein Kind ums Leben.
30.07.2014	Die 41 Soldaten, die die russische Grenze überquert hatten, kehren in die Ukraine zurück.
30.07.2014	Bei einem Angriff der ukrainischen Armee auf eine Kolonne der Separatisten kommen etwa 20 Kämpfer ums Leben.

30.07.2014	In Horliwka sterben fünf Zivilisten bei Gefechten.
30.07.2014	Die Anklage gegen den Bürgermeister Charkiws, Hennadij Kernes, wird fallengelassen. Er war beschuldigt worden, während der Maidan-Proteste Menschen entführt haben zu lassen.
31.07.2014	Das Parlament verabschiedet ein Reformpaket zur Steuergesetzgebung und ändert das Haushaltsgesetz. Außerdem wird die Dauer für Wahlkampagnen auf 45 Tage beschränkt, die Einkünfte der Abgeordneten und der Kabinettsbeamten werden um 50 Prozent reduziert und ein Gesetz zur Reform der Hochschulbildung wird verabschiedet.
31.07.2014	Das Parlament lehnt das Rücktrittsgesuch des Ministerpräsidenten Arsenij Jazenjuk ab.
31.07.2014	In einer Umfrage des russischen Meinungsforschungsinstituts VZIOM sprechen sich 27 % der Befragten für einen Einmarsch der russischen Armee in die Ukraine aus. Eine Mehrheit von 67 % ist dagegen.
31.07.2014	Bei Gefechten in Luhansk kommen drei Zivilisten ums Leben.
31.07.2014	Nach Informationen des Presse zentrums der »Anti-Terror-Operation« wird in Luhansk ein Flüchtlingskorridor eingerichtet.
01.08.2014	In Luhansk sterben fünf Zivilisten bei Gefechten.
01.08.2014	Die Kontaktgruppe zwischen der Ukraine, Russland und der OSZE vereinbart bei einer Sitzung in Minsk die Freilassung von je 20 Gefangenen in der Ukraine.
01.08.2014	Die ukrainische Repräsentanz bei der NATO erklärt die kürzlich in Umlauf gebrachte Information, dass die ukrainische Armee in der »Anti-Terror-Operation« ballistische Raketen einsetze, für falsch. Bei einer Untersuchung des Unfalls der verunglückten Maschine der Malaysia Airlines war festgestellt worden, dass sie wahrscheinlich durch ballistische Raketen getroffen wurde.
01.08.2014	Die Ukraine beklagt die siebenmalige Verletzung des ukrainischen Luftraums durch russische Flugzeuge.
01.08.2014	In Donezk kommt bei der Explosion einer Granate in der Nähe eines Busses ein Mensch ums Leben.
01.08.2014	Bei Schachtarsk kommen bei Gefechten etwa zehn Soldaten und zehn Kämpfer der Separatisten ums Leben.
02.08.2014	Das Pentagon unterstützt laut Informationen von Radio Svoboda die ukrainische Armee und die Nationalgarde mit Transportern und Nachtsichtgeräten.
02.08.2014	Die BBC berichtet von einem Berater des ehemaligen Rebellenführers Igor »Strelkov« Girkin, der Erschießungen von Personen in der ehemals von Separatisten besetzten Stadt Slawjansk zugegeben hatte.
03.08.2014	Die ukrainische Armee verbreitet die Nachricht, dass sie eine Kolonne von Waffen und Transportern der Separatisten zerstört habe. Dabei seien 120 bis 150 Menschen getötet worden.
03.08.2014	Die Kämpfe in Horliwka dauern an. Ein Zivilist stirbt, 17 werden verletzt. Bei Gefechten in Luhansk kommen drei Menschen ums Leben, acht werden verletzt.
04.08.2014	Der Sicherheitsrat der Ukraine ruft die Bewohner der umkämpften Regionen Donezk und Luhansk dazu auf, ihre Häuser nicht zu verlassen.
04.08.2014	Bei Gefechten kommen insgesamt fünf Soldaten ums Leben.
05.08.2014	Die Inflation beschleunigt sich wieder. Ein Dollar kostet etwa 12,5 Hrywnja, ein Euro etwa 16,7 Hrywnja. Der Europreis hatte vor Beginn der Krise bei etwa zehn Hrywnja gelegen.
05.08.2014	Bei Gefechten kommen drei Soldaten der ukrainischen Armee ums Leben.
05.08.2014	Nach UN-Angaben sind 117.000 Menschen aus den Kriegsgebieten im Osten in andere Teile der Ukraine geflohen. Auch nach Russland sind zehntausende Flüchtlinge eingereist.
05.08.2014	Die Stadtverwaltung von Donezk berichtet von Feuergefechten in der Stadt. Laute Explosionen seien in der Innenstadt zu vernehmen. Zwei Zivilisten kommen ums Leben.
05.08.2014	Die Presseabteilung des Justizministeriums verlautbart Pläne zur Reduktion der Staatsbeamtenstellen um 30 bis 50 %.
06.08.2014	Bei Gefechten in den Gebieten Luhansk und Donezk kommen 18 Soldaten ums Leben.
06.08.2014	Das Ministerkabinettt macht einen Vorschlag zur Vereinfachung des Steuersystems. Anstatt der bisherigen 22 sollen in Zukunft nur noch neun Steuern erhoben werden.
06.08.2014	Der Nationale Sicherheitsrat erklärt, dass man im Falle einer offenen Invasion russischer Truppen zurück schlagen werde.

07.08.2014	Die Separatisten in Donezk schießen ein weiteres Kampfflugzeug der ukrainischen Armee ab. Der Pilot kann sich retten.
07.08.2014	NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen fordert Russland auf, seine Truppen von der Grenze zur Ukraine abziehen. Russland solle Kriegsvorbereitungen nicht als friedenssichernde Maßnahmen deklarieren.
07.08.2014	Der Vorsitzende des Nationalen Sicherheitsrates und ehemalige Maidan-Aktivist Andrij Parubij tritt zurück.
07.08.2014	Bei Gefechten sterben sieben Soldaten der ukrainischen Armee.
07.08.2014	Beim Beschuss des Stadt Horliwka kommen fünf Zivilisten ums Leben, in Donezk sind es vier.
07.08.2014	Der »Ministerpräsident« der »Volksrepublik Donezk«, Aleksandr Borodaj, der kurz zuvor von einer Reise nach Russland zurückgekehrt war, legt sein Amt nieder. Er wird durch den ukrainischstämmigen Oleksandr Sachartschenko ersetzt.
07.08.2014	In Kiew stecken auf dem Maidan verbliebene Aktivisten Reifen in Brand, als Polizeieinheiten zur Räumung des Stadtzentrums erscheinen. Die Polizisten finden Waffen bei den Aktivisten.
07.08.2014	In Russland werden fünf Offiziere der 72. Brigade der ukrainischen Armee gefangen genommen und des unerlaubten Waffenbesitzes angeklagt. Laut eigener Aussage seien sie vor Beschuss durch die Rebellen auf russisches Territorium gedrängt worden.
08.08.2014	Trotz eines entsprechenden Gesetzes sind noch immer nicht die Einkünfte aller Abgeordneten öffentlich einsehbar. Dies beklagt das Magazin »Tschesno« in einer Anfrage an Parlamentssprecher Oleksandr Turtschinow.
08.08.2014	In der Zone der »Anti-Terror-Operation« sterben 15 ukrainische Soldaten.
08.08.2014	In Luhansk kommt eine Frau bei einer Explosion ums Leben.
08.08.2014	Der Anführer der Rebellen in der »Volksrepublik Donezk«, Aleksandr Borodaj, tritt zurück. Der russische Staatsbürger wird von dem Ukrainer Oleksandr Sachartschenko abgelöst.
09.08.2014	Das Ministerkabinett kündigt an, alle Kinder aus den von der »Anti-Terror-Operation« des ukrainischen Militärs betroffenen Städten in Sicherheit zu bringen.
09.08.2014	Präsident Petro Poroschenko erklärt Bundeskanzlerin Angela Merkel in einem Telefongespräch, dass die Ukraine humanitäre Hilfe annehme, wenn diese international organisiert und nicht von Soldaten oder Friedenstruppen begleitet werde. In Russland waren zuvor Pläne für einen vom Militär begleiteten Hilfskonvoi bekannt geworden.
09.08.2014	Ein Zivilist kommt bei einem Gefecht in Donezk ums Leben.
09.08.2014	13 Soldaten der Armee kommen ums Leben.
09.08.2014	In Kiew befreien Sicherheitskräfte und freiwillige Helfer den Maidan von Barrikaden. Die Bewohner der Zeltstadt liefern sich hin und wieder kurze Rangeleien mit den Teilnehmern der Aufräumaktion.
10.08.2014	Der Pressedienst der »Anti-Terror-Operation« erklärt, dass durch die von den Separatisten kontrollierten Grenzübergänge nach wie vor Waffen aus Russland geliefert würden.
10.08.2014	Die fünf in Russland inhaftierten ukrainischen Offiziere der 72. Brigade werden freigelassen.
10.08.2014	Zwei freiwillige Kämpfer des Bataillons »Asow« sterben im Gefecht im Gebiet Donezk.
11.08.2014	Russland kündigt ein weiteres Militärmanöver nahe der ukrainischen Grenze an – es soll auch geschossen werden.
11.08.2014	Vier freiwillige Kämpfer des Bataillons »Donbass« kommen im Gebiet Donezk ums Leben. Insgesamt sind bei der »Anti-Terror-Operation« nach Angaben der ukrainischen Armee bereits 568 Soldaten umgekommen.
11.08.2014	In Donezk werden drei Zivilisten getötet.
11.08.2014	Der russische Präsident Wladimir Putin erklärt seine Absicht, einen Hilfskonvoi in die Ostukraine zu entsenden. Er unterstreicht, dass dieser vom Internationalen Roten Kreuz geführt und nicht von Militär begleitet werden solle. Außenminister Sergej Lawrow erklärt, man habe die Aktion mit der ukrainischen Führung abgestimmt.
12.08.2014	Russland entsendet 280 Lastwagen mit Hilfsgütern in die Ukraine. Das Rote Kreuz erklärt unterdessen, die Aktion sei mit ihm nicht abgesprochen. Die ukrainische Seite gibt zu verstehen, dass sie noch keine offizielle Erlaubnis erteilt habe, die Lastwagen ins Land zu lassen.
12.08.2014	Sechs Soldaten verlieren bei Gefechten ihr Leben.
13.08.2014	Sieben Kämpfer des Rechten Sektors werden bei einem Angriff von Separatisten getötet. Elf Soldaten der ukrainischen Armee werden getötet.
13.08.2014	Bei einem Angriff, vermeintlich der Separatisten, durch »Grad«-Raketen auf das Dorf Pobjedne nahe des Flughafens Luhansk kommen mehrere Zivilisten ums Leben.

13.08.2014	Die ukrainisch-orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats wählt mit Onufrij einen neuen Metropoliten.
13.08.2014	In Luhansk sterben bei Gefechten 22 Zivilisten. Bei der Explosion einer Granate im Dorf Zuhres im Gebiet Donezk kommen 15 Menschen ums Leben, darunter drei Kinder.
14.08.2014	Neun Soldaten der ukrainischen Armee kommen ums Leben.
14.08.2014	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz, das Sanktionen gegen natürliche und juristische Personen anderer Staaten erleichtert. Das Gesetz war einer Änderung unterzogen worden, nachdem die OSZE angemerkt hatte, dass es in seiner früheren Version, die das Verbot ausländischer Medien erlaubte, die Zensur in der Ukraine erleichtere.
14.08.2014	Das Parlament nimmt einen Gesetzesvorschlag zur »Lustration«, d. h. zur Überprüfung von Staatsbeamten auf Korruption, in erster Lesung an.
14.08.2014	Journalisten des Guardian berichten, dass sie den Transport russischen Kriegsgeräts in ukrainisches Territorium beobachtet hätten.
14.08.2014	Präsident Petro Poroschenko entlässt die Gouverneurin des Gebietes Lwiw, Irina Sech.
15.08.2014	In Donezk kommen elf Zivilisten ums Leben. Fünf Soldaten sterben bei Gefechten.
15.08.2014	Es wird bekannt, dass die Staatsanwaltschaft ein Verfahren gegen den Vorsitzenden der Kommunistischen Partei, Petro Simonenko, eröffnet hat. Er wird des Aufrufs zur Verletzung der territorialen Integrität der Ukraine und des Aufrufs zum Umsturz der verfassungsmäßigen Ordnung angeklagt.
15.08.2014	NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen bestätigt, dass in der Nacht eine Kolonne russischer Militärfahrzeuge die ukrainische Grenze überquert habe. Präsident Petro Poroschenko erklärt, diese Kolonne sei teilweise zerstört worden.
16.08.2014	Drei Soldaten werden getötet, in Donezk sterben vier Zivilisten.
16.08.2014	Unter der Führung des Roten Kreuzes finden Kiew und Moskau eine Einigung in Bezug auf den an der ukrainischen Grenze wartenden russischen Hilfskonvoi. Alle 280 Lastwagen sollen durchsucht werden, bevor der Konvoi in die umkämpften Gebiete weiterfahren darf.
17.08.2014	Der Pressedienst der »Anti-Terror-Operation« erklärt, dass drei Offiziere des Geheimdienstes SBU von Separatisten gefangen genommen worden seien, nachdem die Rebellen sie zu Gesprächen eingeladen hatten.
17.08.2014	Über dem Gebiet Luhansk schießen Separatisten ein weiteres Flugzeug der ukrainischen Armee ab. Das Kampfflugzeug hatte zuvor Angriffe auf Stellungen der Rebellen geflogen, bei denen viele Menschen ums Leben gekommen waren.
17.08.2014	Die ultrarechte Gruppierung »Rechter Sektor«, die einige Einheiten in der Ostukraine kontrolliert, stellt dem Präsidenten ein Ultimatum. Innerhalb von 48 Stunden solle er das Innenministerium von »antiukrainischen Kräften« säubern und alle Gefangenen des Rechten Sektors freilassen, andernfalls würden die Einheiten von der Front abgezogen und ein Marsch auf Kiew begonnen.
18.08.2014	In Donezk werden zehn Zivilisten getötet.
18.08.2014	Die Ukraine wendet sich an die EU und die NATO mit der Bitte um militärische Hilfe im Kampf gegen die Separatisten im Donbass.
18.08.2014	In Berlin finden Gespräche zwischen Russland, der Ukraine, Frankreich und Deutschland statt. Konträr zu Aussagen der russischen Seite erklärt der ukrainische Außenminister Pawlo Klimkin anschließend, es habe keine Fortschritte gegeben.
19.08.2014	Ein Soldat kommt bei Kämpfen ums Leben, 28 werden verletzt.
19.08.2014	Seit Beginn der »Anti-Terror-Operation« sind in den Gebieten Donezk, Luhansk und Charkiw über 1.000 Menschen entführt worden, 468 sind noch in Haft der Separatisten oder verschollen.
19.08.2014	Ein Flüchtlingskonvoi wird beschossen, 17 Menschen kommen ums Leben. Die Flüchtlinge hatten Fahrzeuge der ukrainischen Armee verwendet, die unbewaffnet waren und weiße Flaggen trugen.
20.08.2014	Im Donezker Umland kommen bei Gefechten insgesamt 34 Zivilisten ums Leben, unter anderem beim Beschuss des Stadt Makijiwka.
20.08.2014	Die ukrainische Armee nimmt Teile der Stadt Luhansk ein, nachdem sie sie in den Tagen zuvor umstellt hatte.
20.08.2014	Separatisten schießen im Gebiet Luhansk ein weiteres Kampfflugzeug der ukrainischen Armee ab.
20.08.2014	In Ilowajsk im Gebiet Donezk fallen neun Soldaten.



21.08.2014	Bei Angriffen ukrainischer Truppen auf fünf von Separatisten besetzte Dörfer kommen mehrere Kämpfer der Separatisten ums Leben.
21.08.2014	Pawlo Scheremeta, Minister für wirtschaftliche Entwicklung und Handel, tritt zurück. Als Grund führt er die Einsetzung hoher Beamten in seinem Ministerium ohne seine Erlaubnis an.
21.08.2014	Fünf Soldaten der ukrainischen Armee kommen bei Kämpfen ums Leben.
21.08.2014	Nach Auskünften des Nationalen Sicherheitsrates nehmen Separatisten ein Fahrzeug mit Flüchtlingen unter Beschuss. Ein Kind kommt ums Leben.
22.08.2014	Der von Russland entsandte Hilfskonvoi überquert auf Geheiß des russischen Präsidenten Wladimir Putin die Grenze zur Ukraine und fährt in Richtung Luhansk, ohne dass ukrainische Grenzschützer ihn vollständig überprüft haben. Präsident Petro Poroschenko und andere ukrainische Politiker protestieren, auch Bundeskanzlerin Angela Merkel äußert sich besorgt über die Entscheidung Putins.
22.08.2014	Bei Snischne im Gebiet Donezk greift die Armee Stellungen der Rebellen an und tötet nach eigenen Angaben über 100 von ihnen.
22.08.2014	Der litauische Außenminister Litas Linkevicius erklärt, dass Litauens Honorarkonsul in Luhansk, Mykola Selez, von Separatisten entführt und wenig später ermordet worden sei.
22.08.2014	Im Gebiet der »Anti-Terror-Operation« kommen vier Soldaten ums Leben.
23.08.2014	Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Bundeskanzlerin Angela Merkel erklärt Präsident Petro Poroschenko, dass Deutschland Hilfe für den Wiederaufbau der Infrastruktur im Donbass in Höhe von 500 Millionen Euro zugesagt habe.
23.08.2014	Nach eigenen Angaben zerstört die Armee bei einem Angriff auf Stellungen der Separatisten Dutzende Kampffahrzeuge. Die Armee erklärt, dass bis zu 500 Menschen getötet worden seien.
23.08.2014	Die OSZE gibt bekannt, dass alle Fahrzeuge des russischen Hilfskonvois, die ohne Erlaubnis in die Ukraine eingedrungen waren, das Land wieder verlassen hätten.
23.08.2014	In Donezk kommen infolge eines Beschusses drei Zivilisten ums Leben.
24.08.2014	Die Ukraine begeht den 23. Unabhängigkeitstag. In Kiew wird unter anderem eine Militärparade abgehalten, an der 120 an der »Anti-Terror-Operation« im Osten des Landes beteiligte Soldaten teilnehmen.
24.08.2014	Die Armee greift eine Kolonne aus Militärfahrzeugen an, die nach Armeearangaben die ukrainische Grenze aus Russland überquert hatten.
24.08.2014	Im Zuge des Krieges im Osten des Landes kommen fünf Soldaten der Armee ums Leben.
25.08.2014	Der Nationale Sicherheitsrat bestätigt den Tod von vier weiteren Soldaten.
25.08.2014	Die ukrainische Armee verbreitet die Nachricht, dass in Kummuna im Gebiet Donezk Wohngebäude von Separatisten beschossen wurden. Drei Zivilisten seien ums Leben gekommen.
25.08.2014	Die ukrainische Armee zerstört zwei angeblich russische Panzer, die auf dem Weg nach Mariupol gewesen seien. Der Geheimdienst SBU nimmt zudem auf dem Gebiet der Ukraine zehn russische Soldaten fest, deren Identität durch mitgeführte Papiere bestätigt wird. Russland bestätigt die Festnahme und erklärt, die Soldaten seien während der an der Grenze stattfindenden Militärübungen zufällig auf das Gebiet der Ukraine geraten.
25.08.2014	Präsident Petro Poroschenko löst das Parlament auf. Neuwahlen werden für den 26. Oktober 2014 angesetzt.
26.08.2014	Die Armee verbreitet die Nachricht, dass in den vergangenen 24 Stunden 247 Kämpfer der Separatisten bei Gefechten ums Leben gekommen seien.
26.08.2014	In Donezk werden bei Kämpfen erneut drei Zivilisten getötet.
26.08.2014	Der Nationale Sicherheitsrat erklärt, dass zum ersten Mal seit Beginn des Konflikts russische Hubschrauber ukrainische Grenzschützer beschossen haben sollen. Vier Menschen kommen ums Leben.
26.08.2014	Zwölf Soldaten fallen den anhaltenden Gefechten zum Opfer.
26.08.2014	Bei einem Treffen der Staaten der Eurasischen Union, der EU und der Ukraine in Minsk geben Präsident Petro Poroschenko und der russische Präsident Wladimir Putin einander die Hand und führen ein Gespräch unter vier Augen. Poroschenko erklärt, er habe sich mit Putin auf Konsultationen zwischen den Grenzschutzbehörden geeinigt und Putin habe zudem die »Logik« seines Friedensplans anerkannt. Putin nennt die Gespräche »konstruktiv« und erklärt, dass man bis zum 12. September 2014 konkrete Vorschläge ausarbeiten wolle. Man habe bisher nicht konkret über einen Waffenstillstand gesprochen.

27.08.2014	Innenminister Arsen Awakow erklärt auf seiner Facebook-Seite, dass er zusammen mit Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk und Parlamentssprecher Oleksandr Turtschinow die Partei Vaterland verlassen habe. Als Begründung führt er die Opposition der restlichen Partei gegen die Präsidentschaft Petro Poroschenkos an.
27.08.2014	In Gefechten im Osten des Landes kommen 13 Soldaten ums Leben.
27.08.2014	Die russische Organisation »Komitee der Soldatenmütter« zählt bereits 400 Fälle getöteter und verletzter russischer Soldaten in der Ukraine.
27.08.2014	Die in Russland inhaftierte ukrainische Kampfpilotin Natalja Sawtschenko wird auf eine geschlossene psychiatrische Station verlegt, zu der ihre Anwälte keinen Zugang haben.
27.08.2014	Der Sprecher des Nationalen Sicherheitsrates erklärt, beim Beschuss der Dörfer Starobeschewe, Nowyj Swit und Komsomolske durch Truppen der Separatisten seien mehrere Dutzend Zivilisten ums Leben gekommen.
28.08.2014	In Donezk kommen in der Nacht elf Zivilisten ums Leben, Gefechte am Tag fordern noch einmal 15 Todesopfer.
28.08.2014	Nach Medienberichten nimmt eine Gruppe russischer Soldaten die ukrainische Stadt Nowoasowsk ein und hisst die Flagge der »Volksrepublik Donezk«. Das russische Außenministerium streitet die Beteiligung russischer Soldaten bei der Besetzung ab.
28.08.2014	Die NATO veröffentlicht Satellitenbilder, welche russische Militärfahrzeuge beim Eindringen in ukrainisches Territorium zeigen sollen.
28.08.2014	Die Ukraine führt die Wehrpflicht wieder ein und will bereits im Herbst des Jahres 2014 Rekruten einziehen. Diese sollen jedoch nicht in der »Anti-Terror-Operation« zum Einsatz kommen, so ein Sprecher des Nationalen Sicherheitsrates.
29.08.2014	Der russische Präsident Wladimir Putin ruft die Separatisten dazu auf, einer eingekreisten Gruppe ukrainischer Streitkräfte durch einen Korridor das Verlassen der Kampfzone zu ermöglichen.
29.08.2014	In den Verhandlungen um die Lieferungen russischen Gases schlägt die russische Seite vor, den Preis bei 385,5 US-Dollar pro Kubikmeter festzulegen. Gegenwärtig liegt er etwa 100 Dollar höher.
29.08.2014	Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk erklärt, das Ministerkabinett habe einen Gesetzesvorschlag ins Parlament eingebracht, der den blockfreien Status der Ukraine aufheben und ihren Beitritt zur NATO vorantreiben soll. NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen erklärt unterdessen, dass die Ukraine der NATO beitreten könne, wenn sie alle Kriterien erfülle.
29.08.2014	Ukrainische Truppen geraten bei Debalzewe in einen Hinterhalt. Vier Soldaten werden getötet.
29.08.2014	Der Internationale Währungsfond verabschiedet die zweite Tranche des Hilfskredits für die Ukraine in Höhe von 1,4 Milliarden Dollar.
29.08.2014	Ein Flugzeug der ukrainischen Armee wird abgeschossen. Der Pilot kann sich mithilfe des Schleudersitzes retten.
30.08.2014	Im Laufe des Tages werden neun Soldaten der ukrainischen Armee getötet.
30.08.2014	Präsident Poroschenko erklärt, die EU habe der Ukraine einen Kredit von einer Milliarde Euro versprochen.
30.08.2014	28 Soldaten gelingt die Flucht aus der Einkesselung bei Ilowajsk durch einen eingerichteten Korridor.
31.08.2014	In einer Stellungnahme fordert der Europäische Rat Russland dazu auf, seine Streitkräfte und Waffen aus der Ukraine zu entfernen.
31.08.2014	Nach Angaben auf der Pressekonferenz der »Anti-Terror-Operation« sind in den vergangenen 24 Stunden etwa 100 separatistische Kämpfer ums Leben gekommen.
31.08.2014	Das Verteidigungsministerium erklärt, ein Armeeingestellter sei von russischen Streitkräften in der Ukraine festgenommen und den Separatisten übergeben worden und schließlich an einem Herzinfarkt gestorben.
31.08.2014	Auf dem Asowschen Meer werden zwei Schiffe des Grenzschutzes von Unbekannten beschossen. Die Besatzung kann gerettet werden.
01.09.2014	Der russische Außenminister Sergej Lawrow unterstreicht einmal mehr, dass es keine militärische Intervention Russlands in der Ukraine geben werde.
01.09.2014	Die Einheiten der ukrainischen Armee verlassen den umkämpften Flughafen von Luhansk.
01.09.2014	Sieben ukrainische Soldaten kommen in Gefechten ums Leben.
01.09.2014	Der russische Präsident Wladimir Putin und sein Außenminister Sergej Lawrow erklären, dass die ukrainische Armee Großstädte umstellt habe und auf Wohngebiete feuere. Es sei das Ziel der Separatisten, die Armee von den Städten zurückzudrängen, um solchen Beschuss zu verhindern.

01.09.2014	Etwa 680 ukrainische Soldaten befinden sich in Gefangenschaft der Separatisten, davon ca. 80 % bei Ilowajsk, wo ukrainische Truppen eingeschlossen sind.
02.09.2014	Der Rücktransport von Gas aus der Slowakei in die Ukraine beginnt.
02.09.2014	Die Kontaktgruppe zwischen der Ukraine, Russland und der OSZE verhandelt in Minsk die Bedingungen eines Gefangenaustauschs.
02.09.2014	Es wird berichtet, dass der russische Präsident Wladimir Putin in einem Gespräch mit dem EU-Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso gedroht habe, er könne Kiew »innerhalb von zwei Wochen einnehmen.« Putin lässt daraufhin erklären, das Zitat sei aus dem Kontext gerissen.
02.09.2014	UDAR-Fraktionssprecher Witalij Kowaltschuk erklärt, dass die kürzlich beschlossenen Änderungen im Wahlrecht nicht die für den 26. Oktober 2014 angesetzten vorgezogenen Parlamentswahlen betreffen.
02.09.2014	In Gefechten kommen 15 ukrainische Soldaten ums Leben.
02.09.2014	Das Wahlbündnis »Block Petro Poroschenko« und die Partei UDAR beschließen, bei den anstehenden Parlamentswahlen gemeinsam anzutreten, und unterzeichnen ein entsprechendes Memorandum.
02.09.2014	Das Parlament entlässt den Minister für wirtschaftliche Entwicklung und Handel, Pawlo Scheremeta, der am 21. August 2014 seinen Rücktritt eingereicht hatte.
03.09.2014	Präsident Petro Poroschenko und der russische Präsident Wladimir Putin tauschen sich in einem Telefongespräch über mögliche Schritten zur Stabilisierung der Situation in der Ostukraine aus, wenngleich Putin später zu verstehen gibt, dass kein Waffenstillstand vereinbart werden könne, da Russland nicht Teil des Konflikts sei.
03.09.2014	Bei Ilowajsk, wo ukrainische Truppen eingeschlossen sind, kommen mindestens 90 Soldaten ums Leben.
03.09.2014	Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk kündigt an, dass die Ukraine ihre Grenze zu Russland im Interesse der Sicherheit des Landes befestigen wolle.
03.09.2014	Bei Gefechten am Flughafen von Luhansk und bei Snischne im Gebiet Donezk kommen Dutzende Separatisten ums Leben.
03.09.2014	Die Stadt Stschastie im Gebiet Luhansk wird in der Nacht beschossen – die Raketen richten großen Schaden an, Todesopfer werden keine gemeldet.
04.09.2014	Das Pressezentrum der »Anti-Terror-Operation« gibt bekannt, dass bei Gefechten in der vergangenen Nacht etwa 120 separatistische Kämpfer umgekommen seien.
04.09.2014	Bei Ilowajsk, wo ukrainische Truppen eingeschlossen sind, kommen erneut 13 freiwillige Kämpfer ums Leben.
04.09.2014	Im Falle, dass Präsident Poroschenkos Friedensplan, der in den kommenden Tagen umgesetzt werden solle, nicht funktioniere, werde der Kriegszustand eingeführt, erklärt Parlamentssprecher Oleksandr Turtschinow.
04.09.2014	Nach dem NATO-Gipfel in Wales erklärt Präsident Petro Poroschenko, die Ukraine habe sich mit einigen NATO-Staaten auf Waffenlieferungen geeinigt. Welche Länder beteiligt seien, bleibt unklar.
05.09.2014	Die ukrainische Armee zieht in der Hafenstadt Mariupol im Gebiet Donezk ihre Truppen zusammen, darunter auch Freiwilligenverbände. Sie rüstet sich für einen erwarteten Angriff der separatistischen Truppen mit besonderer Unterstützung russischer Einheiten.
05.09.2014	In Schyrokyňa vor den Toren Mariupols liefern sich die ukrainische Armee und – nach Meldungen ukrainischer Quellen – russische Bataillone heftige Gefechte. Dabei kommen mindestens sieben Zivilisten ums Leben.
05.09.2014	Beim Treffen der Kontaktgruppen zwischen Vertretern der Ukraine und der Separatisten unter Vermittlung der OSZE wird ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet. Wenig später ordnet Präsident Petro Poroschenko an, das Feuer einzustellen.
05.09.2014	Eine Gruppe US-Geheimdienstveteranen wendet sich an Angela Merkel mit der Bitte, die kürzlich von der NATO veröffentlichten Satellitenbilder, die eine Invasion russischer Militärfahrzeuge in der Ostukraine zeigen sollen, kritisch zu bewerten. Die Bilder seien eine »sehr fadenscheinige Basis« für den Vorwurf der Invasion.
05.09.2014	Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch beschuldigt in einem Bericht die Separatisten, Zivilisten wegen des Trinkens von Alkohol in der Öffentlichkeit oder wegen Verstößen gegen die Ausgangssperren in »Strafbrigaden« für Hilfsarbeiten einzusetzen.
06.09.2014	Präsident Poroschenko kündigt einen Gefangenaustausch an, den das beschlossene Waffenstillstandsabkommen beinhaltet.
06.09.2014	Russland zieht die auf der Krim stationierten Truppen an der Grenze zum ukrainischen Festland zusammen.
06.09.2014	Trotz des Waffenstillstands wird nahe Mariupol wieder geschossen.

07.09.2014	Beim nächtlichen Beschuss von Mariupol kommt ein Zivilist ums Leben, drei werden verletzt.
07.09.2014	Der ehemalige Innenminister und jetzige Berater des Präsidenten, Jurij Luzenko, nennt Details zu der Vereinbarung zwischen der Ukraine und fünf NATO-Mitgliedsstaaten über Waffenlieferungen. Es hätten sich die USA, Norwegen, Frankreich, Italien und Polen zu Lieferungen bereiterklärt.
07.09.2014	In Donezk werden 15 Soldaten aus der Gefangenschaft der Separatisten befreit. Aus Ilowajsk können sich weitere 32 aus der Einkesselung befreien.
08.09.2014	Das Pressezentrum der »Anti-Terror-Operation« gibt bekannt, dass der Waffenstillstand von Seiten der Separatisten in der vergangenen Nacht fünfmal gebrochen worden sei.
08.09.2014	Der neue UN-Menschenrechtskommissar Zeid al-Hussein erklärt, dass seit dem Beginn der bewaffneten Auseinandersetzung im Osten des Landes Mitte April 2014 mindestens 3.000 Menschen umgekommen seien.
08.09.2014	Die Weltbank zahlt der Ukraine einen Kredit in Höhe von 500 Millionen US-Dollar aus.
08.09.2014	Die ukrainische Marine beginnt im Schwarzen Meer das jährliche gemeinsame Manöver mit den USA unter dem Namen »Sea Breeze«. An der Übung nehmen auch andere Staaten teil, darunter Georgien, Schweden, Norwegen und Frankreich.
08.09.2014	Die EU beschließt weitere Sanktionen gegen Russland, will mit der Inkraftsetzung aber drei Tage abwarten, um die aktuelle Situation zu beobachten und sie möglicherweise zu verschärfen oder zurückzunehmen.
08.09.2014	Die neue Partei von Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk und Parlamentssprecher Oleksandr Turtschinow »Volksfront« bewirbt sich um eine Zusammenführung mit Petro Poroschenkos Wahlallianz »Block Petro Poroschenko«. Jazenjuk fordert dafür, auf Listenplatz eins gesetzt zu werden, eine Namensänderung zu verabschieden und 30 % der Listenplätze an Parteimitglieder der »Volksfront« zu vergeben.
08.09.2014	Der Pressesprecher des Präsidenten erklärt, dass im Zuge des Waffenstillstands am heutigen Tag 648 Personen aus der Gefangenschaft der Separatisten befreit werden konnten.
09.09.2014	Der Nationale Sicherheitsrat gibt bekannt, dass seit der Vereinbarung der Waffenruhe am 5. September fünf Soldaten bei Angriffen separatistischer Truppen ums Leben gekommen sind. Insgesamt seien Stellungen der Armee bereits 89 mal beschossen worden.
09.09.2014	Präsident Petro Poroschenko ernennt Oleh Gontscharuk und Andrij Putilow zu Gouverneuren der Gebiete Iwano-Frankiwsk.
10.09.2014	Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier erklärt, es gebe eine Abmachung zwischen Russland und der Ukraine, nach der die russischen Soldaten und russisches Kriegsgerät aus der Ukraine abgezogen werden sollten.
10.09.2014	Generalstaatsanwalt Witalij Jarema nimmt Ermittlungen gegen die Armeeführung wegen des Todes von mehr als 200 ukrainischen Soldaten bei Ilowajsk auf.
10.09.2014	Präsident Petro Poroschenko erklärt, dass Russland 70 % der in der Ukraine aktiven Streitkräfte abgezogen habe. Das gehe aus Daten des ukrainischen Geheimdienstes hervor.
10.09.2014	Die Generalstaatsanwaltschaft erklärt, sie werde gegen die Freiwilligenverbände ermitteln, die sich in der Ostukraine bei der Bekämpfung der Separatisten Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung haben zu Schulden kommen lassen.
10.09.2014	Russland fordert von der EU und der Ukraine, Änderungen im Text des Assoziationsabkommens vorzunehmen, so dass eine Mitgliedschaft der Ukraine in der von Russland geführten Zollunion weiterhin möglich bleibt.
11.09.2014	Die in Russland inhaftierten ukrainischen Staatsbürger Nadeschda Sawtschenko und Oleh Senzow werden nicht von dem im Minsker Protokoll ausgehandelten Gefangenenaustausch profitieren können, da sie keine Gefangenen einer Konfliktpartei seien, erklärt ein Sprecher des russischen Außenministeriums.
11.09.2014	21 weitere Gefangene kommen aus der Haft der Separatisten frei.
11.09.2014	Die Wahlbeobachtungsorganisation »Opora« erklärt, dass in den Gebieten Luhansk und Donezk in nur neun von 32 Bezirken gewählt werden könne. Für den 26. Oktober 2014 sind vorgezogene Parlamentswahlen angesetzt.
12.09.2014	Neue Sanktionen der EU gegen Russland treten in Kraft. Betroffen von Handelseinschränkungen sind unter anderem russische ölverarbeitende Firmen und Waffenkonzerne. Der russische Außenminister Sergej Lawrow beklagt, die Sanktion würden den Friedensprozess in der Ukraine untergraben.
12.09.2014	Trotz gelegentlichen Beschusses von Seiten der Separatisten halten die ukrainischen Streitkräfte den vereinbarten Waffenstillstand bisher ein.

12.09.2014	Präsident Petro Poroschenko stellt seine Vorschläge für eine Verfassungsreform vor, nach der eine Dezentralisierung die Kommunen der Gebiete Donezk und Luhansk stärken soll.
12.09.2014	Im Zuge des Gefangenenaustauschs werden zweimal 36 ukrainische Soldaten befreit.
12.09.2014	Im Gebiet Luhansk kommen eine Frau und ein Grenzschrützer ums Leben, als ihr Auto über eine Mine fährt und gesprengt wird.
12.09.2014	Ein zweiter russischer Hilfskonvoi steht abfahrbereit an der ukrainischen Grenze.
12.09.2014	In einer gemeinsamen Erklärung stellen EU-Handelskommissar Karel de Gucht, der russische Minister für wirtschaftliche Entwicklung, Sergej Uljukaew, und der ukrainische Außenminister Pawlo Klimkin in Aussicht, das Inkrafttreten des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Ukraine bis Ende 2015 aussetzen, um die verbleibenden Fragen Russlands zu klären und für die Stabilisierung der Ukraine ausreichend Zeit einzuräumen. Bis dahin sollten die speziellen vorteilhaften Zollbestimmungen der EU für ukrainische Produkte beibehalten werden.
13.09.2014	Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk erklärt, er werde mit seiner neu gegründeten Partei »Volksfront« nicht gemeinsam mit dem »Block Petro Poroschenko« zur Wahl antreten, sondern mit getrennten Listen. Nach der Wahl werde man sich aber zu einer Reformallianz zusammenschließen.
13.09.2014	Der zweite russische Hilfskonvoi überquert die ukrainische Grenze ohne Überprüfung durch die ukrainischen Grenzschrützer. Auch das Rote Kreuz erklärt, vom Inhalt der Lastwagen keine Kenntnis zu haben. Vertreter der OSZE zählen insgesamt 220 Lastwagen.
14.09.2014	In Donezk wird trotz des Waffenstillstands geschossen. Es gibt Tote unter der Zivilbevölkerung.
14.09.2014	Verteidigungsminister Walerij Heletej erklärt, dass die fünf NATO-Mitgliedsstaaten, die sich nach dem NATO-Gipfel in Wales zur Unterstützung der Ukraine bereiterklärt hatten, bereits mit Waffenlieferungen begonnen hätten. Nach unbestätigten Informationen sind das die USA, Frankreich, Norwegen, Polen und Italien.
14.09.2014	Noch immer befinden sich über 800 Menschen in Gefangenschaft der Separatisten im Osten des Landes. 400 weitere sind verschollen, meldet das »Zentrum für die Befreiung von Gefangenen«.
14.09.2014	Boris Kolesnikow, Generalsekretär der Partei der Regionen, erklärt, dass seine Partei nicht zur Parlamentswahl am 26. Oktober antreten werde. Sie habe dazu kein »moralisches Recht«, wenn sieben Millionen Wähler im Osten des Landes nicht an der Wahl teilnehmen könnten.

Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur für diese Ausgabe: Katerina Bosko (geb. Malygina)

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung ([www.bpb.de](http://www.bpb.de)) aufgenommen.

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON [www.ireon-portal.de](http://www.ireon-portal.de) recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2014 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: [publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de](mailto:publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de) • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

## Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

### **Belarus-Analysen**

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

### **Caucasus Analytical Digest**

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

### **Polen-Analysen**

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

### **Russland-Analysen**

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

### **Russian Analytical Digest**

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

### **Ukraine-Analysen**

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

### **Zentralasien-Analysen**

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: [zentralasien-analysen@dgo-online.org](mailto:zentralasien-analysen@dgo-online.org)

---

### **Bibliographische Dienste**

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

---

### **Twitter**

<https://twitter.com/laenderanalysen>